

Stefan Grönebaum
SPD-Kommunalpolitik
– wohin?

**Bach / Commercon /
König / Rünker**
Wahldebakel für die SPD

Christopher Hermann
Die Gesetzliche
Krankenversicherung am
Ende der 90er Jahre

Detlef Bimboes
Unruhen in Dagestan

Ausgabe 5 | 99
Heft 109
9,50 DM
September |
Oktober 1999

KOMMUNALE POLITIK



von Thomas Westphal

Es ist einer dieser Montage, an denen heftig über die Folgen der Wahlniederlagen der SPD spekuliert wird.

In der SPD herrscht Katerstimmung. Mit den niederschmetternden Zahlen aus allen Wahllokalen in Ost- und Westdeutschland steigt innerhalb der Partei der Eindruck von der Götterdämmerung für die Politikstrategie der „neuen Mitte“ auf. Bei allen Durchhalteparolen, die auch an diesem Montag wieder zu hören sind, ist allen Beteiligten und Beobachtern längst klar, dass die SPD zur nunmehr dritten Neuausrichtung ihrer Regierungspolitik gezwungen ist.

Die im Koalitionsvertrag nachzulesende erste Startausrichtung war noch beseelt vom Wahlerfolg und von der siegreichen Politikstrategie, die den Gleichklang von Innovation und Gerechtigkeit in Szene setzte. 100.000 Job-Programm, Steuerbereinigungsgesetz, Doppelte Staatsbürgerschaft und die Ordnung auf dem Arbeitsmarkt, das waren die bestimmenden Themen dieser Zeit.

Operative Hast, Zerfall des inszenierten Gleichklangs in diversen Klientelpolitiken, Fehleinschätzungen hinsichtlich des Konfliktpotentials, das in der Einwanderungsfrage steckt, die Wahlniederlage in Hessen und schließlich der Rücktritt von O. Lafontaine haben diese erste Strategieausrichtung politisch erledigt.

Nach den Anfeuerungsrufen aus der Wirtschaft, nun die zweite Chance zu nutzen, und persönlich gestärkt durch den Kosovo-Krieg, krepelte Schröder die innenpolitische Tagesordnung komplett um. Renten Anpassung, Sparpaket und das Schröder/Blair-Papier zur Zukunft der europäischen Sozialde-

mokratie rückten in den Vordergrund. Diese Ausrichtung ist nun ihrerseits durch die Wahldesaster bei der Europawahl, in Brandenburg, dem Saarland, Thüringen, NRW und Sachsen höchst plebiszitär von den Wählern umgekegelt worden.

Kurzum: Die Rückkehr von Franz Müntefering als Zentrums-Manager der Partei signalisiert zweierlei: 1. Allen ist klar: Die dritte Strategieanpassung der Regierungsarbeit ist fällig. 2. Die Strecke führt bis zur Landtagswahl in NRW im kommenden Mai. Entweder bis dahin existiert ein auch in der Substanz haltbarer neuer Regierungskurs oder aber Schröder wird nach Kiesinger der zweite Übergangskanzler in der Geschichte der (erweiterten) Bundesrepublik.

*

Aber ein einfaches Remake der Wahlkampfschlager aus dem letzten Jahr ist nicht die Antwort auf diese Situation. Dafür ist der entstandene Glaubwürdigkeitsverlust zu nachhaltig und die Kluft zwischen dem Innovationsdiskurs, der Austeritätspolitik und dem Anspruch nach sozialer Gerechtigkeit zu groß, um durch politisches Marketing zugedeckt werden zu können.

Die beteiligten Matadoren müssen schon genauer klären, worin der „dritte Kurs“ nun bestehen soll.

So wie die Dinge derzeit liegen, müssen mindestens drei Kernstücke bearbeitet werden, um ein schlüssiges Ganzes zu ergeben:

1. Wenn es der Sozialdemokratie nicht gelingt, die notwendigen ökonomischen und sozialen Veränderungen in einer historischen Linie mit den sozialen Integrationserfolgen der Nachkriegsgeschichte zu

verbinden, dann wird sie kaum in der Lage sein, ihre Kernkompetenz der sozialen Gerechtigkeit wieder glaubhaft vertreten zu können. Mit den Metaphern des Bruchs und der Diskreditierung der eigenen historischen Politikleistungen, wie sie noch im Schröder/Blair-Papier auftauchen, wird für morgen nichts gewonnen, aber die Leistung von gestern geschmäh.

2. Der Innovations-Kurs muß mit vorwärtsgerichteten Reformen der sozialen Sicherungssysteme (Rentenstruktur) und der Steuergerechtigkeit verbunden werden und darf nicht länger als Klientelismus-Politik für das junge Unternehmertum und die Kultur der Selbständigkeit daherkommen. Wenn jedoch weiterhin die notwendige Modernisierung etwa in den Sozialversicherungen vom geistigen Blickwinkel der Kultur der Selbständigkeit aus betrieben wird, dann werden Einzelinteressen zum Gemeinwohl erhoben. Das politische Ergebnis ist der Verlust des Volkspartei Charakters der SPD, wie in Sachsen.

3. Das Konzept-Karussell rund um den Aspekt des Niedriglohnssektors, Billigjobs usw. muß angehalten werden. Stattdessen ist eine solide Untersetzung des Bündnisses für Arbeit mit konkreten Brancheninitiativen zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen dringend geboten.

Kurzum: Nur wenn dauerhaft der Eindruck vermieden werden kann, der Kanzler betreibe eine Politik nach dem Drehbuch des Films „Lola rennt“ und seine Politikansätze seien immer das Ergebnis zufälliger Ereignisketten, ist es überhaupt möglich, den Trend zu stoppen. Also: „Demokratische Modernisierung“ statt „Schröder rennt“!

Herausgeber/Herausgeberinnen:
 Heinz Albrecht (Berlin) (†)
 Edelgard Bulmahn (Hannover)
 Karin Benz-Overhage (Frankfurt/M.)
 Katrin Fuchs (Verl)
 Christel Hanewinkel (Halle/S.)
 Uwe Kremer (Dortmund)
 Detlev von Larcher (Weyhe)
 Susi Möbbeck (Magdeburg)
 Peter von Otzenen (Hannover)
 Horst Peter (Kassel)
 Sigrid Skarpelis-Sperk (Kaufbeuren)
 Thomas Westphal (Dortmund)

Redaktion:
 Uta Biemann
 Stefanie Gerszewski
 Barbara König
 Ralf Krämer
 Dirk Meyer
 Reinhold Rünker
 Frank Schauff
 Birgit Strack
 Claudia Wälder
 Frank Wilhelmy
 Rainer Zugehör

Redaktionssekretär
 Ralf Krämer

Redaktions- und Verlagsanschrift:
 spw-Verlag/Redaktion GmbH
 Fresienstr. 26, 44 289 Dortmund
 Telefon: 02 31 - 40 24 10 (Verlag)
 02 31 - 40 14 11 (Redaktion)
 Telefax: 02 31 - 40 24 16
 E-mail: verlag@spw.de
 redaktion@spw.de
 Internet: http://www.spw.de

Geschäftsführung:
 Olaf Schade
 Hans-Peter Schulz
 Joachim Schuster
 Alfred Vöges

Konto des Verlages:
 Postbank Dortmund
 Kto. Nr. 32443468, BLZ 44010046

Die spw erscheint mit 6 Heften im Jahr
 mit 60 Seiten pro Heft.

Jahresabonnement DM 63,-
 (bei Bankeinzug DM 60,-)
 ermäßigtes Jahresabonnement
 für SchülerInnen, StudentInnen,
 Erwerbslose DM 55,-
 (bei Bankeinzug DM 52,-)
 Auslandsabonnement DM 66,-

Abbestellungen mit einer Frist
 von drei Monaten zum Jahresende.
 Wir freuen uns über Manuskripte und
 Zuschriften. Wenn möglich, sollen
 Manuskripte per E-mail oder auf einer
 MS-DOS/Windows-formatierten Diskette
 mit einem Ausdruck geliefert werden.

ISSN 0170-4613
 © spw-Verlag/Redaktion GmbH 1999.
 Alle Rechte, auch das der Übersetzung,
 vorbehalten.

Internet: www.spw.de
 Gestaltet durch Koeln-Online
 und Markus Lauber

Titelfoto:
 Christian Kiel, Berlin

Satz und Gestaltung:
 Ralf Schmitz, Leverkusen

Druck:
 Nolte-Druck, Iserlohn
 1-3 Tausend, Oktober 1999

INHALT

<i>Thomas Westphal</i> kurzum	2
--	---

MAGAZIN

Notizen und Hinweise auf Veranstaltungen und Materialien	4
<i>Ulrich Commerçon</i> „Gegen die CDU wäre es leichter gewesen.“ Saarlandwahlen am 05.09.99	6
<i>Andreas Bach</i> Debakel in der „Herzkammer der SPD“	7
<i>Barbara König, Reinhold Rünker</i> Warum überhaupt noch Wählen gehen?	8
<i>Arno Brandt</i> Gerhard und TINA	10
<i>Hermann Scheer</i> Konsens über „Atomausstieg“ – ein Bumerang für den Einstieg in die ökologische Energiewende?	11
<i>Kai Burmeister</i> Volle Kraft für Schleswig-Holstein?	14
<i>Bettina Kohlrausch</i> Alles wie gehabt – zur Ausbildungsplatzsituation 1999	16
<i>Ole Erdmann</i> Ein wichtiger Schritt – das Buch zur Bildungs-Offensive	17

KOMMUNALE POLITIK

<i>Stefanie Gerszewski</i> Kommunale Politik. Einleitung zum Heftschwerpunkt	19
<i>Stefan Grönebaum</i> SPD-Kommunalpolitik wohin?	21
<i>Wilfried Klein</i> Reformerische Potentiale auf kommunaler Ebene	25
<i>Horst Peter</i> Kooperative Kommunalpolitik als linkes Aktionsfeld	28
<i>Olaf Schade</i> Das fünfte Rad am Wagen? Kommunalpolitik und neue Steuerung	31
<i>Ingeborg Junge-Reyer</i> Eine Regionale Beschäftigungsagentur Das Sozialamt als größter Arbeitgeber der Kommune	34

SOLIDARITÄT ODER SPALTUNG?

<i>Ralf Krämer</i> „Es gibt keine Alternative.“ – Dummes Geschwätz!	38
<i>Detlev von Larcher</i> Alternativen der Steuerpolitik	42
<i>Christopher Hermann</i> Die Gesetzliche Krankenversicherung am Ende der 90er Jahre	44

DRITTER WEG - WOHIN?

<i>Uwe Wiedenstried</i> „Decent Society“	50
---	----

SCHÖNE NEUE WELTORDNUNG

<i>Rolf Mützenich</i> Fragwürdige Parallelen. Atomare Abschreckung in Südostasien	55
<i>Detlef Bimboes</i> Unruhen in Dagestan	57

Notizen und Hinweise zu Veranstaltungen und Materialien

SPD-Linke im Frankfurter Kreis wollen stärker eingreifen

Das Herbsttreffen des Frankfurter Kreises am 17./18.09.99 in Berlin diskutierte kritisch über das Sparpaket der Bundesregierung und verabschiedete eine „*Berliner Erklärung: Die dritte Phase sozialdemokratischer Regierungspolitik einleiten: Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und neuer Gesellschaftsvertrag*“, in der mehr soziale Gerechtigkeit und Initiativen zum Abbau der Arbeitslosigkeit sowie zur Verbesserung der öffentlichen Einnahmen gefordert werden. Der Text steht auf unserer Website bereit (<http://www.spw.de>) und kann beim Büro Detlev von Larcher MdB ange-

fordert werden (Tel. 030-22773659, eMail: detlev.larcher@bundestag.de). Um die inhaltliche und organisatorische Modernisierung der SPD-Linken voranzubringen, soll in Kürze ein eingetragener Verein „*Forum 21*“ gegründet werden. Auf der Frühjahrstagung 2000 soll erste Bilanz gezogen und das weitere Vorgehen beraten werden.

SPD-Linken-Seminar 23./24.10.99

Zu einem bundesweiten Seminar „Für ein linkes Projekt: Zukunft“ laden bayerische Parteilinke für den 23./24.10.99 in die *Frankenakademie Schloß Schney bei Lichtenfels* ein. Inhaltliche Diskussionspunkte sind die Aufgaben der Linken in der SPD und die Perspektiven sozialdemokratischer Friedenspolitik. Weitere Info und Anmeldungen bei Uwe Hiksich MdB, Tel. 09261-95417, eMail: uwe@hiksich.de

spw-Herbsttagung zur Zukunft des Sozialstaats

Der inhaltliche Schwerpunkt der diesjährigen Herbsttagung der Zeitschrift spw lautet „Dritter Weg und neue Mitte – Sozialstaatliche Gestaltung im Jahr 1 der rot-grünen Bundesregierung“. Sie wird am 30./31.10.99 in *Hattingen an der Ruhr* stattfinden. Interessierte sind herzlich eingeladen. Weitere Informationen zur Tagung und Anmeldung bei Joachim Schuster, c/o spw, Brokstr. 58, 28203 Bremen, Tel./Fax 0421-74923, eMail: Schuster@bremnet.de.

3. Kongress der Gewerkschaftslinken 3./4.12.99 in Stuttgart

Der 3. Kongress der *Initiative für Vernetzung der Gewerkschaftslinken* findet am 03./04.12.99 in Stuttgart zu den Themen Mitbestimmung, Sozial-, Tarif- und Arbeitszeitpolitik statt. Der erste Kongress dieser längerfristig angelegten Initiative fand am 15./16.04.99 in Oberursel/Frankfurt mit ca. 140 GewerkschafterInnen aus der ganzen Republik statt und vereinbarte weitere gemeinsame Arbeit. Genaues Programm und weitere Infos bei: Heinz-Günter Lang, Tannenburger Str. 15, PF 1201, 64660 Alsbach-Haehnlein, Tel.: 06257-1468. Im Internet gibt es umfangreiche Informationen

unter der Adresse <http://www.labournet.de>

Tagung „Der Krieg – Analyse eines Exempels“

Veranstalter dieser Tagung, die unter verschiedenen Gesichtspunkten eine Bilanz des Kosovo-Krieges und seiner medialen und politischen Behandlung ziehen sowie friedenspolitische Perspektiven diskutieren soll, ist ein breites Spektrum friedenspolitisch engagierter Organisationen und Initiativen. Sie findet statt am 08.10.99, ab 19.00 Uhr, und 09.10.99, 09.30 – 16.30 Uhr, in der Hochschule für Wirtschaft und Politik, von-Melle-Park 5 in Hamburg. Kontakt: NaturwissenschaftlerInnen-Initiative, Tel. 0231-575202, eMail: ines_nat@t-online.de

Tagung „Ein Jahr Rot-Grün – Neue Chancen für die Jugend?“

Unter diesem Titel führt des Bundesverband der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD am 24.10.99 eine Tagung in Berlin durch. Mehr Informationen und Anmeldungen beim Juso-Bundessekretariat, Wilhelmstr. 140, 10551 Berlin, Tel. 030-25991-365, eMail: jusos@spd.de

Frauen Netzwerk diskutiert zu „Frau und Beruf“

Bitte schon mal vormerken: Das Frauen Netzwerk veranstaltet am Samstag, den 13.11.99, 13 – 18 Uhr im *Jugendgästehaus Berlin* ein „*Werkstattgespräch Frau und Beruf*“. Bei der Tagung sollen die von Juso- und spw-Frauen erarbeiteten Konzepte der „Doppelten Umverteilung“ mit den von Gewerkschafterinnen und Wissenschaftlerinnen entwickelten Vorstellungen und Strategien zur gleichberechtigten Teilnahme von Frauen am Erwerbsarbeitsmarkt ausgetauscht und zusammengeführt werden. Zugesagt haben bereits Vertreterinnen der IG Metall und HBV, angefragt sind darüber hinaus eine Vertreterin der ÖTV sowie Heide Pfarr und Margaretha Steinrücke. Weitere Informationen über Büro Andrea Nahles, Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel.: 030/22777682, eMail: andrea.nahles@bundestag.de

Arbeitslosenprojekt TuWas

Leitfaden für Arbeitslose

Der Rechtsratgeber zum SGB III

Fachhochschulverlag
DER VERLAG FÜR ANGEWANDTE WISSENSCHAFTEN

SPD 2000 – NRW 2010: „Die Zukunft der Arbeit“

Zum Diskussionsforum „Die Zukunft der Arbeit“ lädt der EinladereInnen-Kreis SPD 2000 – NRW 2010, dem u.a. Svenja Schulze MdL, Christoph Zöpel MdB, Jürgen Schmitter (GEW NRW) und Sebastian Jobelius (Jusos Landesvorsitzender) angehören, ein. Das Forum findet am 23. Oktober, von 10.30 bis 16.00 Uhr in der Zeche Zollverein in Essen statt. Im Vordergrund steht die Suche nach sozialdemokratischen Antworten auf Erwerbslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit in NRW. Die TeilnehmerInnen sind eingeladen, die Politik der Landesregierung kritisch in den Blick zu nehmen, Anforderungen an das Landtagswahlprogramm zu formulieren und mit Jugendlichen über ihre Anforderungen an Arbeit und Leben diskutieren. An der Abschlussdiskussion nehmen u.a. Andreas Schmidt (DGB-Jugend NRW) und Roland Mecklenburg (Landesjugendring NRW) teil. Kontakt: Jusos NRW, Barbara König, Tel.: 0211 / 136 22 – 323, eMail: Barbara.Koenig.nrw@spd.de

Leitfaden (nicht nur) für Arbeitslose

Am 1. August 1999 ist das 2. Änderungsgesetz zum Sozialgesetzbuch III in Kraft getreten. Dadurch hat sich im Arbeitslosenrecht viel verändert. Mit dem Inkrafttreten der Änderungen ist die 16. Auflage des Leitfadens für Arbeitslose erschienen. Durch ihn informiert die Fachhochschule Frankfurt am Main Arbeitslose verständlich und auf dem allerneuesten Stand. Arbeitslosenprojekt TuWas: Leitfaden für Arbeitslose, 16. Aufl., 508 Seiten, 20,- DM (inkl. Versandkosten). Bestellung (mit Postkarte oder Fax) gegen Rechnung beim Fachhochschulverlag, Kleiststr. 31, 60318 Frankfurt am Main, Tel. 069-15332820, Fax 069-15332840, eMail: fhverlag@verlag.fh-frankfurt.de

Noch ein Zusatztipp: Im Internet gibt es eine frei zugängliche Datenbank zum Personal- und Arbeitsrecht, die von der AOK zur Verfügung gestellt wird und über die vielfältige Gesetzestexte und andere Vorschriften, Kommentare und Urteile in tiefer Gliederung verfügbar sind und gesucht werden können. Leider bisher nur Stand Ende April 1999, aber trotzdem unbedingt markieren. Die

Adresse ist <http://www.sbb.aok.de/cgi-bin/cntaok>

Buch „Der lange Abschied vom Sozialismus“

Am 16.-18.04.99 führten die Bürgerinitiative für Sozialismus, die Zeitschriften Sozialismus und spw und Kasseler HochschullehrerInnen gemeinsam einen Kongreß „Jahrhundertbilanz Sozialdemokratie“ durch. Jetzt ist im VSA-Verlag das Buch auf Grundlage der Beiträge zu diesem Kongress erschienen: Arno Klönne/Eckart Spoo/Rainer Butenschön (Hrsg.): Der lange Abschied vom Sozialismus. Eine Jahrhundertbilanz der SPD, Paperback, 226 Seiten; DM 32,80. Inhaltliche Schwerpunkte sind die SPD und der Krieg, die SPD und die Linke, die SPD und die Wirtschaft, die SPD in Geschichte und Geschichtsschreibung. Das Buch kann versandkostenfrei bei uns bestellt werden: spw-Verlag, Fresienstr. 26, 44289 Dortmund, Tel. 0231-402410, Fax 0231-402416, eMail: Verlag@spw.de

Arno Klönne/Eckart Spoo/
Rainer Butenschön (Hrsg.)

Der lange Abschied vom Sozialismus

Eine Jahrhundertbilanz der SPD



Kritik und Alternativen zum Sparprogramm und zum „Schröder-Blair-Papier“

Dazu sind in den letzten Wochen eine Reihe interessanter und materialreicher Papiere erschienen, auf die wir hinweisen möchten. Auf alle genannten Papiere, bei denen keine Internet-Adresse da- beisteht, gibt es Links auf der Internet-Seite <http://www.jusos.org>, über die man die Texte bequem finden und runterladen kann. Das Sparprogramm im Original findet sich unter <http://www.bundesfinanzministerium.de>, das Schröder-Blair-Papier unter <http://www.spd.de/politik/erneuerung/perspektiven/>

- Das Papier „Soziale Gerechtigkeit bleibt unsere Aufgabe – Kurshalten statt Neoliberalismus“ der acht SPD-MdBs Barthel, Hixsch, Richter, Röspel, Rossmann, Skarpelis-Sperk, Veit und Wieseühel, das insgesamt ca. 40 MdBs unterschrieben, erhältlich bei: Uwe Hixsch MdB, Tel. 030-2279 4017.
- Benjamin Mikfeld/Uwe Kremer/Thomas Westphal haben vorgelegt: „Linke Angebotspolitik. Innovationsstrategien für den Strukturwandel“, dokumentiert in der FR, über <http://www.spw.de>
- Die Antwort von Gregor Gysi auf Schröder/Blair: „Gerechtigkeit ist modern“, <http://www.pds-online.de/partei/aktuell/9908/gysi-thesen.htm>
- Das Papier der Grundwertekommission beim SPD-Parteivorstand: Dritte Wege – Neue Mitte. Sozialdemokratische Markierungen für Reformpolitik im Zeitalter der Globalisierung, <http://www.spd.de/politik/erneuerung/grundwerte/>
- Das Sondermemorandum der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Postfach 330447, 28334 Bremen): „Arbeit, Umwelt, Gerechtigkeit – Beschäftigungspolitik statt Sparbesessenheit“.
- Die Beurteilung des DGB zum Sparprogramm findet sich unter <http://www.dgb.de/ident/wipo7-99.doc>
- Der Juso-Bundesausschuss hat einstimmig ein umfangreiches Papier verabschiedet: „Es gibt eine Alternative! Neuer Gesellschaftsvertrag statt Secondhand-Neoliberalismus“.

„Gegen die CDU wäre es leichter gewesen.“

Ein Rückblick auf die Saarlandwahl am 5. September 1999

von Ulrich Commerçon*

Gerhard Schröder konnte am 1. März 1998 bei der Wahl des Niedersächsischen Landtages einen grandiosen Wahlsieg erringen. Mit 47,9 Prozent lag er stolze 3 Punkte über den Umfragewerten der Bundes-SPD. Reinhard Klimmt musste am 5. September 1999 bei der Wahl des Saarländischen Landtages eine vernichtende Niederlage einstecken. Mit 44,4 Prozent lag er schwache 12,5 Punkte über den Umfragewerten der Bundes-SPD.

Am 27. September 1998 wurde Helmut Kohl nach 16-jähriger Kanzlerschaft abgewählt. Die saarländische SPD hatte mit 52,4 Prozent bundesweit mit großem Abstand das beste Ergebnis aller Parteien aller Bundesländer erzielen können.

Alles wird gut

Gerhard Schröder wurde Bundeskanzler, der Parteivorsitzende Oskar Lafontaine Bundesfinanzminister und Reinhard Klimmt endlich Ministerpräsident. Die saarländische SPD war sich gewiss, die nächste Landtagswahl sei bereits gewonnen.

Auch die Saar-CDU glaubte bis im Frühjahr 1999 nicht im Entferntesten daran, die absolute SPD-Mehrheit an der Saar zu brechen. Ihr stellvertretender Landesvorsitzender gab sogar öffentlich bekannt, die CDU müsse sich auf das Jahr 2004, die übernächste Landtagswahl vorbereiten. Jetzt sei nicht der Hauch einer Chance zur Machtübernahme da.

Kurz: Alles wird gut.

Doch es kam anders: „Die Saarlandpartei“ – so selbstbewusst die SPD Saar über sich selbst – lag am 5. September 1999 mit 1,1 Prozentpunkten knapp hinter der CDU. Aber knapp



vorbei ist auch daneben. Gewonnen hatte niemand: In absoluten Stimmzahlen ausgedrückt verloren die CDU rund 12.000 oder 10 Prozent, die Grünen rund 20.000 oder die Hälfte, aber die SPD rund 90.000 oder mehr als ein Viertel ihrer Stimmen von 1994.

Zweieinhalb Faktoren der Niederlage

Die beiden großen Sieger der Bundestagswahl, Gerhard Schröder und Oskar Lafontaine, zwischen die nach eigenem Bekunden „kein Blatt Papier“ passte, hatten den Grundstein für die Folge von Wahlpleiten gelegt. Es braucht nicht viel Analysefähigkeit, um zu erklären, was an der andert-halb Jahrzehnte lang „roten“ Saar geschah. Im Wesentlichen waren es zwei Faktoren, personifiziert durch die beiden September-Sieger des Jahres 1998, plus die halbe Portion des damaligen CDU-Oppositionschefs:

Zum einen schlug der schlechteste Bundestrend seit den fünfziger Jahren durch. Zwar konnte Reinhard Klimmt mit dem Kampf gegen den Wortbruch der Bundesregierung bei Rente und Vermögensteuer die Hälfte der bei der Kommunal- und Europawahl im Juni des Jahres „Abtrünnigen“ zurückgewinnen. Möglich war dieses Stimmen gegen die eigene Bundesregierung nur durch die unbestrittene Glaubwürdigkeit, durch das hohe Ansehen Klimmts und durch einen unglaublich engagierten Wahlkampfesatz der gesamten Partei vom Landesvorsitzenden bis zu den Ortsvereinen. Der Wind drehte sich spürbar zu Gunsten der SPD. Die erneute Verteidigung der absoluten Mehrheit schien trotz aller widrigen Umstände zu gelingen. Als in der letzten Wahlkampfwoche jedoch bekannt

wurde, dass Schröder nun auch noch Schreiner – den letzten Saarländer im „Reich“ – vor die Tür setzen werde, war alle Mühe vergebens.

Zum anderen kostete der Rücktritt Lafontaines gerade an der Saar viel Vertrauen. „Enttäuschte Liebe“ beschreibt wohl am besten das Verhältnis vieler ehemaliger Bewunderer des „großen Zampanò“ nach dessen verantwortungslosem und selbstsüchtigem Eintritt in den vorzeitigen Ruhestand. Schlimmer noch als der Rücktritt selbst waren jedoch die stets züngelnden Gerüchte und Episoden aus dem „Exil“. Angefangen bei den ersten Auftritten auf dem SPD-Landesparteitag und der Saarbrücker Maikundgebung über die Ankündigung des „Buches der großen Abrechnung mit Schröder“ zur Frankfurter Herbstmesse bis hin zum Züricher Gourmet-Vortrag – wo auch nur sein Name auftauchte, stahl Lafontaine Klimmt die Show und riss Wunden wieder auf.

Vor diesem Hintergrund hat die saarländische SPD noch das Bestmögliche herausgeholt. Im Vergleich mit den Landtagswahlen in Brandenburg, Thüringen und Sachsen, aber vor allem mit der NRW-Kommunalwahl ist das derzeitige Optimum erreicht worden. Aber das reicht eben nicht. Gegen den Bundestrend, gegen Gerhard Schröder und gegen Oskar Lafontaine zugleich ist keine Wahl zu gewinnen. Allein gegen die Saar-CDU wäre es leichter gewesen. Aber auch das ist ein schwacher Trost.

Was bleibt? Ein kurzer Ausblick

Die Genossen konnten die Saar zum wiederholten Mal nicht halten. Die CDU hat trotz, nicht wegen ihres „jungen Mildens“ Müller die Mehrheit der Mandate. Und dennoch sind die Aussichten nicht schlecht. Die Er-

Gegen den Bundestrend, gegen Gerhard Schröder und gegen Oskar Lafontaine zugleich ist keine Wahl zu gewinnen.

* Ulrich Commerçon, Politikwissenschaftler, Mitglied des SPD-Landesvorstands Saarland

neuerung der Fraktion ist mit Heiko Maas als Fraktionsvorsitzendem, vielen frischen und jungen Kräften auf gutem Wege. „Die Saarlandpartei“ wird sich einen neuen Namen geben und neu einen Namen machen müs-

sen. Erleichtert wird dies auch durch den Wegfall eines schwierigen Themas des verlorenen Wahlkampfes: Über den Bergbau wird beim nächsten Mal nicht mehr zu reden sein. Der Blick richtet sich auf 2004.

P.S.: Napoleon verlor als Kaiser bei Leipzig, wurde nach Elba verbannt, kehrte für 100 Tage zurück und erlebte Waterloo. Auf St. Helena blieb er bis zum Schluss. Zum Wohle seines Landes. spw

Im November letzten Jahres war die SPD-Welt in Dortmund noch in Ordnung. Hatte man doch bei der Bundestagswahl gerade erst – auch für heimische Verhältnisse – ein Traumergebnis erzielt. Die Vorbereitungen für die Kommunalwahl liefen bereits auf Hochtouren. Die Wahlkreis-kandidaten für den Stadtrat waren in den Stadtbezirken bereits nominiert und auch für den ersten direkt zu wählenden Oberbürgermeister hatte sich eine Lösung gefunden. Sollte doch der bundesweit bekannte Oberbürgermeister Günter Samtlebe aus Altersgründen abgelöst werden. Um die neue hauptamtliche Doppelspitze war die Schlacht schon 1997 abschließend geschlagen. Der Sieger und zukünftige Kandidat, Franz Josef Drabig, hatte erfolgreich alle seine Gegner ausgeschaltet oder anderweitig versorgt. Drabig erreichte daher ohne Mühe eine eindeutige Nominierung durch den Unterbezirksparteitag in Dortmund.

Skandale in Serie

Nach den Plänen sollte er schon Anfang Dezember 1998 den Oberbürgermeister und Oberstadtdirektor ablösen und den Wahlkampf aus der neuen Position heraus bestreiten. Eine nächtliche Polizeistreife durchkreuzte jedoch seine Pläne, als er im Sperrbezirk mit einer Prostituierten erwischt wurde. Seine Erklärungsversuche, es handle sich nur um eine Anhalterin, belustigten das Publikum und zeigten fehlende Sensibilität in Problemsituationen. Aufgrund des Rotlichtvorfalles ordnete der Dortmunder Parteichef Bernhard Rapkay Probeabstimmungen in der Ratsfraktion an. Gleich zwei Probeabstimmungen gingen schief. Dennoch wurde die Wahl des neuen Oberbürgermeisters nicht von der Tagesordnung der Ratssitzung Anfang Dezember 98 gestrichen. Prompt fiel Drabig auch hier durch. Mindestens fünf SPD RatsvertreterInnen hatten nicht für ihn gestimmt. Der nächste öffentliche Skandal war da. Der dritte folgte sogleich. Denn die Amtseinführungsfeier für den designierten Drabig, neues Briefpapier und neue Möbel waren bereits

Wochen vorher geordert worden. Die Rechnungen ergaben schließlich 300.000 bis 400.000 DM Aufwand für Oberbürgermeister Drabig, der keiner wurde.

Die Dortmunder SPD hatte jetzt ein weiteres Problem. Neun Monate vor den Wahlen war der Kandidat abhanden gekommen (dass es für die Kölner noch schlimmer kommen sollte, wussten wir noch nicht), denn die große Mehrheit der Partei war zur Überzeugung gekommen, dass man nun mit Drabig nicht mehr antreten konnte. Er sollte jedoch den Fraktionsvorsitz behalten. Nun kam es doch noch zu einer Kampfabstimmung. Der bisherige Stadtdirektor und Kämmerer Dr. Langemeyer setzte sich knapp mit 152 zu 142 gegen Günter Wegmann, Rechtsanwalt und stellvertretender Parteivorsitzender durch. Dies war auch eine Entscheidung zwischen dem Weiter so und einem neuen Politikansatz. Dass Langemeyer kein Kandidat der Partei war und auch keine Kenntnis vom Zustand der Parteiarbeit in den Ortsverein hatte, zeigte er während des gesamten Wahlkampfes. Ungeschickte Äußerungen des Kandidaten förderten genauso wenig die Stimmung der Partei wie die Politik und Öffentlichkeitsarbeit der neuen Bundesregierung.

In dieser Situation wurde Anfang August bekannt, dass der Fraktionsvorsitzende Drabig seit Jahren keine Steuererklärung abgegeben und wohl seine Aufsichtsratsvergütungen nicht versteuert hatte. Dass in dieser Situation der Parteivorsitzende nicht auf einen sofortigen Rücktritt Drabigs drängte, sondern genau das Gegenteil versuchte, vergrößerte den Schaden. Da wundert es kaum, wenn eine repräsentative Umfrage den CDU-Unternehmer Geers zu diesem Zeitpunkt bei 55% für die OB Wahlen ausmachte. Ein Schock für die Genossen, die doch sonst immer sichere Mehrheiten hatten. Dass letztendlich am 12. September Langemeyer auf immerhin 42% und Geers „nur“ auf 45% kam, war schon ein Erfolg. Das jedoch im Stadtrat die Fraktion der CDU um 0,7% vor der SPD-Fraktion lag, war noch ein größerer unerwarteter Schock.

Debakel in der „Herzkammer der SPD“

von Andreas Bach*

Konsequenzen stehen noch aus

Die ersten Analysen des Wahlergebnisses zeigen, dass nur 100.000 BürgerInnen die SPD gewählt hatten gegenüber 200.000 bei der Bundestagswahl 98 und 177.000 bei der letzten Kommunalwahl, die zusammen mit einer Bundestagswahl stattfand. Die Wählerwanderungen bestätigen weiterhin, dass die SPD im Wesentlichen an die Nichtwähler verloren und nur unbedeutende Abgaben an CDU und Grüne aufzuweisen hat. Die Grünen haben geringere Verluste zu verzeichnen und die CDU konnte ihr gesamtes Potential mobilisieren. Da in Dortmund noch eine Stichwahl ansteht (nach Redaktionsschluss), hat innerhalb der Dortmunder Partei noch keine ausführliche Analyse stattgefunden. Viele Gespräche zeigen jedoch, dass drei Hauptgründe der Wahlniederlage in Dortmund diskutiert werden. Erstens: Die Politik der neuen Bundesregierung, von der ein bedeutender Teil der Stammwähler tief enttäuscht ist. Zweitens: Die Drabig-Affären und der dazugehörige Filz zwischen SPD und Verwaltung. Drittens: Ein sehr unprofessioneller Wahlkampf gegenüber einer Marketingglanzleistung von CDU - Mann Geers.

Für die Zeit nach der Stichwahl wird eine Diskussion vielleicht sogar eine Zerreißprobe zwischen den Aktiven, die einen neuen Politikansatz in Dortmund durchsetzen wollen, und der Fraktion, die trotz Mehrheitsverlust ohne grundlegende Änderungen weiter machen will. spw

Drei Hauptgründe der Wahlniederlage:
 1. die Politik der neuen Bundesregierung,
 2. die Drabig-Affären und der Filz zwischen SPD und Verwaltung,
 3. ein sehr unprofessioneller Wahlkampf.

* Andreas Bach ist Vorsitzender eines SPD-Ortsvereins in Dortmund.

Warum überhaupt noch Wählen gehen?

von Barbara König und Reinhold Rünker*



„Ich bin über die Liste gewählt worden und nun das jüngste Mitglied im Bonner Stadtrat. Es gibt für die SPD jetzt viel zu tun: Die neue CDU-Mehrheit hat schon angekündigt, viele Fahrradwege wieder abzubauen. Ich möchte versuchen, diesen Rückschritt zu verhindern und hoffe dabei auf massive Unterstützung von vielen Schülerinnen und Schülern.“
Angelo Vallone, 22 Jahre, Ratsmitglied in Bonn

Bei den nordrhein-westfälischen Kommunalwahlen durften nicht nur erstmals EU-AusländerInnen, sondern auch 16jährige wählen gehen. Vorausgegangen war ein mehrjähriges innerparteiliches Engagement vor allem der Jusos, das erst mit der rot-grünen Koalition von Erfolg gekrönt wurde, weil auch die Bündnisgrünen in NRW auf die Ausweitung des Wahlrechts drängten. Die Skepsis in der politischen Landschaft blieb jedoch. Die CDU plädierte sogar für eine Rücknahme des Wahlrechts.

Wählen gehen?

Das Ergebnis für die NRW-SPD war niederschmetternd, zum Teil vernichtend. Nicht nur, dass ehemalige Hochburgen geschleift wurden, auch in der Fläche wurde die SPD auf den Stand der 60er Jahre zurückgeworfen. So verwundert es auch nicht, dass die Jusos, die kandidiert haben, es nur in Ausnahmefällen schafften, in die Kommunalparlamente gewählt zu werden. Insgesamt dürften es bei über 300 Gemeinden in NRW vielleicht etwas mehr als hundert aktive Jusos sein, die ein Mandat erhalten haben – insgesamt verfügt die SPD über fast 4200 Sitze – 1300 weniger als bislang.

Landesweite Zahlen lagen bei Redaktionsschluß für NRW nicht vor. Aus dem Ergebnis der Stadt Düsseldorf läßt sich aber eine deutliche Tendenz feststellen: die Wahlbeteili-

gung von Jung- und ErstwählerInnen lag nochmal mindestens 15 Prozentpunkte unter der allgemeinen Wahlbeteiligung, obwohl wir den Eindruck haben, dass die Düsseldorfer Jusos einen engagierten Wahlkampf gemacht hatten.

Schon bei den hessischen Kommunalwahlen, wo ebenfalls 16jährige erstmals wählen durften, war 1998 die Wahlbeteiligung deutlich niedriger ausgefallen als bei anderen Altersgruppen. Dass dies kein Einzelfall war, belegen ErstwählerInnen-Analysen fast aller Wahlen in den 90er Jahren sowie aktuell der Landtagswahlen im Saarland, Brandenburg und Thüringen.

Die größte Jugendpartei ist die der NichtwählerInnen

Ebenso wie bei älteren WählerInnen gibt es eine bewusste Wahlenthaltung als souveräner, demokratischer Akt (z.B. als Protest gegen die herrschende Politik, aktuell gegen die Bundespolitik) oder aber aus der Überzeugung heraus, dass Politik sowieso nichts verändert (verändern kann oder gar will). Diese resignativ-bewusste Wahlenthaltung scheint unter Jugendlichen zuzunehmen. Sie wird unseres Erachtens auch dadurch gefördert, dass Politik wahlweise Versprechungen macht, die sie anschließend schleichend wieder kassiert, um doch die Politik der abgewählten Regierung wieder aufzugreifen (siehe Schröders Regierungspolitik), oder aber den Jugendlichen wird suggeriert, dass sie selbst schuld an der eigenen Misere (Ausbildungsplatzmangel, Jugendarbeitslosigkeit, etc.) sind, weil sie nicht flexibel genug sind – so Clement nach den Kommunalwahlen in einer Rede in Bielefeld.

Aber es gibt auch verstärkt eine unbewusste Wahlenthaltung, weil

- keine politischen Alternativen zwischen den Parteien erkennbar sind;
- Jugendliche in dieser Altersphase nach Orientierung suchen und mit ihrem eigenen Leben voll auf beschäftigt sind;

- Jugendliche (insbesondere bei Wahlalter 16) in Schulen, etc. nicht umfassend informiert wurden;
- Jugendliche keinen Bock auf Parteienpolitik haben.

Kommunal ist nicht egal...

Natürlich hat sich der Juso-Landesverband im Vorfeld der Kommunalwahlen bemüht, überzeugende Angebote zu entwickeln, um möglichst viele Ju-

gendliche zur Stimmabgabe zu überzeugen und nicht zuletzt die eigenen Aktiven für ein entsprechendes Engagement zu rüsten. Das Angebot bestand aus drei Elementen:

Erstmals wurde das Internet offensiv als Informationsmedium eingesetzt. In Zusammenarbeit mit der Kölner Internet-Agentur barracuda wurde die homepage www.ab16.de entwickelt, auf der sich Jugendliche umfangreich über die Kommunalwahl, junge KandidatInnen, aber eben auch über lokale Projekte von Jusos informieren konnten. Die Seiten wurden sehr gut angenommen, von der Fachpresse gelobt und erzielten zeitweise über 50.000 Hits pro Woche. Ähnliche Seiten wurden durch den Landesjugendring NRW (www.ab-16.de) und von der Landeszentrale für politische Bildung (www.16plus.de) angeboten. Die anderen Parteien in NRW hatten keine vergleichbaren Initiativen.

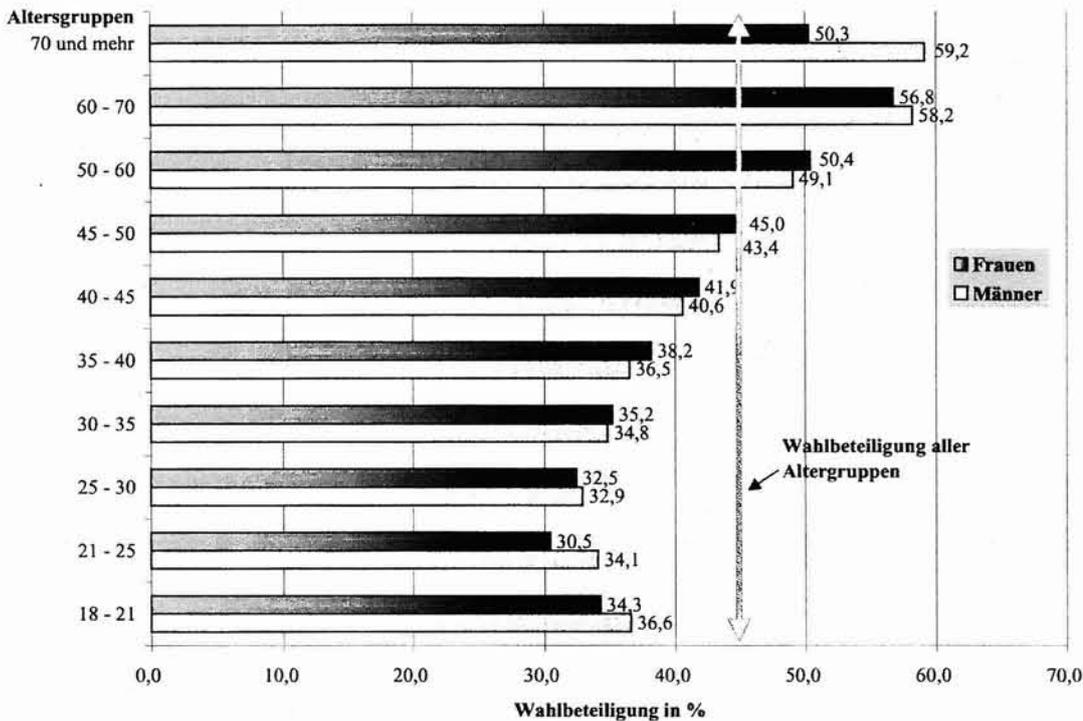
Mehr an die „interne“ Zielgruppe Jusos richtete sich die Neugestaltung des Web-Angebotes „www.nrw.jusos.org“. Neben einem völlig neuen Layout wurde u.a. ein „Werkzeugkasten“ im Testlauf eingerichtet, aus dem sich die UserInnen bedienen können, um maßgeschneiderte Druck-Vorlagen (Flyer, Broschüren, etc.) erstellen zu können. Verfügbar ist zur Zeit ein Artikeldienst, der als Steinbruch für lokale Materialien dienen kann. Im ausgebauten Zustand soll der Werkzeugkasten zudem gängige Juso-Schriftarten, Formatvorlagen, Icons und Gestaltungsraster beinhalten. Außerdem soll eine Aktionsdatenbank aufgebaut werden.

Das zweite Element bestand aus der Produktion eines „Pocketheftes“, d.h. einer 8seitigen Broschüre im Postkarten-Format in einer Auflage von 150.000 Stück. Inhaltlich beschäftigte sich dieses Heftchen mit den Möglichkeiten der lokalen Mitbestimmung für Jugendliche, d.h. also auch über den Wahltag hinaus. Das Neue des Mediums bestand darin: in Kooperation mit Parteigliederungen wurden die Hefte über eine Agentur an Cafes, Kneipen und Jugendzentren verteilt – Orte mithin, die von Jugendlichen besucht werden und in denen Zeit sowie Muße vermutet werden darf, angebotene Informationen anzunehmen. Die Restauflage wurde bei Juso-Veranstaltungen eingesetzt.

Als drittes Element wurde mit dem Bezirk Westliches Westfalen und

* Barbara König, geb. 1969, Politikwissenschaftlerin, lebt in Bonn, Reinhold Rünker, geb. 1964, Historiker, lebt in Leichlingen, beide arbeiten im Juso-Landesbüro NRW und sind Mitglieder der spw-Redaktion

Wahlbeteiligung bei der Europawahl 1999 in Deutschland nach Altersgruppen und Geschlecht



„Den Wahlkampf habe ich eigentlich als sehr positiv erlebt. Die meisten Jugendlichen haben mir gesagt, dass sie es gut finden, daß auch mal eine junge Frau für den Rat kandidiert. Vor allem bei Jugendlichen, die selbst aktiv sind, z.B. im städtischen Jugendrat oder in der Schülerarbeit – hat meine Kandidatur für Interesse gesorgt.“

Britta Lenz, 20 Jahre, Ratskandidatin in Meckenheim

einigen Unterbezirken eine ErstwählerInnenbrief-Aktion organisiert, durch die ca. 100.000 Jugendliche direkt angeschrieben wurden.

Es gibt keine Jugendpartei!

Im Folgenden wollen wir uns abschließend mit zwei Fragen beschäftigen: 1. Welche parteipolitischen Präferenzen lassen sich erkennen? 2. Wie können Jugendliche für ein stärkeres (partei)politisches Engagement gewonnen werden?

1. Das Thema „Jugend“ verbinden 44% der Jugendlichen zw. 14 u. 18 Jahren mit der SPD, nur 16% mit der CDU (Grüne: 25%, FDP: 5%, BRAVO-Emnid-Umfrage, Juni 1999). Auf die Frage, „Wer vertritt die Interessen der Jugendlichen am besten?“ nennen 36% der 14 – 18jährigen die SPD, nur 16% die CDU (Grüne: 10%, FDP: 1%, BRAVO, Juni 1999) interessant: Das heißt: Jugendliche erwarten am ehesten von der SPD, dass sie v.a. in den Feldern Bildung, Ausbildung und Arbeit ihre Interessen vertritt. Die Grünen, die mit dem Umwelt-Thema in den 80er Jahren zur Jugendpartei avancierten, haben dagegen das Vertrauen der Jugendlichen verloren.

Obwohl die CDU gemäß Umfragen und Jugendstudien nie die von

der Jugend favorisierte Partei war, konnte sie bei den jüngsten Wahlen ihre größten Zugewinne bei JungwählerInnen z.B. im Saarland und Brandenburg verbuchen. Für Nordrhein-Westfalen wird erwartet, dass deutlich mehr als 50% der ErstwählerInnen CDU gewählt hätten – und das, obwohl die CDU ihr Wahlrecht demnächst wieder beschneiden wird, sollte sie die Landtagswahl im Mai 2000 gewinnen.

Noch bei der Bundestagswahl haben JungwählerInnen verstärkt rot-grün gewählt, weil sie sich einen Politikwechsel v.a. bei den Themen Bildung, Ausbildung, Arbeitslosigkeit erhofften – dieser ist nach einem Jahr Schröder ausgeblieben:

- JungwählerInnen wandern nicht zur CDU, sondern enthalten sich der Wahl;
- sozialdemokratisch orientierte JungwählerInnen sind besonders kritisch, anspruchsvoll, wählerisch und entscheiden sich bewußt gegen die Wahl.

Die CDU hat z.B. in NRW die Kommunalwahlen nicht mit besseren politischen Alternativen gewonnen, sondern auch im Jugendsegment besser ihr Wählerpotential mobilisiert. In manchen rot-grün regierten Städten werden hingegen Radwege zurück-

gebaut, Schülerfahrkarten wieder abgeschafft, Jugendzentren geschlossen, Leistungen in der Jugendarbeit insgesamt reduziert. Das alles ist für Jugendliche wenig attraktiv – warum also sollen sie SPD wählen?

Die Ursache für diesen scheinbaren Konservativ-Trend bei Jugendlichen liegt deshalb wohl darin, dass die SPD auch hier ihr Potential in keiner Weise ausgeschöpft hat. Eine weitere These, die künftig mal einer qualitativ-empirischen Untersuchung unterzogen werden sollte, ist die, dass auch Jugendliche in einer biographischen Orientierungsphase nach einem ideologischen „Anker“ der Bewahrung des Vorhandenen suchen, nach „Kontinuität und Schutz im Wandel“, wenn sich schon eine deutliche Verbesserung ihrer persönlichen Situation nicht realisieren lässt.

Es gibt heute also keine eindeutige „Jugendpartei“, auch weil sämtliche Parteien die Zielgruppe Jugend sträflich vernachlässigt haben und kein glaubwürdiges Personalangebot aufweisen. Diese Entwicklung können auch Jugendorganisationen der Parteien nicht auffangen. Eine Partei, die wie die CDU den 16 – 17jährigen die Wahl-Reife und politische Beteiligung abspricht, wird zudem niemals



„Wahlniederlage hin oder her; es geht weiter!!! Ich bin zwar nicht im Rat, aber zumindest als Sachkundige Bürgerin in ein bis zwei Ausschüssen und Fraktionsmitglied. Damit kann ich erstmal eine Menge Erfahrung für die nächste Kommunalwahl sammeln.“

Sabine Kuhl, 19 Jahre, Ratskandidatin in Viersen



„Leider habe ich es am 12. September nicht geschafft, einen Ratsposten im 'schwarzen Büren' zu erobern. Zumindest ist es mir gegen den Trend gelungen, ein paar Prozent zuzulegen.“

Dirk Witthaut, 19 Jahre, Ratskandidat in Büren

eine „Jugendpartei“ werden. Doch das kann für die SPD nur ein sehr schwacher Trost sein.

Das „Persönliche“ muss wieder „politisch“ werden

2. Die Beteiligung an Wahlen ist nur eine (die niedrigschwelligste) Form des politischen Engagements, zudem eine sehr diskontinuierliche, da sie an unterschiedlichen Terminen auf unterschiedlichen Ebenen stattfinden. Zudem hat der Wahlkampf der Parteien seine öffentliche Sonderstellung längst eingebüßt, da in der Werbegesellschaft die potentiellen Kunden immer und überall umworben werden. Und da ist das Geschäft klar: Cash gegen Ware, wenn die nicht gefällt, kann sie umgetauscht werden. Eine einmal abgegebene Stimme legitimiert für vier bis fünf Jahre Politik im Namen derer, die die Stimme abgegeben haben – und das ohne Umtauschrecht.

In den Vordergrund müssen andere Formen (gesellschafts-)politischen Engagements gerückt werden: Jugendstadteilarbeit, Jugendparlamente, Internetprojekte, Sportprojekte, etc. Das „Private“, das „Persönliche“ muss wieder politisiert und der gesellschaftlichen Egomane entrissen werden. Jedoch: das ist fast eine Herausforderung kulturrevolutionären Ausmaßes. Das verweist aber darauf, dass wir Jusos stärker denn je unsere eigene Verankerung in den unterschiedlichen Jugend-Milieus zum Ausgangspunkt auch unserer politischen Reflexion und des Handelns machen müssen. „Juso-Sein“ darf nicht eine „ausser-private“ Sphäre sein (oder im schlimmsten Falle völlig damit zusammenfallen), sondern muss aus dem persönlichen Umfeld heraus immer wieder motivieren und verknüpft werden.

Trotzdem: Parteien müssen ihre Attraktivität für Jugendliche steigern und moderne, zielgruppengerechte Anspracheformen finden. Dabei geht es wohl in erster Linie nicht einmal darum, massenhaft Jugendliche als neue Mitglieder zu gewinnen. Authentizität und Glaubwürdigkeit stehen als „Orientierungswerte“ bei Jugendlichen allen Unkenrufen zum Trotz hoch im Kurs – sie sind ein Maßstab, an dem sie Politik messen. Nicht zuletzt deshalb äußern Jugendliche in einer der bereits zitierten BRAVO-Umfragen, dass sie erwarten, dass die Parteien mehr auf ihre Jugendorganisationen hören sollten. Erst dann folgt in der Rangfolge, dass Politiker direkt mit Jugendlichen reden sollten. Verzweifertes Zucken von Alt-Politikern in Discos wirkt eher lächerlich bis abstoßend. In der Umfrage wird davon mit Nachdruck abgeraten. spw

Gerhard und TINA

oder die Alternativlosigkeit sozialdemokratischer Regierungspolitik

von Arno Brandt*

TINA steht für ein Stereotyp aus den Tagen der Maggy Thatcher – Ära: „There Is No Alternative“.

Damit sollte sich jede gesellschaftliche Diskussion über den offiziellen Regierungskurs erübrigen. Politik galt als Sachzwang, Regierungshandeln als Naturgesetz.

Ganz ähnlich Gerhard Schröder zu seinem Sparprogramm heute: „Dazu gibt es keine, aber auch gar keine Alternative.“ Nach den Wahldebakeln in Brandenburg, Saarland, Thüringen und NRW gehört schon einiger Mut dazu, alle Weisheiten dieser Welt im Bundeskanzleramt zu wissen. Da wir es in Deutschland zur Zeit mit einer stotternden Wirtschaftskonjunktur zu tun haben, kommen ande-

re Beobachter der wirtschaftspolitischen Szene in Deutschland zu einem ganz anderen Schluß. Nobelpreisträger Robert Solow, einer der eher fortschrittlichen Ökonomen in den USA, formuliert seine Kritik hart: „Deutsche Politiker handeln falsch, wenn sie nun den Haushalt konsolidieren, ohne die aktuelle wirtschaftliche Situation zu berücksichtigen. Es gibt für den Staat eine gute Zeit zum Sparen und eine schlechte Zeit. Nun ist dafür ein schlechter Zeitpunkt.“

Der künftige Nobelpreisträger und zur Zeit wohl meist zitierte Wirtschaftswissenschaftler Paul Krugman sieht die Dinge auch nicht anders: „Natürlich ist es richtig, langfristig den Haushalt zu sanieren. Kurzfristig wird Eichels Konsolidierungspolitik die Arbeitslosigkeit aber nicht beseitigen, sondern erhöhen.“ Auch Oskar Lafontaine hatte eine andere Vorstellung von Finanzpolitik. Zuerst wollte er die Konjunktur in Schwung bringen, um anschließend mit einer längerfristig angelegten Konsolidierungsstrategie anzusetzen. Im Gegensatz zur prozyklischen Politik Schröders und Eichels nennt man das eine antizyklische Haushaltspolitik.

Die jetzige Bundesregierung hat voraussichtlich nur noch bis zur Landtagswahl in Nordrhein Westfalen Zeit, auf der Basis von politischen Erfolgen



die Mehrheitsfähigkeit der SPD unter Beweis zu stellen. Ohne eine deutliche Senkung der Arbeitslosigkeit wird dies nicht gelingen. Die jetzigen Weichenstellungen in der Haushaltspolitik machen es wenig wahrscheinlich, daß der Arbeitsmarkt positiv reagiert wird. Weder Beschäftigungsformeln noch Machtworte helfen da sonderlich weiter.

Nachfrage: Wie will die SPD eigentlich die nachdenklichen Teile der Neuen Mitte für sich gewinnen, wenn der politische Kurs ohnehin für alternativlos erklärt wird spw

„Natürlich ist es richtig, langfristig den Haushalt zu sanieren. Kurzfristig wird Eichels Konsolidierungspolitik die Arbeitslosigkeit aber nicht beseitigen, sondern erhöhen.“
Paul Krugman

* Arno Brandt, Hannover

Als die rot-grüne Koalition im Oktober 1998 das gemeinsame Regierungsprogramm erarbeitete, gab es schnell Übereinstimmung der Regierungsparteien darüber, daß ein Konsens der Regierung mit den Atomkraftbetreibern zu einem Ausstieg aus der Atomenergie gesucht werden soll.

Beide Regierungsparteien haben unabhängig voneinander den Ausstieg aus der Atomenergie seit Jahren in ihrem Programm: die SPD seit ihrem Bundesparteitagsbeschuß von 1986, der dies innerhalb von zehn Jahren nach Regierungsantritt vorsah; die Grünen seit ihrer Parteigründung als ultimative Forderung ohne Wenn und Aber. Die Unterschiede zwischen den beiden nunmehrigen Regierungsparteien und innerhalb beider Parteien lagen darin, wie schnell ein solcher Ausstieg realisiert werden könnte. Zwei Fragen sind dabei von Interesse:

1. Die erste ist, wie lange man brauche, um den ein Drittel der deutschen Stromversorgung ausmachenden Atomstrom durch andere Energieträger zu substituieren, also die Frage nach der Alternative. Einigkeit besteht darin, daß das Abschalten der Atomkraftwerke nicht zu einer Steigerung von CO₂-Emissionen führen darf. Etwa zeitgleich mit der programmatischen Forderung der SPD nach Beendigung der Atomenergienutzung hatte weltweit die Debatte über die globalen Klimaschäden durch Verfeuerung fossiler Energien begonnen. Nach dem GAU des Atomreaktors Tschernobyl im April 1986 war die Atomenergie in der öffentlichen Meinung erledigt; der Ausstieg aus der Atomenergie wurde mehrheitsfähig.

Spätestens seit der Weltklimakonferenz 1988 in Toronto ist aber auch die fossile Energienutzung weltweit im Verruf. Die Weltzivilisation, so die globale Message dieser Konferenz, praktiziere mit ihrem weit überdimensionierten fossilen Energieverbrauch ein Klima-Experiment, das in seinen Folgen denen eines globalen Atomkriegs gleichkomme. Seitdem geht es auch um den Ausstieg aus fossilen Energien: zwar nicht mit Ausstiegsfristen, aber dafür mit zeitlich festgelegten Zielen, die Treibhausgase zu reduzieren.

Eine Reduktion von 25% bis 2005 war die offizielle Zielmarke der Kohl-Regierung, die Ende der 80er Jahre für Deutschland festgelegt wurde; globale CO₂-Emissionen auf dem

Stand des Jahres 1990 festzuschreiben, ist die Zielmarke der internationalen Klima-Konvention. Beide Zielmarken werden mit Sicherheit weit verfehlt. Deshalb wittern die Atomkraftbetreiber Morgenluft, indem sie ihre CO₂-freie Stromproduktion ins Feld führen und einen raschen Atomausstieg aus Klimagründen als unverantwortlich erklären. Da aber die Betreiber atomarer und fossiler Kraftwerke weitgehend identisch sind, haben sie sich die Begründung selber organisiert, warum ein Atomausstieg aus ökologischen Gründen nicht zu verantworten sei: Je erfolgreicher sie die Einführung von Kraft-Wärme-Kopplung und Erneuerbaren Energien blockieren, desto mehr hoffen sie auf eine neue Akzeptanz in der Öffentlichkeit und bei politischen Entscheidungsträgern für eine Weiterführung der Atomenergienutzung – zumindest dafür, daß ein Abschalten der Atomenergie kurzfristig nicht möglich sei.

Offensichtlich hatte diese Strategie der Stromwirtschaft einen Teilerfolg: Der Ausstieg aus der Atomenergie wird immer noch in der Öffentlichkeit mehrheitlich befürwortet, aber mit mehr Verständnis für lange Ausstiegsfristen. Die Grünen sind von ihrer Forderung nach Sofortausstieg längst abgerückt; die SPD hat ihre Zehn-Jahres-Forderung längst ad acta gelegt.

2. Die zweite Frage ist, welche rechtlichen Möglichkeiten eine Regierung und Parlamentsmehrheit hat, ein Abschalten von Atomreaktoren zu erwirken – bevor diese aus Gründen der Betriebssicherheit ohnehin abgeschaltet werden müssen, wofür als Faustregel eine Laufzeit von etwa 30 Jahren gilt. Wie kann man einen Atomkraftwerksbetreiber, der eine unbefristete Betriebsgenehmigung hat und alle Sicherheitsauflagen erfüllt, zu einem vorzeitigen Abschalten veranlassen? Eine diesbezügliche politische Entscheidung ist zwar jederzeit möglich, aber die sichere Folge wäre, daß dann Entschädigungsleistungen in vielfacher Milliardenhöhe auf den Staat zukommen, die von den Atomkraftwerksbetreibern auf dem Gerichtsweg erzwungen würden.

Konsensgespräche: die Lösung des gordischen Knotens?

Das Regierungsprogramm der Rot-Grünen hat sich den Atomausstieg „so schnell wie möglich“ vorgenommen. Der Ausstieg soll vor dem Ende der „normalen“ Laufzeit der Atomre-

Konsens über „Atomausstieg“ – ein Bumerang für den Einstieg in die ökologische Energiewende?

Der politische Preis eines Konsenses über den Atomausstieg ist unbezahlbar

von Hermann Scheer*

aktoren erfolgen, und selbstverständlich soll es keine neuen Atomreaktoren mehr geben. Der Ausstieg selbst soll so organisiert werden, daß keine Entschädigungsforderungen auf die Staatskasse zukommen können.

Dies sind die beiden Eckwerte des Atomausstiegs der neuen Bundesregierung. Da aber die Stromwirtschaft an der Atomkraft festhält – teilweise prinzipiell, teilweise mindestens bis zum Ende der „Normallaufzeit“ ihrer Reaktoren –, ist die scheinbar logische Konsequenz, daß diese beiden Eckwerte nur über einen Konsens mit den Atomkraftbetreibern erreichbar sind. Deshalb bestand Einhelligkeit zwischen beiden Regierungsparteien, daß Verhandlungen mit der Stromwirtschaft über Ausstiegsfristen stattfinden müßten. Daneben ist es Regierungsprogramm, den Einstieg in Alternativen zu forcieren.

Mittlerweile liegt, nach monatelangen zähen Verhandlungen, ein Zwischenergebnis der Konsensverhandlungen vor, das im wesentlichen von Bundeswirtschaftsminister Müller mit vier von fünf Atomkraftbetreibern ausgehandelt wurde: eine maximale

Die entscheidende Frage ist, ob der hohe politische Preis für den Atomkonsens bezahlt werden darf. Meine Antwort ist: Der politische Preis ist entschieden zu hoch.

* Hermann Scheer MdB ist Präsident der europäischen Sonnenenergievereinigung Eurosolar und Mitglied im SPD-Parteivorstand. Der Text erschien zuerst in der Zeitschrift „Solarzeitalter“, Nr. 2/1999.

Die Marktexpansion der Stromkonzerne kostet in den Stadtwerken in 1 Jahr mehr Arbeitsplätze, als es in Atomkraftwerken insgesamt gibt.

Laufzeit von 35 Jahren. Dies würde bedeuten, daß der erste Atomreaktor im Jahr 2006, der letzte 2024 abgeschaltet würde, sofern alle in der Zwischenzeit die Sicherheitsauflagen erfüllen. Noch haben nicht alle Atomkraftbetreiber zugestimmt. Abgesichert werden soll der Ausstieg mit den Laufzeitfristen in Form eines öffentlich-rechtlichen Vertrages: Wer diesen bricht, hebt alle Vereinbarungen auf.

Innerhalb der Koalition – und hier auch innerhalb der beiden Koalitionsparteien – konzentrierten sich die Forderungen darauf, die Frist wenigstens auf 30 Jahre zu verkürzen. Auf diesem Weg könnte 2001 der erste Re-

aktor offiziell abgeschaltet werden, um vor der nächsten Bundestagswahl den ersten Vollzugsschritt des Atomausstiegs der Öffentlichkeit präsentieren zu können. Diese Diskussion über die Fristen beherrscht die Schlagzeilen.

Über das sehr viel schwerwiegendere Problem des Konsens-Entwurfs wird dagegen kaum angemessen diskutiert. Dieses findet sich in den ergänzenden Vereinbarungen über den „Energiewirtschaftlichen Ordnungsrahmen“; u.a. soll sich die Bundesregierung verpflichten:

- „Der mit dem Energiewirtschaftsgesetz ab Frühjahr 1998 eingeführte Wettbewerb im Strommarkt wird grundsätzlich nicht geändert, insbesondere kein monopolartiger Gebietsschutz restituiert.“ Dies bedeutet: Eine Stärkung der bedrohten Stadtwerke durch eine Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes darf es nicht mehr geben.

- „Sollte aus übergeordneten Gründen die Zwangseinspeisung besonderer Stromerzeugungen unabwendbar geregelt werden müssen, so wird die Summe aller Quoten auf maximal 10% der jährlichen Nettostromerzeugung in der Bundesrepublik beschränkt.“ Dies bedeutet: Ab 10% Anteil im Strommarkt nach den Regeln des Stromeinspeisegesetzes für Erneuerbare Energien wäre das Ende dieser Einspeisung erreicht.

- „Mit der Einführung des Wettbewerbs, sprich mit der Abschaffung der Gebietsmonopole für den Stromabsatz, ist der Strommarkt mit anderen Märkten vergleichbar und unter europäischen Maßstäben zu betrachten. Deshalb wird die Bundesregierung darauf hinwirken, daß die Kartellrechtspraxis stromwirtschaftlicher Unternehmen dieser Entwicklung angepaßt wird.“ Dies bedeutet: Fusionen und Konzentrationen von Stromkonzernen – und damit ein Trend weg von dezentralen Erzeugungsstrukturen – sollen erleichtert werden.

- „Mit Inkrafttreten der Vereinbarung werden die energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Kernenergienutzung nicht durch einseitige, nur die Kernenergie betreffende Maßnahmen, insbesondere im Steuerrecht beeinträchtigt.“ Dies bedeutet wohl, daß die auf 70 Milliarden DM angewachsenen steuerfreien Entsorgungsrückstellungen, mit denen die Stromkonzerne ihre Unternehmensaufkäufe tätigen und ihre

Marktstellung ausbauen, nicht weiter angetastet werden sollen.

Dies alles wären dann Vereinbarungen, die bis zur vorgesehenen Abschaffung des letzten Reaktors im Jahr 2024 gelten müßten, um den Atomausstieg nicht aufkündbar zu machen.

Es ist naiv zu erwarten, daß ein Konsens zwischen denen, die den Ausstieg wollen und denen, die ihn nicht wollen, ohne politischen Preis vereinbart werden könnte. Die entscheidende Frage ist, ob – allen voran wegen des Ziels einer ökologischen Energiewende – dieser politische Preis gezahlt werden darf. Diese Frage müssen sich alle Koalitionsparteien und alle ihre Abgeordneten stellen. Sie ist von wesentlich größerer Bedeutung als die, ob aus symbolischen Gründen der erste noch laufende Atomreaktor vor oder nach der nächsten Bundestagswahl abgeschaltet wird.

Ausstiegskonsens: Bumerang für den Einstieg

Meine Antwort ist: Der politische Preis ist entschieden zu hoch, der einer Regierung oder einem Parlament irgendwelche Fesseln auferlegt, den Einstieg in eine ökologische Energieversorgung ohne Rücksicht auf die Stromkonzerne zu realisieren. Da es aber ohne politischen Preis keinen Konsens gibt, müssen sich SPD und Grüne fragen, ob der einvernehmlich eingeschlagene Weg, den Atomausstieg über konsensual festzulegende Fristen zu vollziehen, weiterverfolgt werden soll. Diese Frage stellt sich nicht nur durch das vorliegende Zwischenergebnis der Konsensverhandlungen, sondern durch die energiepolitischen Entwicklungen seit dem Regierungswechsel.

Schon für den bisherigen Konsensversuch zum Atomausstieg ist nämlich ein unerträglich hoher Preis bezahlt worden: Beide Regierungsparteien haben die Novellierung des erst seit April 1998 geltenden neuen Energiewirtschaftsgesetzes auf ihre Fahnen geschrieben. Dieses hat den Spielraum der Stromkonzerne deutlich vergrößert. So wie der Strommarkt gesetzlich konzipiert ist, führt er zu beschleunigten Konzentrationsprozessen und zur Verdrängung von Stadtwerken. Mit gezielten, individuell vereinbarten Dumpingpreisen – ihrer Hauptwaffe – brechen die Stromkonzerne in lokale Strommärkte ein und nehmen Stadtwerken deren Großkunden weg. Auf der Streck-



**Zeitschrift
Marxistische
Erneuerung**

240 Seiten

10. Jahrgang, Nr. 39, September 1999

Nach dem Balkan-Krieg
Scherer – Geopolitik des Kosovakrieges / Stuby – Abschied von der „Friedensstaatlichkeit“?

Konzentration / Monopolisierung
Binus – Internationale Großfusionen / Bischoff – Konzentrationsprozesse im Übergang zum 21. Jahrhundert / Kisker – Kapitaltheorie, Monopolisierung, Monopoltheorie / Huffschild – Täter auf den Finanzmärkten: Banken und Finanzkapital / Düe – Autoindustrie im Übernahmefieber / Müller – Konzentration in den HighTech-Industrien / Hautsch – Medienwirtschaft

Arbeit und Politik III
Dähne – Erwerbepersonenpotential: Tendenzen und Perspektiven / Fritsch/Betz – Interessenvertretung in der Automobilzulieferindustrie

Dritte Welt
Wegmann – Global players gegen staatliche Monopole/ Boris – Währungs- und Finanzkrisen in der Dritten Welt

Und: Candeias – Raum und Zeit in der Gesellschaft / Neubert – Der 13. August 1961

Berichte/Diskussionen/Kritik, Rezensionen: „Rethinking progress“; Entstehung des Kapitalismus; neue Marx-Engels-Literatur; 48er Revolution; Kritische Theorie; Weiterbildung; Klimapolitik

Einzelpreis: 18,- DM (zzgl. Vers.); im Abo: 60,-; Auslandsabo 70,- (4 Hefte/Jahr incl. Vers.) Probeheft: 10,- incl. Vers. Bezug: üb. Buchhandel (ISSN 0940-0648) oder direkt: **Z-Vertrieb**, Postfach 500 936, 60397 Frankfurt/M., Tel./Fax 069 / 53 05 44 06

ke bleiben dabei zahlreiche Anlagen der Kraft-Wärme-Kopplung. Eine Vorrangregelung für umweltfreundlich erzeugten Strom kennt das neue Energiewirtschaftsgesetz nicht. Auf eine Wettbewerbsbehörde, die gegen unlautere Praktiken vorgehen kann, wurde ebenso verzichtet wie auf eine öffentliche Netzzugangsregelung.

Doch die überfällige Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes liegt auf Eis. Dies hängt eng zusammen mit den Konsensbemühungen der Regierung mit der Stromwirtschaft für einen Atomausstieg. Um zu einem erfolgreichen Abschluß zu kommen, die Stromkonzerne dafür gesprächsbereit zu machen und zu halten, wurde stillschweigend das praktiziert, was man bei Tarifverhandlungen „Friedenspflicht“ zwischen den Beteiligten nennt – und zwar weit über das Thema Atomkraft hinaus.

Schon die stillschweigende Stornierung der Energiegesetznovelle hat die Position der Stromkonzerne im Strommarkt massiv gestärkt: Was durch deren Marktexpansion in Stadtwerken an Arbeitsplätzen schon innerhalb eines Jahres verlorengegangen ist, geht schon jetzt über die Zahl der Arbeitsplätze in Atomkraftwerken hinaus. Die versprochene Verbesserung des Stromeinspeisungsgesetzes für Erneuerbare Energien stockt ebenfalls – nicht zuletzt wegen des Atomkonsensversuchs.

Wenn aber ein Konsensversuch über den Atomausstieg nicht nur dazu führt, daß neue Einstiege in Alternativen aufgeschoben werden, sondern sogar bereits erfolgte Einstiege wieder zerstört werden, dann ist der Konsensansatz widersinnig. Er würde noch widersinniger, wenn der Preis des Ausstiegs eine Friedenspflicht über zwei Jahrzehnte hinweg wäre, die den Entfaltungsspielraum der Stromkonzerne ungehindert läßt und einer neuen Rahmengesetzgebung für ökologische Alternativen Schranken setzt. Die Folge wäre, daß der Preis für den Ausstieg erschwerte Einstiege wären.

Dieser Preis ist unbezahlbar. Er kann weder von der SPD noch von den Grünen bezahlt werden – dafür, daß einige Reaktoren vielleicht fünf Jahre früher abgeschaltet werden, als sie ohnehin abgeschaltet würden. Die breite atomkritische Öffentlichkeit, die auf ökologische Alternativen setzt, wird und kann das zu Recht nicht akzeptieren. Die rot-grüne Koalition wird für einen sym-

Foto: Christian Kiel (Berlin)



bolischen Ausstiegserfolg, der mit einer Einstiegsbremse erkaufte, keinen Beifall bekommen. Im Gegenteil muß sie mit prasselnder Kritik rechnen.

Ein neuer realistischer Weg zum Atomausstieg

Mein Rat ist deshalb: Nicht ständiges Nachverhandeln in der Erwartung oder Hoffnung auf bessere Konsensergebnisse führt weiter, sondern die Erkenntnis, daß ein Ausstiegskonsens die Ziele zum Einstieg in eine neue Energiepolitik konterkariert. Die rot-grüne Koalition sollte den Konsensversuch beenden – und den Ehrgeiz aufgeben, unbedingt konkrete Ausstiegsfristen vorzeigen zu können. Dafür müssen beide über den Schatten ihres bisherigen Atomausstiegskonzepts springen. Sie sollten sich nicht länger zum Sklaven eines zeitlich fixierten Ausstiegstermins machen, um einen dann zweifelhaften Erfolg zu verbuchen, der die eigene Handlungsfähigkeit für Alternativen lähmt und deshalb nur zur Lähmung einer neuen Energiepolitik werden kann.

Dies bedeutet nicht, das Ziel eines Atomausstiegs aufzugeben. Der naheliegende Weg ist stattdessen, den weiteren Betrieb von Atomkraftwerken für deren Betreiber wirtschaftlich uninteressant zu machen, ohne dabei Entschädigungen zu riskieren, etwa

- durch die Besteuerung des Atom-brennstoffs,
- durch die Erhöhung der Dekungs-summe für die Schadenshaftung bei Reaktorunfällen von gegenwärtig maximal 500 Millionen DM auf mindestens fünf Milliarden DM, also den Baukosten eines neuen Reaktors,
- das Verbot der Wiederaufarbei-

tung, korrespondierend mit der parallelen Auflage und der praktischen Bereitstellung von Zwischenlagerkapazitäten

- vor allem durch die Bildung eines Fonds für die Entsorgungsrückstellungen, die inzwischen 70 Milliarden DM betragen. In diesem müssen dann die Rückstellungen deponiert werden, bis die Entsorgungskosten anfallen. Damit sind diese Mittel der freien Verfügbarkeit der Stromkonzerne zum Ausbau ihrer Marktstellung entzogen. Schon aus Gründen der Sicherung der Entsorgungsrückstellungen für den zugeordneten Zweck sowie aus Gründen der Wettbewerbsgleichheit im Strommarkt ist dies zwingend geboten.

Wird dieser Weg verfolgt, kommt es wahrscheinlich zu einem früheren Abschalten, als es durch einen Konsens vereinbart werden könnte. Man muß dafür nur auf einen jetzt konkret benennbaren Termin verzichten – also auf eine aktuelle Erfolgsmeldung, die zu einem Pyrrhus-Erfolg würde.

Gleichzeitig muß eine Energiegesetzgebung, die den Vorrang für umweltfreundlich erzeugten Strom aus Kraft-Wärme-Kopplung im Strommarkt sichert, durch die Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes und des Stromeinspeisungsgesetzes für Erneuerbare Energien zügig eingeleitet werden.

Mit anderen Worten: Der Schritt weg vom bisherigen Atomausstiegskonzept, der niemanden mehr befriedigt, macht frei für große Schritte zugunsten der Alternativen und zur Einleitung eines – allerdings jetzt nicht formalisierbaren und zeitlich fixierbaren – Prozesses zum Atomausstieg.

Die rot-grüne Koalition sollte den Konsensversuch beenden – und den Ehrgeiz aufgeben, unbedingt konkrete Ausstiegsfristen vorzeigen zu können. Dies bedeutet nicht, das Ziel eines Atomausstiegs aufzugeben.

spw

Volle Kraft für unser Land?

Schleswig-Holstein 5 Monate vor der Landtagswahl

von Kai Burmeister

Die 1987 enthüllte Barschel-Affäre katapultierte Björn Engholm und die SPD auf die schleswig-holsteinische Regierungsbank und im strukturkonservativen Norden herrschte Aufbruchstimmung. Der damalige Reformschub (Gesamtschule, Atomausstieg, erstes Frauenministerium u.a.) ist mittlerweile ebenso aufgebraucht wie die absolute SPD-Mehrheit, seit der 96er Landtagswahl versuchen sich nun SPD und Grüne mehr oder minder gemeinsam in der Landespolitik. Im Februar 2000 steht wieder eine Landtagswahl auf der Tagesordnung, die mit den Sympathieumfragen zwischen Heide Simonis und Volker Rühle bereits eingeläutet wurde. Der folgende Beitrag soll einen Ausschnitt auf die aktuellen landespolitischen Auseinandersetzungen unter Berücksichtigung der Perspektiven von Rot-Grün zeigen und auf die derzeitige Situation in der SPD Schleswig-Holstein eingehen.

Die Chancen der SPD, den Wahltermin im Februar zu überstehen, werden derzeit in einem One-Women-Wahlkampf gesehen.

Rot und Grün – im Norden (k)ein Erfolgsmodell?

Die Bilanz der seit drei Jahren regierenden Koalition aus SPD und den aus der außerparlamentarischen Opposition direkt auf die Regierungsbank katapultierten Grünen ist weit von den selbst gesteckten Zielen stecken geblieben. Gerade nach dem geplatzten Immobiliendeal zur Sicherung des Haushalts ist das Land



von finanziellen Engpässen betroffen. Der Bildungsbereich ist gekennzeichnet von einem Ausstieg bei der Einrichtung von Gesamtschulen¹. Auch wenn das fächerübergreifende Lernen in den neuen Lehrplänen propagiert wird, so fehlen doch Handlungsanweisungen an die Lehrkräfte, die Weiterbildung wird rigoros zusammen gestrichen, die Einführung integrativer Fächer im vorherrschenden Schulmodell nicht angepackt. Die eingeführte Drittelparität in der Schulkonferenz bleibt Symbolik, da im gleichen Schritt wichtige Entscheidungspunkte wieder alleinig den Lehrern zugeschrieben wurden. Die Schulstruktur in Schleswig-Holstein bleibt – abgesehen von der Grundschule – ein Flickenteppich. Regional unterschiedliche Bildungsangebote in den Sekundarstufen I und II führen zu Disparitäten – und damit zu Chancenungleichheiten innerhalb Schleswig-Holsteins.

In der Wirtschafts- und Technologiepolitik entwickelte sich mit der Ansiedlung von Telefonanbietern (Mobilcom u.a.) und Callcentern ein gewisses Profil, das durch einige quer durch das Land verteilte Technikzentren noch ergänzt werden konnte. Prägend bleibt dennoch die

gespaltene Wirtschafts- und Beschäftigungsstruktur mit dem Hamburger Speckgürtel einerseits und der ländlichen Idylle nördlich des Nord-Ostsee-Kanals. Von dem aus der Staatskanzlei gern vermittelten Bild des „Fisch and Chips“ ist Schleswig-Holstein noch weit entfernt. Gerade die als Erfolge dargestellten Technologieprojekte erweisen sich als wenig erfolgreich, die vermeintlichen Stärken sind so die eigentlichen Schwächen. Potentiale liegen weiterhin im Energiebereich, in der Hafenvirtschaft sowie im Tourismus. Anstatt die benannten Potentiale mit allen Knoten anzusteuern, übte sich der mittlerweile nach NRW berufene Ex-Wirtschaftsminister Steinbrück eher als neoliberaler „Hau-auf-alles-drauf“. Sein Nachfolger, der von British American Tobacco in die Landesregierung gewechselte Horst Bülck, knüpft ohne Abstriche an diese Politik an.

Die Bilanz der Koalition fällt dementsprechend ernüchternd aus. Insofern profiliert sich Heide Simonis gerne mit dem bundesweiten Ruf nach einem Niedriglohnsektor, auf Kosten des kleinen Koalitionspartners oder aber wie jüngst mit dem Aufgreifen der Forderung nach einer Vermö-

* Kai Burmeister, Lübecker Jusos, Student

gensbesteuerung. Die Grünen verhalten sich hierzu im hohen Maße ungeschickt. Durch die allmonatlichen Diskussionen auf Kleinen Grünen Parteitagen um das Fortbestehen der Koalition (Autobahn A20, Pallas-Unglück) wurde das Bild einer zerstrittenen und handlungsunfähigen Grünenpartei verfestigt.

One-Woman gegen One-Man

Die Chancen, den Wahltermin im Februar zu überstehen, werden derzeit in einem One-Women-Wahlkampf gesehen. Simonis zeigt deshalb gerne SPD und Grünen die kalte Schulter und will irgendwie durchkommen – sei es nun mit den Grünen, der FDP oder dem SSW. Das Rennen scheint offen wie nie.

Schließlich konnte der als „Kandidat auf Durchreise“ gescholtene Rühle die letzten Wochen nutzen, um die SH-CDU aus ihrem traditionell-rechtslastigen Kurs heraus zu führen und einen modernen Anstrich zu verpassen. Zwar möchte Rühle im Falle eines Wahlsiegs das Frauen- und das Umweltministerium abschaffen. Jedoch spricht er sich eindeutig für die Schwangerschaftskonfliktberatung und für Frauenhäuser aus und auch in der Drogenpolitik soll die harte Linie geräumt werden. Der ehemalige CDU-Landesvorsitzende Würzbach wurde durch Rühle kurzerhand in die Ecke gestellt und so bildet sich mit der im Bundesvergleich eher starken Kubicki-FDP ein ernst zu nehmendes konservativ-liberales Lager im proklamierten Kampf um die Mitte.

SPD – nicht mehr links oben!

Entsprechend ist die Stimmung an der sozialdemokratischen Basis aktuell eher mau, derzeit gibt es nur verhaltene Diskussionen um Anforderungen an ein Wahlprogramm. Der Diskussionsentwurf der Landes-SPD stellt unter der Überschrift „Aufbruch der Mitte“ kaum ambitionierte Programmpunkte heraus, allenfalls soll das Abitur nun schon in 12,5 Jahren möglich sein und der Kombi-Lohn² soll landesweit ausprobiert werden. Auf Funktionärskonferenzen wird dem Wechsel der Wählerbasis das Wort geredet, frei nach dem Motto „Was nützt uns eine Karstadtverkäuferin, wenn wir im Gegenzug zwei junge Internet-Unternehmer gewinnen können“. Diese modische Nischendiskussion soll während des Wahlkampfes durch 8 Kanzlerauftritte unterstützt werden. Anstatt aus den Erfahrungen

aus Brandenburg und dem Saarland zu lernen und ein regionales Profil hervorzuheben, leidet die SPD an einer intellektuellen Stagnation. Dementsprechend fokussieren sich die sozialdemokratischen Funktionsträger auf die Frage, ob denn die kecke Heide oder aber der sachlich-seriöse Volker die Menschen zwischen den beiden Meeren für sich gewinnen werden können.

Trotzdem findet im kleineren Kreise eine Auseinandersetzung um die künftige Ausrichtung der SPD statt. Kurz nach der öffentlichen Manifestation der neuen Mitte eröffnete ein kleiner Kieler SPD-Zirkel mit seinem Ruf nach „Neoliberalismus in der SPD“ die Debatte um die Neupositionierung der SPD. Alte Sozialstaatsromantik und Verteilungsfragen sollen endlich in der Geschichtsvitrine abgestellt werden, denn schließlich herrsche nun das Faktum der allumfassenden Globalisierung und darauf habe man sich einzustellen. Eckart Kuhlwein reagierte mit seinem Entwurf für die „linke Volkspartei SPD“ und beschwor die Renaissance der Mitglieder- und Programmpartei der 70er Jahre unter Erweiterung des Agenda-21-Aspekts.

Um dem gefährlichen Bild einer Auseinandersetzungslinie linker Traditionalisten versus rechtssozialdemokratische Modernisierer gegenüberzutreten, erweiterten einige linke Jusos die Diskussion durch einen weiteren Beitrag. Hier wurden die sozioökonomischen Umbrüche analysiert und ein Ansatz für linke Politikansätze (regenerative Energien und regionale Wirtschaftskreisläufe i.V.m. Bildungs- und Qualifizierungspotentialen) gesucht. Allerdings kann diese Diskussion nicht über die aktuelle Handlungsunfähigkeit der Jusos hinweg täuschen. Der Landesverband ist zutiefst gespalten und bringt deshalb nicht die Kraft für eine Strategiediskussion von links sowie für tagespolitische Interventionen auf.

Unverbindliche Mitte oder Profilbildung?

Wie maßgeblich die o.g. kleinen Diskussionskreise sein könnten, zeigte der letzte SPD-Parteitag Ende April in Reinbek. Bei der Wahl des stellvertretenden Landesvorsitzenden setzte sich der unbekannte Kieler ExAStA-Vorsitzende Schmoll gegen den Kandidaten des neuen Landesvorsitzenden Thönnies durch. Die

Landeszeitung³ bemerkte hierzu unter dem Titel *Erneuerung nach Kieler Rezept*: „Diesmal machte sich eine Handvoll Kieler Sozialdemokraten auf, um ihrer programmatisch erstarrten Partei neuen Wind einzuhauchen (...). Der Urheber dieses Manövers ist leicht auszumachen. Es ist der Kieler MdB Bartels, der sich selbst als Verfechter der neuen Mitte versteht.“ Später heißt es weiter: „Interessant dabei ist die Methode, mit der die Erneuerung betrieben wurde. Thesenpapiere lösten parteiinterne Diskussionen über bis dahin geheiligte Positionen der Sozialdemokratie hinaus aus“, und im Resultat konnte die Partei immer ein Stück zur unverbindlichen Mitte bewegt werden.

Die parteiinternen Differenzen werden bis zum Wahlabend nicht mehr ausgefochten werden. Einige Parteiteile bereiten sich bereits heute auf die Claimaufteilung nach einer eventuellen Wahlniederlage vor. Die Linke sollte nicht auf dieses Spiel hereinfliegen und statt dessen eigene Ansätze entwickeln. Ein Ansatz bietet die aktive Entwicklung von regionalspezifischen Wirtschafts- und Beschäftigungskonzepten, die von der Rechten äußerst unzureichend bearbeitet wird. Aufmerksamkeit verdienen hier junge Unternehmen wie die Lübecker DeWind, die im Bereich Windrotoren große Wachstumsraten aufweisen. „Mittelstandspolitik von links“ in Verbindung mit einer solaren Energiewende könnte hier erfolgreich durchgespielt werden.

Fazit: Die Substanz von Rot-Grün im Norden scheint derzeit gering und eine Anti-Rühle-Wahl wird bei den bundespolitischen Vorzeichen nicht reiche. Insofern muss die Zeit bis zum 27. Februar zur rot-grünen Profilbildung genutzt werden und die trübe Stimmung der SPD-Basis für eine „Rückkehr zur Politik“ gebündelt werden. Andernfalls wird die Wahl im Norden die Kräfteverhältnisse in der Länderkammer weiter verschieben. Aber noch soll Ebbe und Flut nicht mit Wechselstimmung verwechselt werden. spw

Anstatt aus den Erfahrungen aus Brandenburg und dem Saarland zu lernen und ein regionales Profil hervor zu heben, leidet die SPD an einer intellektuellen Stagnation.

¹ Die neue Bildungsministerin Ute Erdsik-Rave lehnte einen kommunalen Umwandlungsantrag für ein Gymnasium in eine Gesamtschule ab, diese Entscheidung symbolisiert dabei die neue Gesamtschulpolitik der Landesregierung.

² zu den Simonis-Vorschlägen siehe Teichmüller in Sozialismus 9-99

³ Nordschleswiger Zeitung vom 4. Mai 99

Alles wie gehabt – zur Ausbildungsplatzsituation 1999

von Bettina Kohlrausch*

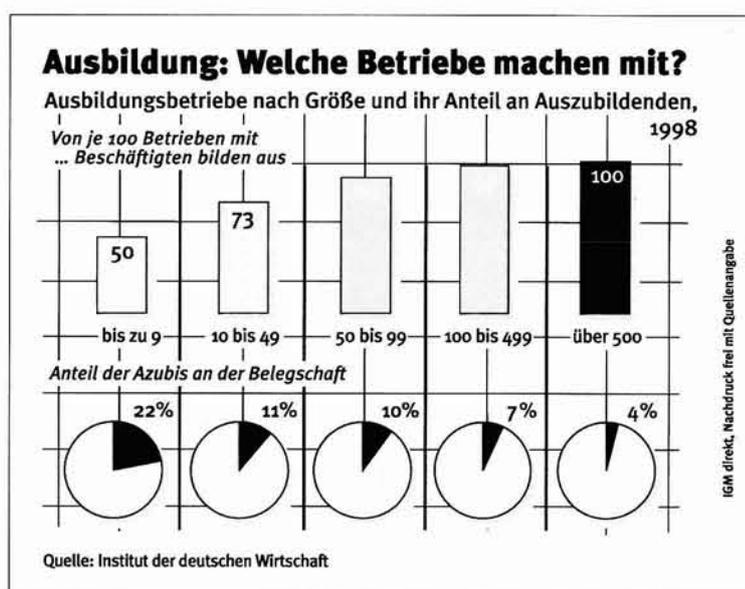
Der Trend der Aushöhlung des dualen Systems durch die Verstaatlichung der Beruflichen Bildung wird, wie die Erfahrungen in den Bundesländern zeigen, durch die „Ausbildungskonsense“ noch verstärkt.

Dieser Artikel ist zu einem Zeitpunkt entstanden, an dem die endgültigen Zahlen für das Ausbildungsjahr 1998/99 noch nicht vorlagen. Dennoch lassen sich auch Mitte September einige Tendenzen schon deutlich vorhersagen.

In dem Koalitionsvertrag der ersten rot-grünen Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland einigten sich die Koalitionspartner darauf, das im Wahlkampf gegebene Lehrstellenversprechen im Rahmen eines Bündnisses für Arbeit, Ausbildung – und später auch Wettbewerbsfähigkeit – umzusetzen. Im Lichte der Ergebnisse dieses Bündnisses sollte die Regierung dann entscheiden, ob weitere gesetzliche Maßnahmen zur Sicherung eines ausreichenden Ausbildungsplatzangebotes nötig sein. Nun ist sowohl das erste Regierungsjahr als auch das erste Ausbildungsjahr unter der Obhut der rot-grünen Bundesregierung fast vorüber und es ist Zeit, etwas Licht in das Dunkel der Ausbildungsstatistik zu bringen.

Probleme des „Ausbildungskonsens“

Am 06.07.1999 einigte sich das Bündnis auf einen sogenannten Ausbildungs-konsens, der vorsah, daß jede/r Jugendliche, „die/der „kann und will“, ausgebildet werden soll. Um dies umzusetzen, versprachen die Unternehmen, den demographisch bedingten Nachfrageanstieg zu kompensieren und 10.000 weitere Stellen anzubieten. Jusos haben damals schon darauf hingewiesen, daß selbst wenn es gelänge, diese 10000 Lehrstellen zu schaffen, dies völlig unzureichend wäre, da bereits im Jahr 1998 eine Ausbildungsplatzlücke von 200.000 Jugendlichen existierte, die



zwar teilweise in Warteschleifen untergekommen, aber dennoch keineswegs als erledigt zu betrachten seien.

Es lohnt sich aber auch, einen genaueren Blick auf die Formulierung des Ausbildungskonsenses zu richten: Die im Rahmen von anderen Ausbildungskonsensen in den Bundesländern, wie z.B. NRW, schon fast kampagnenartig genutzte Formulierung, „jeder Jugendliche, der kann und will „bekommt einen Ausbildungsplatz“, bereitet die Erklärung des möglichen Scheiterns des Ausbildungskonsenses bereits vor: Wer keinen Ausbildungsplatz gefunden hat, der konnte oder wollte eben nicht.

Deshalb setzt das Sofortprogramm gegen Jugendarbeitslosigkeit auch fast ausschließlich auf Qualifizierungsmaßnahmen, wie Ausbildungsjahre in außerbetrieblicher Ausbildung für im Februar/März noch nicht vermittelte Bewerberinnen und Bewerber und ggf. Fortsetzung der außerbetrieblichen Ausbildung bis zum Berufsabschluß, das Nachholen des Hauptschulabschlusses oder Arbeit und Qualifizierung für noch nicht ausbildungsgerechte Jugendliche, anstatt auf die Schaffung von langfristigen und qualifizierten Beschäftigungsverhältnissen für Jugendlichen. Diese Qualifizierungsmaßnahmen drohen zu Warteschleifen zu „verkommen“, in denen auch Jugendliche aufgefangen werden, die diese Qualifizierungen gar nicht nötig haben. So besitzen 62.712 der 108.561 Jugendlichen, die insgesamt an dem Sofortprogramm teilgenommen haben, einen mittleren oder höheren Schulabschluß, 77.435 einen Hauptschulabschluß, 3.776 besitzen einen Sonderschulabschluß und lediglich 25.029 sind ohne Abschluß.

Immer mehr staatlich finanzierte Ausbildung

Darüber hinaus nimmt der Anteil der staatlich finanzierten Ausbildung stetig zu, während sich die Unternehmen der Verantwortung entziehen. Allein in Ostdeutschland zahlen Bund, Länder und Arbeitsämter jährlich 500 Millionen DM für betriebliche Ausbildung. 24.460 Jugendliche befinden sich im Rahmen des Sofortprogramms in überbetrieblichen Ausbildungsstellen, davon 14.383 im Bundesgebiet West und 10.077 im Bundesgebiet Ost. Dieser Trend der Aushöhlung des dualen Systems durch die Verstaatlichung der Beruflichen Bildung wird, wie die Erfahrungen in den Bundesländern zeigen, durch die „Ausbildungskonsense“ noch verstärkt. So erklärten die Unternehmen in der Konsensrunde NRW, sie hätten jetzt ihrer Verantwortung für die Schließung der Ausbildungslücke genügend Rechnung getragen; jetzt sei es an der Regierung, ihren Anteil dazu beizutragen. Unter dem enormen Erfolgsdruck, unter dem sich die Landesregierung selber gestellt hatte, blieb ihr nichts anders übrig, als von der Rolle des Moderators die Rolle des Akteurs zu schlüpfen und unter der Aufwendung enormer Summen außerbetriebliche Ausbildung zu schaffen. Ausbildungskonsense bergen die Gefahr in sich, Politik handlungsunfähig zu machen, weil sie ausblenden, daß unterschiedliche Interessen im Spiel sind, die im Widerspruch zueinander stehen und sich nur schwer im Konsens auflösen lassen.

Kampf um die Definitionsmacht

Der Ausbildungskonsens sieht weiterhin vor, daß ab Oktober 1999 regio-

* Bettina Kohlrausch studiert Politikwissenschaften in Bonn, Mitglied des Juso-Bundesvorstands

nale Ausbildungskonferenzen von Arbeitsverwaltung, Wirtschaft, Gewerkschaften und anderen Verantwortlichen in der Region stattfinden. Die Jugendlichen, die sich bis zum 30. September eines jeden Jahres gemeldet haben, denen aber noch kein Ausbildungsplatz vermittelt werden konnte, soll je nach regionalen Gegebenheiten ein möglichst wohnortnahes Ausbildungsverhältnis im gewünschten Berufsfeld angeboten werden. Im März sollen diese Konferenzen erneut zusammenkommen, um die Lehrstellenbilanz des vorangegangenen Jahres zu bewerten und Einvernehmen über die Einschätzung des voraussichtlichen Ausbildungsbedarfs für das laufende Jahr zu erzielen.

Im Rahmen dieser Ausbildungsplatzkonferenzen wird nun zweimal

jährlich ein öffentlicher Kampf um die Interpretationsmacht über die erschienenen Ausbildungsstatistiken zu erwarten sein. Aufgabe Gewerkschaften und der Linken in den Parteien wird es dann sein, so aufeinander abgestimmt in der Öffentlichkeit zu agieren, daß es gelingt, die Definitionsmacht darüber zu erlangen, wieviel Ausbildungsplätze tatsächlich fehlen.

In der Veröffentlichung der vorläufigen Ergebnisse der Ausbildungszahlen für den Monat August nennt die Bundesanstalt für Arbeit 145.000 noch nicht vermittelte Bewerber am Ende des Monats. Dabei muß allerdings zusätzlich berücksichtigt werden, daß 1998 neben 36.000 unvermittelten BewerberInnen nach Schätzungen der Bundesanstalt für Arbeit und des Bundesinstituts für Berufsbil-

dung weitere 70.000 Jugendliche in schulischen Warteschleifen, in Arbeit, oder in Sonderprogrammen untergekommen sind, die sich weiterhin um einen Ausbildungsplatz bemühen werden. Berücksichtigt werden muß auch das durch das Verfassungsgericht festgelegte Recht auf eine „Berufswahlentscheidung“, nach dem 12,5% mehr Ausbildungsplätze bereitgestellt werden müssen als BewerberInnen gemeldet sind.

Offensichtlich gelingt es auch einer rot-grünen Bundesregierung nicht, die Ausbildungslücke im Konsens zu schließen. Wenn sie ihren Koalitionsvertrag selber ernst nimmt bedeutet dies, daß für das kommende Jahr der bereits vorliegende Gesetzentwurf zur Umlagefinanzierung umgesetzt werden muß. spw

Besprechung zu: Sebastian Jobelius/Reinhold Rünker/Konstantin Vössing (Hrsg.): Bildungs-Offensive. Reformperspektiven für das 21. Jahrhundert, 248 S., Hamburg 1999, VSA-Verlag, DM 29,80.

Der Titel des Buches hat den appellativen Charakter, mit dem viele Linke – aber auch zunehmend viele Bürgerliche – gesellschaftliche und politische Aktivität dort einfordern, wo wie in keinem anderen Bereich über die Zukunft unserer Gesellschaft entschieden wird: in der Bildung.

Im VSA-Verlag im Sommer diesen Jahres erschienen, faßt das Buch durchaus unterschiedliche Standpunkte in der bildungspolitischen Debatte zusammen und verschafft einen sowohl wissenschaftlichen wie auch tagespolitisch-strategischen Überblick. Dies gelingt vor allem durch die AutorInnenschaft, die von der amtierenden Bundesbildungsministerin Bulmahn, über Oskar Negt, Soziologieprofessor aus Hannover, Gisela Notz, Sozialwissenschaftlerin bei der Friedrich-Ebert-Stiftung, die Schulministerin von NRW, Gabi Behler, bis hin zu aktiven JungsozialistInnen wie Sebastian Jobelius, Konstantin Vössing oder Bettina Kohlrausch reicht.

Welche Ziele hat Bildung heute?

Zu Beginn wird der Versuch unternommen, den Bereich Bildung in Zusammenhang mit den veränderten gesellschaftlich-ökonomischen Rahmenbedingungen zu stellen. Ohne zu

betrachten, inwieweit sich die ökonomische Basis unserer Gesellschaft verändert hat, welche Anforderungen der moderne Kapitalismus an den Menschen stellt und welche Perspektiven er für diese bietet, kann keine wirklich nachhaltige Bildungspolitik gemacht werden. Wie diese aus der Sicht fortschrittlich-sozialistischer Kräfte aussehen muß, damit wir dem Ziel einer „Gesellschaft, in der die freie Entfaltung des Einzelnen die Voraussetzung für die freie Entfaltung aller ist“ näher kommen, wird in den beiden Teilen „Schlüsselqualifikationen“ und „Integration und Chancengleichheit“ entworfen.

Oskar Negt formuliert zwei Grundlagenkompetenzen, die das Fundament eines modernen Bildungswesens bilden. Zunächst ist die Kompetenz „Selbstorganisation“ Ansatz für den Prozeß der Bildungsoffensive selbst, wie auch für das angestrebte Bildungswesen, weil sie die notwendige Bedingung für die Ausbildung der Menschen zu emanzipierten und solidarischen Individuen darstellt. Die Bedeutung dieser Kompetenz konfrontiert Negt mit den kulturellen und sozialen Zerfallsprozessen unserer sich von der Industrie- zur Dienstleistungs- und Informationsge-

sellschaft wandelnden Welt: „Ohne erkennbare Struktur, ohne geschichtliche Hintergründe, ohne Rückverweise auf vergleichbare Ereignisse werden Informationen aneinandergereiht, die nichts erklären und Zusammenhänge zwischen der Situation des Fernsehschauers und der übrigen Welt buchstäblich auseinanderreißen.“

Hinderlich bei der Veränderung des existierenden Bildungswesens sei allerdings, daß „Selbstorganisation“ als grundlegendes Prinzip im Prozeß und im Ergebnis kaum noch Angriffsfläche und Reibungspunkte findet. Sie könne folglich nicht mehr – wie noch in den 60er und 70er Jahren – als Widerstandsprinzip konzipiert sein. Die alten „Feinde“ seien nicht mehr klar erkennbar, politischer Protest und „eigene“ Lebensweise sei durch das fehlende Contra kaum mehr greifbar. Somit müsse die Selbstorganisation vom Widerstands- zum Gestaltungsprinzip weiterentwickelt werden. Dies sei, für

Es ist niemandem geholfen, wenn er nur lernt, daß „alles mit allem zusammenhängt“. Vielmehr geht es darum, Auswirkungen auf gesellschaftliche Entwicklung zu erkennen und die eigene Person darin zu verorten.

Ein wichtiger Schritt – das Buch zur Bildungs-Offensive

von Ole Erdmann*

* Ole Erdmann, ist z.Z. Zivildienstleistender, lebt in Bon und ist SchülerInnen-Verantwortlicher beim Juso-Bundesverband.

die im Bildungssystem Tätigen ungleich schwieriger.

Neben der Grundlagenkompetenz „Selbstorganisation“ definiert Negt zweitens die Fähigkeit, Zusammenhänge herzustellen, als ein zentrales Ziel von Bildung. In einer immer komplexer werdenden Welt sei aber niemandem geholfen, wenn er nur lerne, daß „alles mit allem zusammenhängt“. Vielmehr gehe es darum, zwischen Wesen und Erscheinung eines Sachverhaltes zu unterscheiden, Auswirkungen auf gesellschaftliche Entwicklung zu erkennen und schließlich die eigene Person darin zu verorten.

Um diese beiden Kompetenzen wirksam und brauchbar zu machen, konkretisiert Negt mit fünf Schlüsselqualifikationen die Grundzüge eines emanzipierenden Bildungssystems: Identitätskompetenz, technologische Kompetenz, Gerechtigkeitskompetenz, ökologische Kompetenz und historische Kompetenz.

Dieser Teil ist sicherlich eine der interessantesten Stellen des Buches, weil Negt hier die gesamte Dimension moderner Bildungsanforderungen deutlich aufreißt und Antworten zur Diskussion stellt.

Politikunterricht – mal theoretisch, mal praktisch

Im Folgenden will ich noch zwei Beiträge miteinander vergleichen, weil in ihnen aus zwei unterschiedlichen Perspektiven die Frage der „Demokratieerziehung“ gestellt wird.

Der Artikel „Politikunterricht und demokratische Kultur“ von Heinz Schirp und Ruth Springer, beide vom Landesinstitut für Schule und Weiterbildung des Landes NRW, liest sich wie die phrasenhafte Abhandlung eines holprig-gestalteten Lehrplanes, der sicherlich den realen Erfahrungen der meisten SchülerInnen entspricht. So sehr auch einzelne Punkte inhaltlich zu unterstützen sind, fehlen doch gänzlich die motivierenden Instrumente. Politikunterricht stellt sich an weiterführenden Schulen meist öde und realitätsfern dar. Sollen SchülerInnen für politische Prozesse interessiert werden, müssen sie begeistert, provoziert und zum Mitmachen animieren werden. An einer Stelle formulieren die AutorInnen selbst, was die Unzulänglichkeit des Artikels ausmacht: „Entscheidend für den Lernprozeß in der Schule sind die konkreten Erfahrungen, die mit ihr im Alltag gemacht werden.“

Viel interessanter ist hier der Beitrag von Britta Lenz und Matthias Jobelius unter dem Titel „SchülerInnenvertretungsarbeit neu denken und organisieren“. Auch in ihm wird die Bedeutung des Lernens von demokratischen Werten unterstrichen. Aber der logische Schluß, diese Werte auch für Menschen in dieser frühen und entscheidenden Lern- und Sozialisationsphase erlebbar zu machen, wird hier konkret in der Entwicklung neuer Formen der „Selbstorganisation“ konkreter gezogen.

Integration als Leitprinzip

Sebastian Jobelius und Konstantin Vössing weisen in ihrem Artikel „Mut zur Kapitalbildung“ den Weg aus der Sackgasse der von Strukturfragen und Partikularinteressen bestimmten Debatte um Integration und Chancengleichheit. Die Auseinandersetzung mit den Möglichkeiten des bestehenden Schulsystems erfolgt über die Differenzierung nach innerem und äußerem Leitbild von Bildung. Welche Spielräume gibt es innerhalb der Schulen, Individualisierungschancen zu eröffnen und welchen Anforderungen muß Bildung als soziales Netzwerk erfüllen, damit sich alle Individuen mit Hilfe dieses Netzwerkes in der Gesellschaft selbst verwirklichen können und dabei gleichzeitig unsere Gesellschaft ökologisch, sozial und kulturell erneuern und nachhaltig gestalten können? Hier werden, anschaulich gemacht durch Beispiele aus der Praxis, die Ansätze der ersten Bildungsreform aufgegriffen und vor dem Hintergrund der veränderten Bedingungen weiterentwickelt.

Beispielhaft mag an der Stelle sein, daß sich im Beitrag „Eine Schule denken, in der Qualifikationen kein Geschlecht haben“ von Bettina Kohlrausch die Feststellung findet, daß junge Frauen in den 70iger Jahren noch mit konkreten Zugangshindernissen konfrontiert waren. Heute versperren ihnen vor allem unsichtbare Schranken innerhalb des Bildungssystems den Weg in ein gleichberechtigtes Leben versperren. Dennoch haben sich dank der ersten Reformen und der Frauenbewegung dieser Jahre viele Erfolge eingestellt, die für viele junge Frauen schon zur Selbstverständlichkeit geworden sind, so daß die Linke hier häufig mit oberflächlichen „Unterdrückungsszenarien“ an den Lebensrealitäten junger Frauen vorbei argumentiert. Aber auch hier wie in den Bereichen MigrantInnen und Behinderte werden diesen Veränderungen Rechnung tragende, aktuelle Integrations-

konzepte von Aktiven aus dem jeweiligen Umfeld anschaulich vorgestellt.

Reformperspektiven

Im letzten Teil des Buches werden Reformperspektiven dargelegt, wie eine konkrete Umsetzung der formulierten Ansprüche an ein modernes Bildungssystem umgesetzt werden können. Dabei müssen sich die theoretisch gemachten Leitsätze an ihrer „Handlichkeit“ messen lassen. Sonst besteht die Gefahr, daß die zweite Bildungsreform keine Bildungsoffensive wird, sondern in erneuten Grabenkämpfen, mögen diese ideologisch oder interessensmotiviert sein, enden.

Der gesamte Prozeß einer Bildungsoffensive wird in seiner Wirkung davon abhängen, inwieweit er über die Wechselbeziehung zwischen der betroffenen jungen Generation und den Akteuren im gesellschaftlich-politischen Umfeld vorankommt. Einseitig getragen wird er zu keinem, demokratisch und schon gar nicht sozialistisch gesehen, ausreichendem Ergebnis führen.

Einerseits werden die Lernenden durch die Komplexität und Widersprüchlichkeit, aber auch Unausgereiftheit ihrer Interessen und nicht zuletzt durch ihre momentane politische Lethargie weder die nötige wissenschaftliche Tiefe noch die nötige gesellschaftliche Breite entfalten. Zum anderen gibt es auf Seiten der politischen, wissenschaftlichen und sozialen Akteure viele Interessen, denen es an Nachhaltigkeit und überhaupt an Nachdruck mangelt, die nötigen Veränderungen über momentbezogene Reparaturen hinaus an einem bereits absaufenden und stotternden Motor durchzuführen. Wozu auch, letztere, sofern sie alt und/oder wohlhabend genug sind, müssen mit diesem Motor ja auch nicht mehr weit kommen. Die große Mehrheit der Bevölkerung benötigt aber das Werkzeug und die Orientierung, um Tempo und Richtung hin zu einer besseren Zukunft selbst bestimmen zu können.

Insgesamt erweist sich das vorliegende Buch als logisch strukturierte Sammlung von Beiträgen verschiedener AutorInnen, die dem/der LeserIn erlaubt, die verschiedenen Sichtweisen und Vielschichtigkeiten der drängenden Probleme sowie Veränderungsvorschläge kritisch zu erfassen und sich ein eigenes Bild zu machen.

Es bietet außerdem eine ausgezeichnete Grundlage zur theoretischen Vertiefung und zur praktisch-politischen Handlungsanleitung, womit ein wichtiger Schritt in dem Kampf für eine Bildungsoffensive getan ist. Weitere müssen nun folgen.

spw

Politikunterricht stellt sich meist öde und realitätsfern dar. Sollen SchülerInnen für politische Prozesse interessiert werden, müssen sie begeistert, provoziert und zum Mitmachen animieren werden.

Foto: Christian Kiel (Berlin)



Wenn nach der Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen die Kommunalpolitiker monieren, daß die massenhafte Wahlenthaltung, die zu dieser historischen Niederlage der SPD geführt hat, ein Wahlboykott gewesen sei, mit dem die WählerInnen die Politik der Bundesregierung abstrafen wollten, haben sie damit Recht.

Doch in diesem Verhalten offenbart sich auch, daß die Kommunalpolitik es nicht verstanden hat, ein eigenständiges, kommunales Profil zu entwickeln, das die WählerInnen dazu gebracht hätte, eine profilierte sozialdemokratische Kommunalpolitik zu wählen.

Ist damit die in der SPD sehr verbreitete These bestätigt, daß Kommunalpolitik eher unpolitisch ist, daß auf kommunaler Ebene sowieso nur pragmatisch verwaltet statt perspektivisch gestaltet werden kann?

Funktionswandel der Kommunen

Tatsächlich haben die Kommunen seit den 70er Jahren einen gewaltigen Funktionswandel erfahren, der allerdings selbst bei vielen KommunalpolitikerInnen noch nicht – oder zumindest nicht in vollem Umfang – wahrgenommen worden ist.

Konnte man damals noch davon ausgehen, daß die Hauptaufgabe der Kommunen darin lag, über den Aufbau von sozialen und technischen Infrastrukturen und unter zentral koordinierten Regionalentwicklungsplänen das in zentral regulierten Bahnen stattfindende Wachstum dem Postulat der gleichwertigen Lebensbedingungen entsprechend zu koordinieren, ist die Realität der Kommunen heute eine ganz andere.

Der verlängerte Arm des Zentralstaates sind die Kommunen heute schon lange nicht mehr, von der Koordinierung von Wachstum kann erst recht keine Rede mehr sein. Kommunen schmieden heute eigene Bündnisse für Arbeit, geben sich Leitbilder, betreiben aktiv ihre wirtschaftliche Entwicklung und beteiligen sich an entsprechenden Bündnissen mit verschiedensten gesellschaftlichen Gruppen, verkaufen ihr Tafelsilber in Form von städtischen Gesellschaften oder nutzen ihre Beteiligungen für die strukturelle Entwicklung der Stadt. Kommunen begeben sich in Konkurrenz zu ihren Nachbarstädten oder kooperieren.

In jedem Fall können sie heute nur sehr begrenzt davon ausgehen, daß der Bund oder die Länder als Gewährleister der kommunalen Selbstverwaltung sie auch mit den entsprechenden Mitteln ausstatten, oder auch ihren eigenen Laden so sauber halten, daß die Kommunen sich um originär nicht kommunale Aufgaben, wie beispielsweise die Arbeitsmarktentwicklung, nicht zu kümmern brauchen. Ganz im Gegenteil sind die Kommunen zumeist als schwächstes Glied in der Kette am schlimmsten von Ein-

Kommunale Politik

Einleitung zum Heftschwerpunkt

von Stefanie Gerszewski*

sparungen betroffen. Die ursprüngliche Kernaufgabe der Kommunen, der Aufbau und Unterhalt der Infrastruktur, kann daher häufig noch am wenigsten von den Kommunen geleistet werden. Die Länder selbst sehen es heute schon vielfach als originäre Aufgabe der Städte an, lokale und regionale Umstrukturierungs- und Wachstumsprozesse anzuschieben – wie es sich in der regionalisierten Strukturpolitik verdeutlicht.

Und es ist keineswegs so, daß den Kommunen unter dem Diktat der leeren Kassen nur ein Weg bleibt. TINA (There is no alternative) gilt auch auf kommunaler Ebene nicht. Kommunales Handeln ist damit hochpolitisch. Als Umsetzungsebene der meisten staatlichen Programme können die Kommunen heute in beträchtlichem Umfang das „wie“, die Umsetzung der Politiken staatlicher Ebenen bestimmen, zumal Bund und vor allem die Länder

Repolitisierung der Kommunalpolitik

Die Frage, mit wem Politik gemacht werden soll, wird in den folgenden Artikeln mehrfach gestellt. Heute, wo Politikentwicklung vielfach aus den Räten (und Verwaltungen) in andere Gremien und Organisationen, wie runde Tische, public-private-partnership-Gesellschaften oder projektorientierte Zusammenhänge verlagert wird, ist dies eine entscheidende Frage. Geht es um Bürgerbeteiligung in Form von direktdemokratischen Elementen wie Bürgerbegehren und Bürgerentscheid, wie *Stefan Grönebaum* sie anführt, *Wilfried Klein* sie für zu kurz greifend, technokratisch und bürgerliche Mehrheiten zementierend hält? Oder lautet die zentrale Frage, wie Interessen auf kommunaler Ebene artikuliert werden können – und natürlich unter welchen politischen Vorzeichen ihre Gewichtung vollzogen wird? Klein plädiert in seinem Thesenpapier dafür, sich der Frage nach dem „für wen“ wieder ausführlicher zu widmen und vor dieser Folie kommunalpolitische Instrumentarien zu modernisieren.

Horst Peter setzt sich vor allem vor dem Hintergrund der Tatsache, daß Aufgaben zunehmend kommunalgrenzenübergreifend politisch gesteuert werden müssen, daß es häufig nicht mehr die Räte, sondern vielmehr horizontale Netzwerke sind, die Projekte verabreden und realisieren, mit der Frage auseinander, ob diese kooperativen Strukturen als linkes Aktionsfeld zu begreifen sind und wie ihre Legitimation organisiert werden kann. Dabei greift er Diskussionen um die Juso-Doppelstrategie wieder auf, wie sie

Es ist keineswegs so, daß den Kommunen unter dem Diktat der leeren Kassen nur ein Weg bleibt. TINA (There is no alternative) gilt auch auf kommunaler Ebene nicht.

* Stefanie Gerszewski, Dortmund, Raumplanerin, Mitglied des SPD-Bezirksvorstands Westliches Westfalen und der spw-Redaktion

auch *Stefan Grönebaum* als entscheidend für eine Politisierung der Kommunalpolitik ansieht. Grönebaum sieht heute aber vor allem die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik SGK in der Pflicht, über Kampagnen die Kommunalpolitik der SPD zu repolitisieren und die kommunalen Interessen gegenüber dem Bund deutlicher zu artikulieren.

Eine Repolitisierung der Kommunalpolitik, das war auch eine Hoffnung – neben der einer finanziellen Entlastung – die auf neuen Steuerungsmodellen lag, mit denen sich *Olaf Schade* auseinandersetzt. Die neuen Aufgaben der Kommunen machten eine strategische Steuerung notwendig, die über die bisherigen Steuerungsinstrumente nicht mehr zu gewährleisten war. Verwaltungsreform ist schon allein deshalb eines der zentralen Felder, mit denen sich die Linke auf kommunaler Ebene auseinandersetzen hat,

Verwaltungsreform ist schon deshalb eines der zentralen Felder, weil hier wichtige Weichenstellungen vorgenommen werden, die z.T. nicht wieder zu korrigieren sind.

weil hier wichtige Weichenstellungen vorgenommen werden, die z.T. nicht wieder zu korrigieren sind. Ist ein Amt erst einmal privatisiert, in eine GmbH, vielleicht noch unter privater Beteiligung überführt, der entsprechende Ausschuß aufgelöst und durch einen Aufsichtsrat ersetzt, fällt demokratische Kontrolle schwer. Nennt sich eine Stadt erst einmal Konzern, läßt sich an der Ausrichtung, die dahinter steht, auch nicht mehr viel ändern.

Doch Schade will auf etwas anderes hinaus, nämlich auf den Wandel des Kommunalpolitikertypus, der mit den Elementen neuer Steuerungsmodelle wie bspw. Kontraktmanagement einhergeht. Der klassische, vor Ort tätige „Gullydeckel“-Kommunalpolitiker ist überholt. Trotzdem sind in die Rekrutierungsmechanismen der KommunalpolitikerInnen im Zuge der Einführung neuer Steuerungsmodelle nicht verändert worden. Ob Wahlkreise, wie beispielsweise in Nordrhein-Westfalen, noch Sinn machen, ob Kommunalpolitik nicht aus ihrem ehrenamtlichen Status, angesichts der veränderten Aufgaben, herausgeholt werden muß, wie es in München derzeit diskutiert wird, sind Fragen, die zukünftig – auch von links – beantwortet werden müssen.

Abschließend widmet sich *Ingeborg Junge-Reyer* einem Beispiel kooperativer Politikentwicklung dort, wo sie am notwendigsten ist – im Bereich der Arbeitsmarktpolitik in Berlin-Kreuzberg. Hier wird deutlich, wie sehr Kommunen in die Pflicht genommen werden, gerade staatliche Felder wie die Arbeitsmarktpolitik anzugehen, wollen sie nicht, daß ihnen die soziale Kohäsion vor Ort völlig um die Ohren fliegt. Hier sind es zuvorderst die kommunalen Akteure, die entsprechende Modelle entwickeln und Strukturen aufbauen, die nah genug am Problem dran sind, um auf die zunehmenden Kleinteiligkeit der Problemlagen eingehen zu können, und in der Lage sind, entsprechende Kooperationen aufzubauen. Daß das vorgestellte Modell hier sicherlich nicht unumstritten ist, zeigt: Kommunalpolitik ist politisch – also kümmert Euch!

spw



Ulrich Albrecht/Paul Schäfer (Hg.)
Der Kosovokrieg

Fakten, Hintergründe, Alternativen
Es schreiben: Ulrich Albrecht, Elmar Altvater, Horst Grabert, Norman Paech, Paul Schäfer, Gerhard Zwerenz u.a.

Broschur, 228 S.; DM 24,80;
SFR 23,00; ÖS 184,00;
ISBN 3-89438-192-2



Arno Klönne
Jugend im Dritten Reich

Die Hitler-Jugend und ihre Gegner - Ein Standardwerk in erweiterter Neuauflage

Broschur, 327 S.; DM 32,00;
SFR 29,50; ÖS 237,00;

Rudolf Hirsch/Rosemarie Schuder
Der gelbe Fleck

1000 Jahre Judenhaß - Wurzeln und Wirkungen des Antisemitismus in der deutschen Geschichte. Überarbeitete Neuauflage zu einem sensationellen Preis

Hardcover, 772 S., 130 Abbildungen;
DM 29,80; SFR 27,00; ÖS 221,00;
ISBN 3-89438-183-3



Eberhard Czichon/Heinz Marohn
Das Geschenk

Die DDR im Perestroika-Ausverkauf Die Autoren gehen den aktuellen wie historischen, den nationalen wie internationalen Hintergründen für das Ende der DDR nach. Im Ergebnis des umfangreichen Faktenmaterials entwickeln sie Thesen, die bisherigen Darstellungen widersprechen und zur Auseinandersetzung provozieren.

Broschur; 548 S.; DM 48,00; SFR 41,00;
ÖS 326,00; ISBN 3-89438-171-X



1. Die SPD und die Kommunalpolitik seit 1945

Die SPD entstand 1945 von unten wieder: In zerstörten Städten und Dörfern gründeten die Sozialdemokraten, die Diktatur, Verfolgung und Krieg überlebt hatten, die Partei vor Ort wieder, kaum dass die alliierten Truppen eingerückt waren. Aber ebenso schnell setzte sich wieder der zentralistische Geist der alten SPD durch: Ob Berliner Zentralaussschuß oder Büro Schumacher in Hannover; beide setzten auf die Übernahme der politischen Verantwortung auf zentralstaatlicher Ebene und sahen die Kommunen nur als Reservoir für die „höhere“ Politik der „Reichspartei“.

So dauerte es bis Anfang 1949, bis der Parteivorstand der SPD ein kommunalpolitisches Referat einrichtete und die „Demokratische Gemeinde“, das Fachorgan für sozialdemokratische Kommunalpolitik, erschien erst am 1.10.1949. Kein Zufall, dass unter den Grußworten ein Wort des Parteivorsitzenden Kurt Schumacher fehlte. Dabei stellte die SPD die Präsidenten des Städtetags, des Landkreistags und des Gemeindetags. Der Vorsitzende des kommunalpolitischen Ausschusses der SPD, Braunschweigs OB Ernst Böhme, schrieb damals den programmatischen Aufsatz mit dem Titel „Sozialistische Kommunalpolitik“. Darin begrüßte er den – wenn auch späten – kommunalpolitischen Neuanfang der SPD und wies auf drei negative Rahmenbedingungen sozialistischer Kommunalpolitik hin: Das Grundgesetz verankerte die Kommunen als „Mündel der Länder“, die Bundesregierung war bürgerlich-konservativ und die Kommunen waren durch den Wiederaufbau überlastet. Daraus folgte für Böhme um so mehr, dass „Gemeindepolitik mehr bedeutet, als sich in jeder einzelnen Gemeinde mehr recht und schlecht mit gesundem Menschenverstand durchzulavieren. Gemeindepolitik heißt, der Gesamtheit der kommunalen Entscheidungen Linie und Richtung zu geben... Sozialistische Gemeindepolitik aber ist es, diese Linie vom Blickpunkt sozialistischer Auffassungen aus zu geben, alle Entscheidungen also so zu fällen, dass ihre Durchführung ein Stück Sozialismus verwirklicht. Leicht gesagt, oftmals schwieriger getan.“

Das bewies die Nachkriegsgeschichte der SPD nachdrücklich. Einmal gelang es ihr nie, zu klären, was denn diese sozialistischen Auffassungen sein sollten. Mit dem Godesberger Programm 1959 ging man endgültig zum voluntaristischen Handeln nach Grundwerten („Wir wollen, wünschen etc.“) über unter Absehen von einer materiellen Analyse gesellschaftlicher Bedingungen und daraus resultierender Handlungsoptionen. Zweitens billigte die Partei dem untergeordneten Politikfeld Kommunalpolitik nie eine eigenständige Programmdiskussion, geschweige denn Praxis zu. Das Kommunalreferat der Partei führte ebenso wie der kommunalpolitische Ausschuss ein Schattendasein. Die Nachkriegs-SPD, die mangels Erfolgen in Bund und Ländern v.a. eine Partei der großen Städte und ihrer Bürgermeister war (z.B. Reuter in Berlin, Kaisen in Bremen, Weichmann in Hamburg, Burauen in Köln u.v.a.) wurde bundespolitisch von ihnen kaum geprägt. So blieb „sozialistische Kommunalpolitik“ die Sache der „übrig gebliebenen“ Weimarer (Kommunal-) Politikergeneration. Im Laufe der 50er und 60er Jahre trat diese Generation zunehmend zugunsten der Flakhelfer-Generation zurück (z.B. Hans-Jochen Vogel in München, Günter Samtlebe in Dortmund, Herbert Schmalstieg in Hannover). Die Aufbauphase der Republik wurde zunehmend von den jungen Tech-

SPD-Kommunalpolitik wohin?

Das schwierige Verhältnis der SPD zur Kommunalpolitik

von Stefan Grönebaum*

nokraten geprägt, die ihre politisch-administrativen Kompetenzen überwiegend im Dritten Reich erworben hatten – wie z.B. den Hamburger Innensenator Helmut Schmidt, dem Helden des Elbehochwassers von 1962.

Eine Linie sozialistischer Kommunalpolitik wurde so niemals wirklich bestimmt und am Ende entwickelte sich sozialdemokratische Kommunalpolitik genau so naturwüchsig, pragmatisch und lokal, wie es Ernst Böhme 1949 befürchtet hatte. Hinzu kommt die auch unter SPD-Kommunalpolitikern verbreitete Tendenz, Kommunalpolitik als „unpolitisch“ anzusehen. Zudem drängten die Aufbauerfordernisse tatsächlich vielerorts zu großen Koalitionen und schließlich war der technokratisch-wachstumsgläubige Kurs der kleinste gemeinsame Nenner, auf den sich alle Lager innerhalb der SPD und über diese hinaus einigen konnten. Die Verteilungsfrage schien in Zeiten permanenten Wachstum dadurch gelöst, dass eben alle zunehmend profitierten, wenn auch nach wie vor sehr ungleich. Ansonsten machten die gerade im kommunalen Sektor starken Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes eine massive Politik für ihre Lobby und erschwerten damit alle weiteren Verteilungsexperimente.

So führte die Kommunalpolitik ein programmatisches Schattendasein, bei dem in ländlich-konservativen Gegenden eine Ideologie der Überparteilichkeit, in vielen Städten der übliche technokratische Pragmatismus, und in SPD-Hochburgen eine verfilzte Variante eines bürokratischen Munizipalsozialismus dominierte. Sozialdemokratische Kommunalpolitik war eine Sache enger Zirkel aus politischer, Verwaltungs- und Gewerkschaftsspitze. Bürokratische Effizienz, Klientelsicherung und Kontinuität waren Trumpf, Partizipation, Infragestellung politischer und gesellschaftlicher Machtverhältnisse und Experimente waren nicht gefragt.

Dies änderte sich mit der Linkswende der Jusos Ende der 60er Jahre. Führende Jusos entwickelten die sog. „Doppelstrategie“ systemüberwindender Reformen über die Bundespolitik und zugleich über eine Mobilisierung von unten mittels „progressiver kommunalpolitischer Projekte“. In den Jahren der Regierung Brandt-Scheel strömten hunderttausende v.a. junger Leute in die SPD und übernahmen zahlreiche Ortsvereine. In Städten wie Frankfurt und München kam es in

Die Partei billigte dem untergeordneten Politikfeld nie eine eigenständige Programmdiskussion, geschweige denn Praxis zu.

* Stefan Grönebaum, Historiker, ist Chefredakteur der sozialdemokratischen Zeitschrift für Kommunalpolitik „Demokratische Gemeinde“

Foto: Christian Kiel (Berlin)



den 70ern zu heftigen innerparteilichen Konflikten zwischen „linker Jugend“ und „rechten Alten“, die in schweren Wahlniederlagen mündeten. In Reaktion darauf bildeten die pragmatisch-konservativen Kommunalpolitiker in NRW und Hessen sozialdemokratische Gemeinschaften für Kommunalpolitik (SGK) auf Länderebene. Weitere Gründungen auf Länderebene folgten Mitte der 70er. 1978 gründete sich die Bundes-SGK, deren langjähriger Vorsitzender der Dortmunder OB Günter Samtlebe wurde. Die SGK sollte die SPD-Kommunalpolitiker organisieren, um sie auf Bundesebene mit anderen „Arbeitsgemeinschaften“ wie Jusos, Frauen, Arbeitnehmer etc. wettbewerbsfähig zu machen. Sie sollte aber die durchaus verschiedenen Interessen der Groß- und Mittelstädte, Kreise, Gemeinden etc. so weit wie möglich bündeln und Informationen vermitteln, um der Offensive der CDU/CSU in den Städten zu begegnen und natürlich, um die vielen jungen Mitglieder in die Politik vor Ort unter möglichst „unideologischen“ Vorzeichen integrieren zu können.

Dies gelang der SGK in der Regierungszeit Schmidt-Genscher recht gut, bald stiegen die Mitgliedszahlen auf gut 30 000 an, womit die große Mehrheit der kommunalen

SPD-Mandatsträger organisiert wurde. Die SGK erwies sich auch als flexibel genug, um Anregungen der Jusos, der neuen Linken und aus den neuen sozialen Bewegungen in ihre Arbeit zu integrieren. So wandelte sich etwa die Kulturpolitik seit Hilmar Hoffmanns „Kultur für alle“ zum relevanten gesellschaftlichen Politikfeld, öffnete sich die Sozialpolitik den modernen Tendenzen einer weniger fürsorglichen, denn Teilhabe ermöglichenden Betreuung (Streetworker) etc..

2. Sozialdemokratische Kommunalpolitik in den 80er und 90er Jahren

Diese Tendenzen wurden durch den Regierungswechsel zu Helmut Kohl 1983 nicht unterbrochen. Die SPD blieb in

den Kommunen stark. Hier wurden die ersten rot-grünen Bündnisse geschmiedet (Eichel 1981 in Kassel), von hier gingen programmatische Impulse aus (Programm Arbeit und Umwelt in Hessen 1984). Allerdings gelang es der SGK weder, ihr Gewicht in der Bundes-SPD zu vergrößern, noch ihre programmatische Linie zu klären. Im Gegenteil: Da die SPD zunehmend in den Ländern regierte, gerieten die die Bundespartei dominierenden „Länderfürsten“ in Gegensatz zur kommunalen SPD (z.B. Oskar Lafontaine im Saarland oder Gerhard Schröder in Niedersachsen). Dies führte nicht zu einem offenen Konflikt, sondern schlimmer zum schleichenden Bedeutungsverlust der Kommunalpolitik, die Ende der 90er Jahre in den Führungsgremien der Bundespartei schwächer denn je vertreten war.

Die ehemaligen „Juso-Häuptlinge“ der Enkel-SPD befanden sich nämlich im Dauerwahlkampf gegen die Bundesregierung und zugleich in Ausscheidungskämpfen untereinander um die Position des Kohl-Herausforderers. Dabei spielte Programmatik für sie eine geringe Rolle, wie ihr Umgang mit dem „Berliner Programm“ von 1989 zeigt. Inhaltlich befassten sich die Enkel mehr mit der Versöhnung von Ökonomie und Ökologie, schon um die Grünen nicht allzu stark werden zu lassen. Zwar wandten sie sich gegen die „Zweidrittel-Gesellschaft“ (Peter Glotz), verwandten aber wenig Zeit auf die Suche nach sozialintegrativen Konzepten. Die Enkel-SPD hatte keine Antwort auf die allmähliche Spaltung der Gesellschaft in Modernisierungsgewinner und -verlierer, dies zeigten nicht nur die spektakulären Erfolge der Rechten 1989/90. Auch die blauäugige Integrationspolitik der SPD geriet Mitte der 90er Jahre in die Krise. Die Partei antwortete darauf mit einem populistischen Rechtsschwenk, der über den Asylbeschluss 1993 und Lafontaines Anti-Aussiedler-Attacken 1996 bis zum Kandidaten Schröder reichte, der 1998 mit „Kriminelle Ausländer müssen raus“ der DVU in Sachsen-Anhalt den Wahlslogan lieferte.

Gerade die größeren Kommunen zeigten in den 90er Jahren deutliche Überlastungssymptome, die u.a. 1994 zu einem ungewöhnlichen Manifest roter und schwarzer Oberbürgermeister führten. Es trug den bezeichnenden Titel: „Rettet unsere Städte jetzt“. Aber seine Appelle zu einer neuen, integrierten Wohnungs-, Verkehrs- und Sozialpolitik, gerade auch durch die Länder, verhallten ungehört. Die zur Mitte und zur Wirtschaft, also nach rechts drängenden Länderfürsten überliessen die notleidenden Kommunen ihren damit überforderten Sozialpolitikern.

Somit wurde die 1949 von Ernst Böhme geforderte kommunale Linie von der Bundes-SPD nicht vorgegeben. Die Städte blieben in ihrem Kampf gegen die Finanzkrise allein. Die Massenarbeitslosigkeit und die Folgen der unregulierten Einwanderung trieben die Sozialhilfekosten rasant in die Höhe, die Vereinigungskosten wurden z.T. auf die Kommunen überwältigt, die Gesetzgebung der Bundesregierung wie der EU waren alles andere als kommunalfreundlich und schliesslich wälzten Bund und Länder gemeinsam die Kinderbetreuungskosten auf die Kommunen ab. Zugleich hielten sich zahlreiche Länder an ihren Kommunen schadlos. So legte beispielsweise die niedersächsische Landesregierung mehrere Jahre hintereinander Kommunalfinanzausgleichsgesetze vor, die vom Landesverfassungsgerichtshof als „verfassungswidrig“ verworfen wurden.

In der SGK wurde dies oft, aber leise beklagt. Immer wieder stellten die Kommunalpolitiker ihre Kritik an sozialdemokratischen Landesregierungen zurück, ordneten sich dem Oberziel der Bundes-SPD unter, das da hiess: Wieder-

Insgesamt überwiegen die Prozesse „naturwüchsiger“ kommunaler Konkurrenz, individueller Anpassung an die Erfordernisse der „Globalisierung“ und Kommerzialisierung.

gewinnung der Macht im Bund. Dafür erduldeten sogar die nordrhein-westfälischen Genossinnen und Genossen die kommunalfeindlichste Kommunalaufsicht aller Länder, ertrugen die Rheinland-Pfälzer die von der FDP diktierte Gemeindeordnung usw. Innerhalb der SGK vollzog sich allmählich der Umbruch von der älteren, eher pragmatisch-konservativen Gründergeneration zu den jüngeren, eher technokratisch-aufgeschlossenen „Enkeln“ vom Zuschnitt eines Hajo Hoffmann (OB Saarbrücken, seit 1999 Präsident Deutscher Städtetag). Dies gelang erstaunlich reibungslos, allerdings um den Preis des Verzichts auf ein konturiertes Profil. Ein solches hätte die Konfliktlinien innerhalb der SGK deutlicher hervortreten lassen, aber es hätte auch dazu beigetragen, die SGK ernster zu nehmen, als dies weithin geschehen ist.

Unter diesen Bedingungen gab und gibt es natürlich nach wie vor Beispiele für eine innovative und progressive Kommunalpolitik wie etwa die „Politik der sozial gerechten Bodennutzung“ in München, bei der die Investoren an den Planungs- und Baukosten bei Großerschließungen beteiligt werden (sonst würden sie nur die Planungsgewinne einstreichen, während die Stadt die Kosten bezahlt). Oder aber die Bodenpolitik vieler hessischer Städte, die sich ein Zwischenbesitzrecht bei Grundstücksverkäufen sichern, oder die Verpackungssteuer, die von der Stadt Kassel eingeführt wurde und inzwischen wieder aufgehoben werden musste usw.. Oder die Bemühungen zu überregionaler Kooperation wie z.B. beim Zweckverband Ulm-Neu-Ulm über Ländergrenzen hinweg, die Modelle zu mehr Bürgerfreundlichkeit wie die Bürgerämter (Vorreiter Heidelberg), die Einführung direktdemokratischer Elemente wie Bürgerbegehren und Bürgerentscheid etc.

Insgesamt überwiegen aber die Prozesse „naturwüchsiger“ kommunaler Konkurrenz, individueller Anpassung an die Erfordernisse der „Globalisierung“ und Kommerzialisierung. Wirtschaftspolitik verkommt da rasch zum „rats race“ um die wenigen Grossinvestoren, Verwaltungsreform leicht zur technokratischen Veranstaltung innerhalb der Verwaltungen, Sozialpolitik zur bürokratischen Durchreiche an ungeliebte Minderheiten, Bürgernähe ist oft Etikett für Populismus usw.. Kurz, es findet genau das statt, wovon Ernst Böhme 1949 warnte. Ohne Anleitung von oben, unter dem Druck neoliberaler EU-Richtlinien, deregulierender Bundesgesetze wie dem Energiewirtschaftsgesetz und ordoliberalen Gemeindeordnungen wie in NRW, passen sich die Kommunen der Marktlogik an, verschlanken ihren öffentlichen Sektor, suchen sich öffentliche oder private Partner, teilprivatisieren ihre städtischen Betriebe oder greifen wie das extrem verschuldete Berlin sogar zum radikalen Mittel des Totalverkaufs wie bei der BEWAG 1998 zur Haushaltssanierung.

Nun soll das nicht heissen, dass alle diese Prozesse schlecht oder dysfunktional wären, gewiss gibt es Beispiele für sinnvolle Privatisierungen und intelligente Übernahme von Marktprinzipien in schwerfällige, ineffiziente Verwaltungen. Auch ist die Reorganisation politischer Steuerung durch die Räte nach modernen marktwirtschaftlichen Prinzipien zu begrüßen. Was fehlt, ist die verbindende Klammer, die programmatische Linie, an der sich moderne sozialdemokratische Kommunalpolitik orientieren könnte. Dabei ist es unwahrscheinlich, dass ein solcher Impuls von den Bundesregierung avancierten „Enkel-Sozis“ ausgehen könnte. Sie setzen eher unter den übernommenen Haushaltszwängen die Politik der Kohl-Regierung fort, die die Lasten auf die Länder und die Kommunen zu verschieben versuchte (siehe Verlagerung der Kosten für Kinderta-

gestätten und von Teilen des Kindergeldes, das Eichelsche Sparpaket mit der Verlagerung des pauschalierten Wohngeldes auf die Länder, etc.).

Was bisher völlig fehlt, ist das Bemühen um die so oft versprochenen Politikformen. Da wird nicht gleichberechtigt miteinander geredet, da wird dekretiert und nachinformiert. Die Bundesregierung verschanzt sich hinter den Ländern, beide hinter der Verfassung etc.. Mittel für die Kommunen werden einbehalten, Lasten weitergereicht, entgegen allen Oppositionsversprechen liegen seit einem Jahr die Novelle des Abfallwirtschaftsgesetzes und des Energiewirtschaftsgesetzes auf Eis, die für sofort zugesagte Wohngeldnovelle kommt erst 2001, die Kommission, die die Finanzausgleichssysteme reformieren soll (und muss), wird wahrscheinlich ohne kommunale Vertreter sein etc.. Bei den Kommunen kommt dabei vor allem an, dass sie von dieser Regierung wenig Neues, und wenn, dann wenig Gutes zu erwarten haben.

3. Erneuerung aus der SGK?

Wenn also das Heil weder von der Bundesregierung kommt, noch von den ermatteten neuen sozialen Bewegungen – auch die Grünen scheinen kommunal ihren Zenith überschritten zu haben – kann es scheinbar nur von den SPD-Kommunalpolitikern selbst kommen. Dabei gibt es allerdings Hindernisse: Politisch-psychologische, aber auch handfest ökonomische, programmatische und auch logistische. Politisch hat es sich in der Länder- und Bundes-SPD eingeschlichen, dass man Kommunalpolitik häufig nur als Sprungbrett in die Bundes- und Landespolitik sieht. Erfolgreiche Kommunalpolitiker wie z.B. Christian Ude in München wiederum hüten sich vor der riskanten Landes- oder Bundespolitik. So fehlt der Kommunalpolitik das bundespolitische Gewicht und ihre Vermittler „nach oben“. Zudem ist Kommunalpolitik insgesamt in der Mediengesellschaft der letzten Jahre blasser geworden und wird in der öffentlichen Wahrnehmung von bundespolitischen Trends geradezu erschlagen. Ökonomisch schreiten Kommerzialisierung und Orientierung an Marktmechanismen im kommunalen Sektor so rasant fort, dass die Entscheidungsspielräume für Politik immer geringer werden. Am Ende stünde dann tatsächlich das verschlankte „Unternehmen Kommune“, oder der „Konzern Stadt“ – wie sich Essen bereits nennt –, in dem geschäftliche Vorgaben alle politischen Beschlüsse vorbestimmen. Außerdem sind in dem sich verschärfenden regionalen, innerdeutschen und europäischen Wettbewerb der Kommunen untereinander (Strom kann demnächst überall geordert werden, ab 2002 werden Verkehrslinien europaweit ausgeschrieben etc.) die Kommunen immer weniger zur Vereinheitlichung ihrer Interessen in der Lage.

Programmatisch ist es immer mehr umstritten, welche Grundlinien denn Maßstab für die konkrete Kommunalpolitik vor Ort sein könnten. Die aus dem SPD-Parteiprogramm scheinen ja selbst für die SPD in Frage zu stehen. Logistisch steht die Kommunalpolitik in der SPD auf schwachen Füßen: Im Parteivorstand gibt es – im Gegensatz zur CDU – nicht einmal eine kommunalpolitische Abteilung. Bundes-SPD und SGK verfügen bis heute nicht einmal – wie die CDU seit 20 Jahren – über eine kommunale Personalbörse. Weiter befindet sich die Bundes-SGK mitten in ei-

Was fehlt, ist die verbindende Klammer, die programmatische Linie, an der sich die moderne sozialdemokratische Kommunalpolitik orientieren könnte.

Foto: Christian Kiel (Berlin)



nem Neuorientierungs- und Strukturierungsprozess, der kurzfristig noch durch den Umzug nach Berlin erschwert wurde. Ausserdem ist das Verhältnis zwischen der Bundes-SGK und den in der Fläche verankerten Länder-SGKs schwierig. Dies gilt schließlich auch für das bundesweite Fachorgan der SGK, die 50 Jahre alte „Demokratische Gemeinde“. Sie ist keine Mitgliederzeitschrift der rund 31.000 SGK-Mitglieder, sondern erscheint unter dem Dach des Vorwärts-Verlags. Ihre Anbindung an die SGK ist durchaus locker, was der journalistischen Freiheit der Redaktion gut tut, aber die Vermittlung in die breite kommunalen Fläche erschwert.

4. Was kann man in der SGK und darüber hinaus tun zur Aufwertung von Kommunalpolitik?

Ohne strukturelle, personelle und finanzielle Reformen ist eine Aufwertung der Kommunalpolitik nicht möglich.

Wenn die SPD länger als bis 2002 regieren will, tun Bund, Länder und Kommunen gut daran, ihre nächsten Reformen abgestimmt zu entwickeln.

Einmal muss die Bundes-Partei endlich wenigstens mit der CDU gleichziehen, und die kommunalpolitische Abteilung wiedereinrichten, die sie selber in den 70er Jahren hat verschwinden lassen. Die Arbeitsgemeinschaft SGK erspart der Bundespartei eben nicht

eigene Ressourcen für die wichtigste untere Ebene der Politik. Weiter muss die Bundes-SGK kampagnenfähiger werden und sich stärker mit den Länder-SGK verzahnen. Damit verbunden ist auch eine inhaltliche Debatte, die in ein kommunalpolitisches Grundsatzprogramm münden muss. (Diese Debatte ist übrigens eingeleitet, das Programm soll im Laufe des Jahres 2001 beschlossen werden.) Noch wichtiger ist aber, dass dieses Programm eine selbstkritische Analyse der sozialen und politischen Rahmenbedingungen für Kommunalpolitik enthält, aus der handhabbare Handlungsalternativen für die Politik vor Ort resultieren. Weiter müsste die neue kommunalpoliti-

sche Linie der SGK innerparteilich und nach draußen medial stärker und besser vermittelt werden. Die momentanen Bemühungen um „corporate design“, mehr Öffentlichkeitsarbeit und Einsatz neuer Medien sind erst ein Anfang. Hier hätte auch die „Demokratische Gemeinde“ eine wesentliche Funktion. Dazu müsste sie aber stärker mit der SGK verzahnt werden, was etwa durch das Projekt einer Mitgliederzeitschrift möglich wäre.

Entscheidende Voraussetzung für eine Stärkung der SGK und der sozialdemokratischen Praxis insgesamt, ist eine Öffnung nach draußen, zur Gesellschaft hin. Da die SPD wie alle Parteien i.d.R. auf gesellschaftliche Bewegungen wie 1968 eher reagiert und sie erst dann politisch verarbeitet, ist sie auf diese Impulse von außen angewiesen, will sie auf Dauer nicht im eigenen Saft schmoren. Gibt es aber in der Gesellschaft eine solche klar umrissene Bewegung nicht, ist es Aufgabe einer linken Reformpartei, Angebote zu machen, ein Forum zu bieten für die Diskussion zukunftsweisender Fragen, die

im derzeitigen Politikbetrieb – auch der eigenen Regierung – zu kurz kommen, aber in der Gesellschaft offenkundig tief sitzenden Bedürfnissen entsprechen. Hierbei gilt es, an bestehende Diskurse anzuknüpfen, wie z.B. Bürgergesellschaft, Kommunitarismus, civil society etc.. Aus ihnen kann man im Dialog mit geeigneten Bündnispartnern (z.B. der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung KGSt, die derzeit über die „Bürgerkommune“ nachdenkt) Leitbilder und Ziele entwickeln. Es gilt aber auch, an laufende Prozesse anzuknüpfen, sie ernster zu nehmen als bisher: Ein Beispiel ist die Bürgerbeteiligung und -aktivierung im Rahmen der Agenda- und Leitbildprozesse, die in der Bevölkerung auf großes Interesse stoßen, aber von der etablierten Politik und Verwaltung noch zu wenig aufgenommen werden. Dabei liegen hier erste Ansätze auf dem Weg hin zu einem neuen partizipativen und zugleich effektiveren Politikmodell, das die etablierte Politik zugleich aufwertet und entlastet.

In jedem Fall fatal wäre ein Eingraben in der sozialdemokratischen Wagenburg als Reaktion auf die herben Wahlniederlagen dieses Jahres. Dann würde die Kommunalpolitik unweigerlich zerrieben zwischen dem Gegenwind aus Bonn, den vielen kommunalen Problemlagen und der Überforderung der überlasteten ehrenamtlichen Amtsträger.

Im Gegenteil, dieser Reformkurs muss von der SPD wie von fortschrittlichen Kommunalpolitikern unterstützt werden. Es ist Zeit für einen „Call for Papers“ (Susanne Gaschke, DIE ZEIT), der Diskussion über neue Wege und Ziele, weg von der überholten „positionellen Politik“ („Alle mal herhören – so wird's gemacht!“) hin zu einem neugierigen, lern- und beteiligungsfähigen, korrekturfrendlichen Politikstil. Am Anfang muss eine schonungslose Analyse der Bedingungen in europäischen Kommunen heute stehen. Dabei ist ein Blick über den nationalen Tellerrand hilfreich: Z.B. bezieht erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik immer die Kommunen mit ein. An die Analy-

se müsste sich eine gründliche Diskussion der Ziele anschließen. Darüber hinaus wäre es Aufgabe der Experimentierwerkstätten, Foren, Teams etc., einige miteinander vernetzte Projekte sowie angebbare Schritte auf dem Weg zu ihrer Umsetzung zu entwickeln. Und erst am Ende sollte eine Vision einer gerechten und humanen Gesellschaft auftauchen, die mit den realen gesellschaftlichen Trends – sozusagen mit der materiellen Wirklichkeit – vereinbar ist, etwa Deutschland 2020 als soziale und demokratische Bürgergesellschaft, in der Effizienz, Nachhaltigkeit und Teilhabe sich nicht gegenseitig ausschließen, sondern bedingen.

M.E. kann ein solcher Prozeß dringend notwendige Impulse freisetzen und die SPD kann damit auch Menschen wieder begeistern. „Denn nur wer selbst begeistert ist, kann auch andere begeistern“ (Lafontaine), das muss die SPD wieder lernen. Nicht zuletzt wäre ein solcher Prozess eine gute Schule für Kommunikation, vernetztes, teamfähiges Denken und höhere emotionale und soziale Kompetenz als man sie heute in vielen SPD-Gremien findet. Vielleicht merkt ja auch die personell ausgedünnte Bundes-SPD, dass es Hoffnungsträger nur noch in den Kommunen gibt (Grandke, Platzeck, Tiefensee, Ude, u.v.a.)

Der moderne Kommunalpolitiker hat klare Linien, innerhalb derer er flexibel wenige Schwerpunkte verfolgt. Er ist einsichtsfähig, kein Parteisoldat, sondern ein Dialog-Führer. Kein Moderator, er bestimmt, wo entlang gedacht wird. Er hat strategische Managementfähigkeiten, entwickelt Kampagnen und Personal und pflegt direkten, häufigen Kontakt mit Medien und Bürgern. Er ist breit bündnisfähig, aber nicht schwammig oder populistisch. Wenn nötig, lässt er sich wie Christian Ude bei der FC-Bayern-Meisterfeier von 30.000 Fans auspfeifen. Die meisten davon haben ihn kurz darauf gewählt oder hätten ihn sowieso nicht gewählt. Dieser Kommunalpolitiker hat gute Drähte zu Unternehmern und Gewerkschaften und verwirklicht stückweise progressive Politik. Er wird nach Eignung und öffentlicher Wirkung gesucht, nicht nach innerparteilichen Mehrheiten. Dieser Typ wird gesucht und geschult und von Landes- und Bundespartei gestützt. Nur ein Traum?

Wenn die SPD jedenfalls länger als bis 2002 regieren will, tun Bund, Länder und Kommunen gut daran, ihre nächsten Reformen abgestimmt zu entwickeln. Dabei gilt das Wort von Erhard Eppler, dass es nicht auf die Größe der Schritte ankommt, sondern auf die Erkennbarkeit der Richtung. spw

Reformerische Potentiale auf kommunaler Ebene

Thesen für eine Re-Politisierung der Kommunalpolitik

von Wilfried Klein*

Wenn linke Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten über Kommunalpolitik reden, rümpfen sie oft die Nase: „Kommunalpolitik – das ist doch nichts für richtige Linke!“ müssen sich die Vertreter der seltenen Spezies anhören, die sich als Linke zu ihrer kommunalpolitischen Tätigkeit bekennen. Mehr oder weniger überzeugt vorgetragene Rechtfertigungsversuche fruchten nicht so recht, da sie immer wieder von der Wirklichkeit konterkariert zu werden scheinen, die tatsächlich den Eindruck erweckt, als sei „linke“ Kommunalpolitik eine Fata Morgana zum Pragmatismus übergetretener Linker. Fürwahr – ein „linker“ Aufbruch ist in den Kommunen nicht zu spüren. Die technokratische Bewältigung der vor allem durch die Finanzknappheit geprägten Alltagsprobleme scheint vorzuherrschen. Linke Reformansätze scheinen tatsächlich nur auf nationaler, wenn nicht sogar europäischer Ebene angesetzt werden können; linke kommunalpolitische Reformansätze erscheinen wie ein Widerspruch in sich selbst.

Aber spätestens seit dem Regierungsantritt der SPD-geführten Bundesregierung reift die Erkenntnis, daß auch die Mehrheit auf staatlicher Ebene keinen automatischen Reformschwung verspricht. Und siehe da – die kommunale Ebene rückt plötzlich wieder in das Blickfeld linker Strategen. Sind dort vielleicht doch die verlorengegangenen Ansätze für ein linkes Reformprojekt zu suchen und zu finden? Finden wir dort vielleicht den Schlüssel für eine gesellschaftliche Reformperspektive, da die Schlüssel, die in Berlin versucht werden, offensichtlich alle nicht passen?

Gerne ist die so wiederentdeckte, aber lange mißachtete Verwandte, die Kommunalpolitik, bereit, einen Einblick in ihr Seelenleben und einige Hinweise auf möglicherweise vorhandene Reformpotentiale zu geben.

Emanzipative Elemente der Kommunalpolitik

„Durch die Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern sind die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften die Keimzel-

le der Demokratie und der zentrale Gestaltungsort für die notwendige Transformation der bürgerlichen Gesellschaft.“¹

Diese Feststellung sozialistischer Kommunalpolitiker überrascht angenehm. Die „Kommunal-Cretins“² sehen in den Kommunen nicht nur vage Reformpotentiale, sondern gar den zentralen Gestaltungsort für die Transformation der bürgerlichen Gesellschaft. Wenn das kein Angebot ist. Als Aufgabenfelder definieren die kommunalen Genossen Felder, die für Linke wahrer Balsam sind: Beibehaltung und Verbesserung der öffentlichen Dienstleistungen bei Gewährleistung der öffentlichen Kontrolle über diese. Straffung der öffentlichen Verwaltung – in den 90er Jahren geradezu das Paradigma in der kommunalpo-

Spätestens seit dem Regierungsantritt der SPD-geführten Bundesregierung reift die Erkenntnis, daß auch die Mehrheit auf staatlicher Ebene keinen automatischen Reformschwung verspricht.

* Wilfried Klein, stellvertretender Vorsitzender der SPD Bonn, Mitglied im Rat der Stadt Bonn, Leiter des Willi-Eichler-Bildungswerkes, Köln

litischen Diskussion – soll nur betrieben werden, um mit den ersparten Geldern öffentliche Dienstleistungen und Sozialaufgaben finanzieren zu können. Ausbau von Bürgerbeteiligung und lokaler Demokratie wird zwar gefordert, aber vor allem im Hinblick auf MigrantInnen thematisiert und die gleichberechtigte Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger an den Mandaten reklamiert. Diese Verlautbarung ist damit Zielvorgabe und Kritik an zu kurz greifenden technokratischen Ansätzen zugleich.

Das Manifest hat es also in sich. Es thematisiert in vorzüglicher Weise, worum es bei der Kommunalpolitik gehen kann. Sie kann zur Transformation der bürgerlichen Gesellschaft beitragen, wenn sie moderne Instrumentarien anwendet, um alte und nach wie vor gültige Ziele umzusetzen, nämlich die Emanzipation aller Bürgerinnen und Bürger. Damit wird die zentrale Frage linker Kommunalpolitiker aufgeworfen, nämlich: Für wen mache ich Politik? Dieser Frage ist die andere eindeutig nachgeordnet, nämlich: Wie mache ich Politik? Die Frage, ob ein Schwimmbad privat oder städtisch geführt wird, ist nachrangig, wenn die Frage beantwortet ist, ob ich ein Schwimmbad für breite Bevölkerungsschichten oder nur für einen kleinen Kreis anbieten will. Linke Kommunalpolitiker müssen die Frage eindeutig zugunsten der breiten Schichten beantworten, können bei der ersten Frage aber zu ganz unterschiedlichen Antworten kommen. Linke Politik darf sich nicht an den Instrumentarien festmachen, sondern an den Zielen. Nirgends sonst läßt sich dies so deutlich vorzeigen wie in der Kommunalpolitik.

Kommunalpolitik für wen und wie?

1. These: Angesichts enger werdender Verteilungsspielräume kann gerade in den Kommunen eine Re-Politisierung der öffentlich-gesellschaftlichen Diskussion Raum greifen. Die Frage: „Für wen machen wir Politik?“ muß insbesondere in den Kommunen täglich immer wieder aufs Neue beantwortet werden. Die so geführte kommunalpolitische Debatte kann sensibilisieren für ähnliche Diskussionen auf staatlicher Ebene.

Es erscheint banal, aber das zentrale Reformpotential liegt in der Kommunalpolitik in der Beantwortung der Frage, in wessen Interesse wir überhaupt Politik machen. Ebenso wie auf den staatlichen Ebenen ist der Blick für diese Fragestellung völlig verlorengegangen. Dies ist die Ursache für das Wehklagen über die absolute Verwechslungsgefahr zwischen den großen Parteien. Das „Wie“ der Politik wird zum goldenen Kalb, um das alle herumtanzen, die Frage des „Warum“ wird vernachlässigt.

Wenn wir uns darauf verständigen können, daß dies bereits ein zentraler Paradigmenwechsel ist, liegt das Reformpotential auf der Hand. Bei Spar-

maßnahmen wird geschaut, wem kann ich was wegnehmen und wem nicht. Wenn wir im Bonner Rat zur Sanierung des Haushaltes den Sportvereinen Geld abnehmen müssen, wenn sie öffentliche Sportanlagen nutzen, die Jugendlichen von dieser Gebühr aber freistellen, wenn wir Zuschüsse an Jugendliche

trotz enormen Spardruck erhöhen statt zu senken, so ist dies genau Folge der Beantwortung der Frage: Wer braucht öffentliche Unterstützung und wer nicht? Wenn wir Maßnahmen zur Hilfe zur Arbeit um mehrere Millionen DM aufstokken, so ist dies ebenfalls Auswirkung dieser Entscheidung.

Es soll hier nicht behauptet werden, daß in Bonn von Sozialdemokraten eine konsequente linke Reformpolitik

gemacht wird; das Beispiel soll aber zeigen, daß die Unmittelbarkeit kommunalpolitischer Entscheidungen die Beantwortung der Frage, für wen wir eigentlich Politik machen, viel drängender macht.

2. These: Das Bekenntnis zur Repolitisierung der Kommunalpolitik erleichtert die Diskussion um die Modernisierung kommunalpolitischer Instrumentarien. Die Kommunalpolitik kann so einen (Reform-)Beitrag leisten zur Klärung der Bedeutung von Mittel und Zweck in der Politik.

Die Kommunen sind bei der Reformierung ihrer Strukturen bereits sehr viel weiter als die staatlichen Ebenen. Neues Steuerungsmodell, Verwaltungsumbau, Budgetierung sind einige der zentralen Reizwörter. Viel zu oft wird die Diskussion auf die finale Wirkung dieser Instrumentarien verkürzt, da die mit der ersten These aufgeworfenen Aufgabenfelder ausgeblendet werden. Mittel und Zweck werden verwechselt, Technokratie pur ist die Folge. Nimmt man die Frage der Instrumentarien und legt sie auf die Folie der reklamierten Repolitisierung, kann freier als bislang über die Sinnhaftigkeit der Instrumentarien geredet werden. Es kann sein, daß mit modernen Instrumentarien die Freiräume geschaffen werden, um Bürgerinnen und Bürger die Unterstützung zu gewähren, die sie benötigen. Was spricht dagegen, Aufgaben, die auch von privater Seite erbracht werden, auf diese zu übertragen, wenn öffentliche Kontrolle gewährleistet bleibt und evtl. Freiräume geschaffen werden, um z. B. Arbeitsprogramme wie Arbeit statt Sozialhilfe aufzustocken?

Kommunalpolitik für den sozial-ökologischen Umbau

3. These: Linke müssen die Diskussionen um eine Repolitisierung der Kommunalpolitik und um die strukturelle Modernisierung der Kommunen verbinden zu einer operativ-strategischen Offensive. Sie müssen die Felder benennen, in denen linke Kommunalpolitik im Sinne einer sozial-ökologischen Erneuerung ihre Schwerpunkte setzen soll.

Das Pariser Manifest hat den Aufschlag gemacht: Kommunalpolitik ist dicht an den Problemen der Menschen dran, und sie kann zur Transformation der Gesellschaft beitragen. Kommunalpolitik kann sicherlich nicht losgelöst von den anderen politischen Ebenen und im Alleingang diese Transformation bewerkstelligen. Sie kann aber im kleinen zeigen und für den kommunalen Wirkungskreis nachhaltig bewirken, daß es auch noch ein gesellschaftliches Leben jenseits des Kapitalismus gibt. An drei Feldern, die für das Projekt des sozial-ökologischen Umbaus der Industriegesellschaft von zentraler Bedeutung sind, soll dies verdeutlicht werden: Dienstleistungen/Arbeitsplätze, Verkehrsträger/Mobilität und Emanzipation.

Das Gros der öffentlichen Investitionen wird in den Kommunen getätigt. Die Folgen der kommunalen Investitionszurückhaltung für die Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe liegen auf der Hand. Hier können die Kommunen auch nur eingeschränkt entgegenwirken. Es gibt aber auch das Feld der öffentlichen und halb-öffentlichen Dienstleistungen, an denen ein erheblicher Bedarf besteht. Kommunen, insbesondere die Städte, stehen vor der großen Herausforderung umfassender Stadtteilerneuerungen. Die vor allem in den 60er und 70er Jahren entstandenen Trabantenstädte weisen nicht nur erhebliche bauliche Mängel auf, sie sind auch durch ein Defizit an sozialer Infrastruktur gekennzeichnet. Während die baulichen Mängel durch entsprechende Baumaßnahmen zu beseitigen sind, Arbeitsplatzeffekte damit aber nur zeitlich begrenzt zu erzielen sind, stellt die Beseitigung der Dienstleistungsdefizite ein enormes, dauerhaftes

Die Kommunalpolitik kann zur Transformation der bürgerlichen Gesellschaft beitragen, wenn sie moderne Instrumentarien anwendet, um alte und nach wie vor gültige Ziele umzusetzen.

tes Arbeitsplatzpotential dar. In Bonn wird im Rahmen eines Stadtteilerneuerungsprogramms ein komplettes Viertel eines Stadtteiles saniert. Im Rahmen des Sanierungsprogrammes werden zahlreiche Arbeitsplätze im Bereich der Hausverwaltung (von Grünpflege bis zu Pförtnerarbeiten) geschaffen, die Bewohnerinnen und Bewohnern eine Beschäftigung geben und gleichzeitig die Lebensqualität im Viertel deutlich steigern werden.

Ein zentrales Problem der modernen Gesellschaft ist das der Mobilität. Der Verkehrsinfarkt wird überall beschworen, mit dem Ergebnis, daß neue Straßen gebaut, vorhandene Autobahnen verbreitert und Flughäfen erweitert werden. Auch die Kommunen klagen über die Verkehrsbelastung und drohen am Autoverkehr zu ersticken. Lange wurde die Diskussion entlang der Konfliktlinie Auto vs. Fahrrad/ÖPNV geführt. Für uns in Bonn ist die Antwort eine Verkehrspartnerschaft, die sinnvolle Ergänzungen für den Individualverkehr vornimmt, perspektivisch aber auf den schienengebundenen öffentlichen Nahverkehr setzt. Wir werden Schienen dort hinlegen, wo Arbeitsplatzzentren sind und die Strecken so führen, daß möglichst viele Wohngebiete erreichbar sind. Diese Aufgabe bewältigen die Kommunen nicht ohne Unterstützung von Land und Bund; sie können aber bei entsprechendem politischen Willen solche Konzepte vorantreiben und somit zu einer Entlastung unserer Straßen vom Individualverkehr beitragen, was die Lebensqualität und Wohnqualität in den Städten und damit für die Bürgerinnen und Bürger erhöht.

Das Pariser Manifest hat die Frage der Beteiligung der Migrantinnen und Migranten ausdrücklich angesprochen. Hier liegt das Reformpotential der Kommunen auf der Hand. Bedingt durch den Verfassungsstatus als nicht-staatliche Ebene konnte das Wahlrecht zumindest für EU-Bürgerinnen und Bürger bei Kommunalwahlen durchgesetzt werden. Wenn wir uns auch im klaren darüber sein müssen, daß die Begrenzung des Wahlrechtes auf EU-Bürger für die Nicht-EU-Bürger eine doppelte Ausgrenzung darstellt und daher abzulehnen wäre, so stellt es doch einen gehörigen Fortschritt auf dem Weg zur Anpassung der deutschen Gesellschaft an den Umstand, daß Deutschland ein Einwanderungsland ist, dar. Die Kommunen müssen tagtäglich mit der Realität der multikulturellen Gesellschaft klarkommen und stellen von daher, wieder einmal, Trendsetter dar. Während auf der Landes- und Bundesebene MigrantInnen in den Parlamenten als Exoten gehandelt werden, werden sie in den Kommunalräten Stück für Stück zur Normalität werden.

Zum Abschluß seien noch zwei Thesen aufgestellt, die zum Teil eine Entgegnung darstellen, die auf jeden Fall den Umfang der Reformpotentiale in Frage stellen.

Probleme kommunaler Demokratie

4. These: Die bislang praktizierten Formen der Bürgerbeteiligung stellen einen Hemmschuh für die weitere Reform unserer Gesellschaft dar. Sie sind defensiv und verstärken bürgerliche Mehrheiten in unserer Gesellschaft.

Es ist ein altes Leitbild der Linken, die Gesellschaft zu demokratisieren und Möglichkeiten zur Bürgerbeteiligung zu erhöhen. Die Realität in den NRW-Kommunen zeigt aber, daß die neugeschaffenen Instrumente des Bürgerbegehrens und -entscheids bürgerliche Mehrheiten zementiert haben, von einer Stärkung emanzipatorischer Kräfte kann in keinem Fall gesprochen werden. Es ist ein unumstößliches Faktum, daß sich bürgerliche Schichten besser politisch artikulieren können als unorganisierte Arbeiterinnen und Arbeiter. Jene Kräfte haben durch die Einführung der Bürgerbegehren in NRW weitere Einflußmöglichkeiten

Foto: Christian Kiel (Berlin)



gewonnen. Die Diskussion in diese Richtung muß daher aus meiner Sicht gründlich überdacht werden.

5. Die Kommunalpolitik erfährt durch Vorgänge auf Bundes- und auf Landesebene eine Entmachtung, die auch ihre Reformpotentiale schwächt. Die Abschaffung der 5%-Hürde in NRW ist Ausdruck dieser Geringachtung der Kommunalpolitik.

Durch die Abschaffung der 5%-Hürde werden in den Räten der Städte und größeren Gemeinden auch Kräfte einzuziehen, die sich aus extremen Partikularinteressen konstituiert haben. Dies wird in vielen Stadträten zu unverantwortlichen Konstellationen und möglicherweise im Schluß zu einer weiteren Stärkung der hauptamtlichen (Ober-)Bürgermeister/innen führen. Wenn in einer Stadt wie Bonn eine Separatistengruppe wie der Bürgerbund, der sich nach wie vor gegen die Realität des Regierungsumzuges stemmt, zum Zünglein an der Waage für die Führungsfähigkeit der Stadt wird, so wird dies zu einem Rückschlag im Strukturwandel führen. Dies wird so ähnlich auch in anderen Städten der Fall sein. Da die Regierungsunfähigkeit keiner der großen Parteien nützt, werden sich diese vielfach zusammenschließen, womit die Reformperspektive auf ein Mindestmaß reduziert werden wird. Linke Mehrheiten jenseits der Union werden in den Räten abnehmen, linke Projekte nur über einen massiven Druck von außen überhaupt denkbar sein.

Die Reformpotentiale der Kommunen sind, so sollte thesenartig aufgezeigt werden, vorhanden. Jüngste Entwicklungen bedrohen diese Potentiale allerdings. So bleibt es bei dem Problem der Linken – die Gewinnung der gesellschaftlichen Hegemonie zur Umsetzung der eigenen Reformprojekte bleibt eine dauernde Herausforderung. Ob in Bund, Land oder Kommune – wir müssen um jeden Reformfortschritt kämpfen. Aber die Kommunen sind dabei, wenn die Linke deren Reformpotentiale erkennen will. spw

Die Realität in den NRW-Kommunen zeigt, daß die neugeschaffenen Instrumente des Bürgerbegehrens und -entscheids bürgerliche Mehrheiten zementiert haben.

¹ Manifest der Union der Sozialistischen Kommunal- und Regionalpolitiker Europas. Verabschiedet am 25. April 1999 in Paris.

² Diese Bezeichnung war in der Bonner SPD, die sich seit den 70er Jahren zu dem linken Flügel in der Partei gezählt hat, für die kommunalpolitisch engagierten Genossinnen und Genossen üblich. Bis 1994 hatte die Bonner SPD nichts zu sagen.

Kooperative Kommunalpolitik als linkes Aktionsfeld

von Horst Peter*

Die kommunale Ebene steht an einem entscheidenden Punkt der Weiterentwicklung. Angesichts der Enge öffentlicher Haushalte wird die effiziente und effektive Erfüllung der öffentlichen Aufgaben so nah und bürgerfreundlich wie möglich immer drängender. Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit der kommunalen Leistungen werden durch die Ausschöpfung der Mitwirkungspotentiale der Bürgerinnen und Bürger positiv beeinflusst.

Die Frage ist, ob die traditionelle Form der kommunalen Selbstverwaltung unter der Dominanz der Parteien diesen geänderten Herausforderungen angemessen ist und wie sie gegebenenfalls modifiziert werden muß, damit bürgerschaftliches Engagement in die Entwicklung besser einbezogen werden kann. Außerdem stellt sich die Frage, ob die kommunale Ebene in ihrer Reichweite neu bestimmt werden muss, da einige Aufgaben kommunalgrenzenübergreifend politisch gesteuert werden müssen.

Funktionsverlust der traditionellen Kommunalpolitik

Im Zeichen eines Rollenwandels der Kommunen vom Träger durch Entscheidungen gewählter Gremien legitimierter Dienstleistungen und Investitionen zum Gewährleister einer

effizienten kommunalen Entwicklung droht zunehmend das Auseinanderfallen der politischen Steuerungs- und Entscheidungsprozesse in der Kommune. Einerseits entwickeln sich horizontal miteinander kommunizierende Netzwerke der Akteure wichtiger Entwicklungsfelder, die ge-

meinsame Projekte konsensual verabreden und komplementär realisieren. Andererseits reduzieren sich die kommunalpolitischen Entscheidungen auf die Exekution und Legitimation des Spardrucks aus der öffentlichen Finanzsituation. Die Parteien werden auf kommunaler Ebene als Träger von Reformprojekten immer mehr an den Rand gedrängt und sind in ihren inhaltlichen Positionen untereinander verwechselbar. Politische Zusammenarbeit wird zur Frage des persönlichen Machterhalts. Der aktuelle durch einen Putsch der sozialdemokratischen Dezenternenten verursachte Wechsel von Rot-Grün zu Rot-Schwarz in Kassel ist paradigmatisch für die Spaltung der Bereiche. Auf der Sei-

te der traditionellen Kommunalpolitik geht es mit anderer Mehrheit und statt Dezenternenten der Grünen mit Dezenternenten der CDU ohne wesentliche Veränderung der Inhalte weiter, auf der Ebene der Kooperation der Akteure wird der Wechsel keine Folgen nach sich ziehen.

Die Konsequenz für das politische Engagement der Bürgerinnen und Bürger ist eindeutig: das Engagement in Parteien ist zunehmend folgenlos, die Mitwirkung an Netzwerken in Entwicklungsfeldern, die ihren Interessen entsprechen, ist immer häufiger eine Alternative.

Kooperative Kommunalpolitik als Chance für eine ökologisch-soziale Entwicklung

Für die Linke stellt sich die Frage, wie sie sich zu dem Trend der kooperativen Arbeit der Akteure in Netzwerken, an runden Tischen, zu regionalen Arbeitskreisen verhalten soll. Ich plädiere dafür, kooperative Strukturen auch als linkes Aktionsfeld zu greifen.

Trotz großer Vielfalt der Erscheinungsformen kooperativer Netzwerke zeichnen sich zunehmend klarer spezifische Prinzipien des Selbstverständnisses, der Strukturen und der Arbeitsweise ab. Dabei fließen zusammen Kategorien der Verwaltungsreform wie Zusammenführung von Vollzug und Verantwortung sowie Ressourceneffizienz, die Erfahrungen von „total quality management“ der Unternehmensreform, Qualitätsentwicklungs- und -sicherungskonzepte von Dienstleistungsträgern und Überlegungen zur regionalisierten Verknüpfung von Politiken und Finanzströmen, wie sie sich aus der Funktionsweise der Fremdfinanzierung der Europäischen Union und anderer internationaler Politiken wie beispielsweise der Agenda 21 oder Programmen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ergeben.

In den verschiedenen „Runden Tischen“ geht es in der Regel darum, sich in einem Entwicklungsfeld gemeinsam mit Vertretern von Aufgabenträgern, Institutionen, Organisationen und Initiativen aus öffentlichem und privatem Sektor der Region auf bedeutende Entwicklungsprojekte zu verständigen. Zunächst wird sich auf ein Leitbild verständigt, aus dem sich Entwicklungsziele ableiten. Diese sollen in Projekten im Prozeß realisiert werden. Im Kern der Zielerfüllung steht der effiziente komplementäre Einsatz gesellschaftlicher Ressourcen. Aus dem Vergleich mit anderen Projekten ergeben sich Ansätze für Optimierungsprozesse und auch Ansätze für Forderungen an die politischen Institutionen.

Damit überspringen die Projekte ihre eigenen Grenzen und werden gesellschaftliche Projekte. Zwar bleiben in Kooperationen die einzelnen Akteure in ihrer Kernaufgabe unabhängig, aber im Projektkern wird durch die im Konsens ermittelte Schnittmenge und die jeweiligen Beiträge der Akteure ein übergreifender Beitrag zur gesellschaftlichen Entwicklung geleistet. Die Personen des Netzwerks arbeiten als gesellschaftliche Akteure.

Inhaltlich ist der entscheidende Schlüssel des Zugangs zur Gesellschaft und Politik die Orientierung am effizienten Einsatz der Ressourcen vermittelt über eine kritische Bestandsaufnahme und über die Projekte hinausgehende Vorschläge zur Schaffung von Rahmenbedingungen für künftige Effizienzsteigerungen. Dieser Zusammenhang von Leitbild, Ziel, Bestandsaufnahme und Realisierungsschritten im Projekt und darüber hinaus ist der Grundmechanismus für einen nachhaltigen, ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklungsweg. Deshalb halte ich die Kooperation in Netzwerken auf kommunaler, die Gemeindegrenzen jedoch überschrei-

Die Parteien werden auf kommunaler Ebene als Träger von Reformprojekten immer mehr an den Rand gedrängt und sind in ihren inhaltlichen Positionen untereinander verwechselbar.

* Horst Peter, Kassel, Mitherausgeber der spw

tender Ebene für eine Chance für ein ökologisch-soziales Politikmodell. Hier liegt die Perspektive kooperativer Kommunalpolitik.

Die Notwendigkeit, die Doppelstrategie-Debatte neu zu führen

Die Trennung der kooperativen Ebene in der Region von der Ebene der politischen Entscheidungen erfordert Antworten auf zwei strategische Fragen: Wie erhalten die für die Regionen wirksamen Projekte und die am Runden Tisch erzielten Konsense ihre gesellschaftliche demokratische Legitimation und wie lassen sich gesellschaftlich relevante Programmvorstellungen der Linken im regionalen Diskurs wirksam vertreten?

Die Legitimationsproblematik stellt sich vor allem deshalb, weil die Projektorientierung die monofunktionale Beschlußsicherheit öffentlicher Gremien sowohl in der Reichweite in der Region als auch gegenüber den anderen Politikebenen überschreitet. In fast allen „Runder Tisch“-Projekten werden die kommunalen Grenzen sowohl aus Gründen der übergreifenden Problemkonstellation als auch unterschiedlicher Zuständigkeit von Akteuren überschritten. In landesgesetzlichen und bundesgesetzlichen Regelungen bedarf es Öffnungsklauseln, die „Runden Tischen“ die Kompetenz für vertragliche Regelungen übertragen. Als Orientierungen können die Modalitäten von EU-Programmen dienen, aber auch im Sozialgesetzbuch sind Regelungen für die Arbeit von Arbeitsgemeinschaften oder Trägern von öffentlichen Aufgaben vorgesehen. So ermöglichte vertragliche Vereinbarungen müssen von den jeweiligen kommunalen Parlamenten verabschiedet werden. Dadurch wird auch der öffentliche demokratische Diskurs gesichert. Den Projekten müßte allerdings ein Vorschlagsrecht gegeben werden, dass die rechtzeitige Beratung in den parlamentarischen Gremien sichert.

Für die denkbaren öffentlichen Aufgaben einbeziehen den Entwicklungsfelder müßten die jeweils spezifischen Bedingungen für die Kontraktformen definiert werden. Die auf diese Weise getroffenen Regelungen, ergänzt vor allem um die Budgetierung der in Frage kommenden Haushalte, sind geeignete Formen, um die Legitimation der Kooperation in der Region zu sichern. Diese Form scheint mir sinnvoller als die Schaffung neuer öffentlicher Entscheidungsgremien wie etwa von Regionalkonferenzen oder die Übertragung der Aufgaben an Bezirksregierungen.

Die Frage, inwieweit in einem solchen Politikmodell linke Programmatik Chancen hat, setzt die alte Juso-Diskussion der Doppelstrategie auf die Tagesordnung. Wie lassen sich außerparlamentarische und außerinstitutionelle Initiativen mit innerinstitutionellen und parlamentarischen Initiativen verbinden, wie läßt sich außerinstitutioneller Druck in Entscheidungen umsetzen? Schon Anfang der 70er Jahre ging es nicht nur um Massendruck, sondern auch um Mitarbeit und die Unterstützung von Initiativen und Projekten. Die relativ offene Form der Arbeit von Runden Tischen (trotz der auch abschließenden Rolle von Steuerungsgruppen), die Tatsache, dass sich in der Arbeit letztlich persönliche Vertrauensbeziehungen herstellen, dass die spezifischen institutionellen Aufgaben der Teilnehmer ausdrücklich nicht angetastet werden, ermöglichen die Mitarbeit von Mitgliedern und auch Funktionsträgern von Parteien und das Einbringen perspektivischer gesellschaftlicher Vorstellungen beispielsweise in die Leitbild- und Ziel-diskussion. Die Glaubwürdigkeit der politischen Teilnehmer der Runden Tische erweist sich beim öffentlichen Diskurs

Foto: Christian Kiel (Berlin)



um die Verabschiedung der Vereinbarung im zuständigen Gremium.

Wenn das beschriebene Politikmodell besser in der Lage ist, die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland ökologisch und sozial verantwortlicher demokratisch weiterzuentwickeln und die Bürgerinnen und Bürger aktiver einzubeziehen, dann ist die Durchsetzung des Modells ein linkes Projekt.

Tätigkeitsbereiche kooperativer Kommunalpolitik

Die Anstöße zu Feldern kooperativer Kommunalpolitik sind vielfältig. Es gibt Entwicklungen, die auf äußeren Anstößen beruhen wie die Agenda 21-Aktivitäten oder die nationalen und internationalen Netzwerkinitiativen wie das Gesunde Städte-Netzwerk der WHO oder das Netzwerk „Cities of tomorrow“ der Hans-Böckler-Stiftung, der Bertelsmannstiftung und der kommunalen Gemeinschaftsstelle oder regionale Initiativen wie der Arbeitskreis „betriebliche Gesundheitsförderung Nordhessen“ oder das Projekt „regionale Bildungslandschaften in Nordrhein-Westfalen“, die oft aus institutionellem oder auch ehrenamtlichem Engagement erwachsen sind.

Ein Feld, das in vielen Regionen bereits auf jahrelange Prozeßerfahrung zurückgreifen kann, ist die Wirtschaftsförderung und die Beschäftigungsförderung. Aus dem „Cities of tomorrow“-Netzwerk sei auf wichtige Schwerpunkte verwiesen: gute Schullandschaft, Regionale Mobilität, Integration ausländischer Mitbürger, Strategischer Einsatz von Informationstechnologie, Strategisches Management mit dem Ziel der Gestaltung neuer Kooperationsformen zwischen Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Bürgerschaft.

Schon jetzt gibt es eine beachtliche Zahl von Bürgerinnen und Bürgern, die zum Teil beruflich, zum Teil politisch motiviert, zum Teil in Wahrnehmung eigener Interessen in einem Modell kooperativer Kommunalpolitik Akteure sind. Sie wirken weit über das Maß des Engagements von Wählern und auch Parteimitgliedern an der Gestaltung der öf-

Für die Linke stellt sich die Frage, wie sie sich zu dem Trend der kooperativen Arbeit der Akteure in Netzwerken, an runden Tischen, zu regionalen Arbeitskreisen verhalten soll.

fentlichen Verhältnisse mit und entwickeln im Rahmen dieser Tätigkeit erhebliche gesellschaftliche und politische Gestaltungskompetenz.

„Wenn die Produktionsverhältnisse zur Fessel der Produktivkraftentwicklung werden ...“

Das Ziel kooperativer Politik ist es, gesellschaftliche Aufgaben möglichst effizient für die Gesamtgesellschaft zu leisten. Dadurch wird Kooperation in der Region selbst zur Produktivkraft. Diesem Ansatz stehen als Hindernis oft gewachsene normative und organisatorische Strukturen und Verständnisse entgegen, die verändert oder zumindest geöffnet werden müssen.

- Die meisten Institutionen, die als Akteure kooperativer Kommunalpolitik unverzichtbar sind, werden von einem monofunktionalen Selbstverständnis geprägt. Darin angelegt ist die Abschottung von anderen Institutionen, die ihrerseits das vergleichbare Selbstverständnis haben. In der Kooperation gefragte multifunktionale Kreativität und Öffnung bleiben oft gegenüber der Institutionenkonkurrenz auf der Strecke. Beispielhafte Anschauung liefern interkommunale Projekte in der Wirtschaftsförderung, Versuche der Verzahnung in der Beschäftigungsförderung, Versuche, die Gesundheitsförderung als gemeinsame regionale Aufgabe der Krankenkassen zu konzipieren, und viele andere Versuche, über Projekte zur Kooperation zu gelangen.

- Ein weiteres Problem ist die vertikale Einbindung von Akteuren, die eine horizontal angelegte Kooperation behindert.

Sowohl der politische Teil als auch der verbandlich orientierte Teil, aber auch Unternehmen im Konzernzusammenhang hängen an voneinander getrennten Informations-, Kommunikations- und Konzeptionssträngen. Sie werden nur unter den Bedingungen eines vertrauensvoll mit-

einander umgehenden Netzwerkes horizontal zusammenarbeiten. Ein besonders nachvollziehbares Beispiel ist der oft getrennt betriebene Versuch, Programme der Europäischen Union für die eigene Institution zu nutzen, obwohl der regionale Austausch den Zugang zu Programmen der Europäischen Union sehr viel effizienter und effektiver und umfassender eröffnen kann.

- Das dritte die Kooperation behindernde Element ist der nach unterschiedlichen Linien organisierte Mittelfluß in eine Region und die Bindung der Mittelvergabe an strikte, meist vom Haushaltsrecht gesetzte Richtlinien. Diese Trennung steht einer komplementär finanzierten Problembearbeitung, die die Geldflüsse übergreift im Wege. In der Region gibt es in vielen Bereichen eine übergreifende Problembetrachtung, aus der sich Forderungen an Gesetz- und Verordnungsgeber gewinnen lassen.

- Das betrifft die Zusammenführung von Wirtschaftsförderung und regionalisierter Strukturpolitik genauso wie Bereiche der Regionalisierung der Gesundheitspolitik oder der Bildungs- und Kulturpolitik

- Ein Beispiel aus dem Bereich der Bildungs- und Beschäftigungs- und Ausbildungsförderung mag als Anschauung dienen:

20% der Schulabgänger eines Jahrgangs nach der Sekundarstufe I im Bereich des Schulamtes Kassel haben Ansprüche auf ausbildungsbegleitende Hilfen nach dem Jugendhilferecht bzw. nach den Instrumenten des Ar-

beitsförderungsgesetzes. Das machten im Jahr 1996 im Bereich des Arbeitsamtsbezirks Kassel rd. 16 Mio. DM aus. Wenn es rechtlich möglich wäre, diese Mittel auch zur präventiven Förderung während der Schulzeit einzusetzen, könnte sicherlich die Zahl derjenigen, die erfolgreich in Ausbildungsverhältnissen am Berufs- und Arbeitsleben teilnehmen, gesteigert werden. Die zentrale Frage des „Runden Tisches Bildung Nordhessen“, an dem alle wichtigen Akteure der Region teilnehmen, lautete: Was kostet es an gesellschaftlichem Aufwand, wenn der Übergang von Schule in Berufs- und Arbeitswelt so abrupt erfolgt, dass die Schülerinnen und Schüler praktisch nicht vorbereitet werden? Der Runde Tisch Bildung leitet daraus die Forderung ab, dass die Mittel der Arbeitsverwaltung und der Jugendämter komplementär zu Akzentsetzungen der Hinführung zur Arbeitswelt für Projekte eingesetzt werden können.

Die Erfahrungen mit den Europäischen Sozialfonds zeigen, dass Fondsmittel projektbezogen zielgenauer und damit effizienter eingesetzt werden können als im üblichen getrennten Anspruchsverfahren. Aus der Arbeit des „Runden Tisches Bildung Nordhessen“ entwickeln sich ständig neue Fragen nach gesellschaftlichen Effizienzen als Ausdruck, dass es sich im Bildungswesen um ein gesellschaftliches Non-Profit-System handelt, das durch die Formeln wie Kundenorientierung, Produktorientierung, Konkurrenz von Schulen um „ranking-freie Plätze, Sponsorengelder, die alle aus einem betriebswirtschaftlichen Konkurrenzmodell entlehnt sind, nicht zureichend erfaßt wird.

In einem solchen Kontext haben die Effizienzfragen eine weiterreichende Dimension. Was kostet ein Sitzenbleiber oder Schulabbrecher die Gesellschaft? Produziert ein streng nach Schulformen getrenntes Schulsystem vermeidbare gesellschaftliche Kosten? Was kostet es die Gesellschaft, wenn Bildungsgänge nacheinander organisiert werden, die auch miteinander verzahnt werden können? Müssen allgemeinbildende, berufsbezogene, wissenschaftspropädeutische Bildungsgänge streng getrennt sein? Ist es sinnvoll, wenn beispielsweise Abiturienten die Sekundarstufe II im dualen System nochmals absolvieren?

Was kostet es an gesellschaftlichem Aufwand, wenn die Übergänge von Schule in Berufs- und Arbeitswelt in der Regel abrupt erfolgen?

Was kostet es schließlich die Gesellschaft, wenn bei immer mehr LehrerInnen vorzeitige Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit durch Stress und Überforderung eintritt? Ist es hier nicht widersinnig, wenn Bundesländer Altersentlastung für LehrerInnen kürzen statt Altersteilzeitmodelle voranzutreiben?

Zu den Effizienzfragen gehört auch die Entwicklung eines zukunftsfähigen Leistungsbegriffs und eines angemessenen Qualitätsbegriffs für Schulen und eine darauf abgestellte LehrerInnenausbildung und Gestaltung der LehrerInnenarbeitszeit.

Im Unterschied zu den betriebswirtschaftlich orientierten Fragestellungen müssen die gesellschaftlich orientierten Effizienzfragen von den politischen Entscheidungsträgern in die politischen Rahmenbedingungen sich selbst steuernder Schule eingebracht und können nicht auf die LehrerInnen abgewälzt werden.

Aus den Beispielen ergeben sich zwingend Formen der Verzahnung der kooperativen Prozesse mit dem politischen Entscheidungszusammenhang und damit Herausforderungen an eine Linke Politik.

spw

Die Kooperation in Netzwerken auf kommunaler, die Gemeindegrenzen jedoch überschreitender Ebene ist eine Chance für ein ökologisch-soziales Politikmodell.

Foto: Christian Kiel (Berlin)



Die Neue Steuerung

„Neue Steuerung“ ist das Schlagwort der neunziger Jahre in der Kommunalpolitik.

Seit dem Bericht 5/1993 der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGST) ist der Begriff des „Neuen Steuerungsmodells“ (NSM) in so vielen Zusammenhängen gebraucht worden, daß sein Gebrauch in Deutschland weitgehend identisch mit der Diskussion über Verwaltungsmodernisierung geworden ist. Dies hat den Nachteil, daß die begriffliche Unschärfe zu so vielen Varianten in der Umsetzung geführt hat, daß kaum ein einheitliches Resümee zu den Konsequenzen in der Kommunalpolitik und für die örtlichen Akteure gezogen werden kann.

Die KGST wollte damals die Funktionsmängel der Kommunalverwaltungen durch die Entwicklung eines Leitbilds „Dienstleistungsunternehmen Kommune“ bekämpfen.

Die Kernelemente des Neuen Steuerungsmodells im Modell der KGST ist der Aufbau einer unternehmensähnlichen dezentralen Führungs- und Organisationsstruktur. Dazu gehören unter anderem die klare Verantwortungsabgrenzung zwischen Politik und Verwaltung, die Führung durch den Abschluß von Zielvereinbarungen (Kontrakte) statt durch Einzeleingriff und die Schaffung von Instrumenten zur Steuerung der Verwaltung anhand von Ergebnissen (Outputsteuerung). Der Aufbau der Verwaltungen sollte dezentrale Fachbereiche mit weitgehender Gesamtverantwortung und eine zentrale Steuerungsinstanz umfassen.

Diese Vorschläge fielen auf fruchtbaren Boden. Viele Kommunen befanden sich nach Abflauen des Vereinigungsbooms in einer akuten Finanzkrise. Das Neue Steuerungsmodell versprach eine effektivere Verwaltung und somit Kostenersparnis für die Kämmerer.

Das überkommene bürokratische Verwaltungsmodell war aber auch objektiv an seine Grenzen gestoßen. Das traditionelle Verwaltungsbild geht von der Verwaltung als einer reinen rechtsanwendenden und rechtsumsetzenden Verwaltung aus. Dazu gehört eine straffe Hierarchie, eine

Das fünfte Rad am Wagen?

Kommunalpolitik und neue Steuerung

von Olaf Schade*

durchgehende Verrechtlichung und eine zentralistische Ressourcenverantwortung. Der Bereich der Ordnungsverwaltung, auf den dieses Modell noch am ehesten zugeschnitten ist, ist aber durch den Aufgabenzuwachs der kommunalen Ebene auf rund 20 % zurückgedrängt worden.

Nicht nur der Aufgabenzuschnitt der Kommunen hatte sich geändert, auch die Form der Haushaltserstellung und die Ämterstruktur waren nicht mehr zeitgemäß.

Die kameralistische Haushaltsaufstellung ermöglichte den Ratsmitgliedern nur den Einfluß auf die Bereitstellung der Finanzen und nicht die Kontrolle der Verwirklichung der beabsichtigten Ziele. Die Orientierung an Haushaltstiteln und das jährliche Haushaltsritual standen einer strategischen Planung oft entgegen. Informationen über Wert und Zustand der Liegenschaften und Beteiligungen lagen häufig nicht vor. Die verschiedenen Fachbereiche der Kommunalverwaltung hatten keine Verantwortung für die notwendigen Ressourcen, die sie zur Umsetzung ihrer Fachpolitik benötigten. Diese Trennung von Fachverantwortung einerseits und Ressourcenverantwortung andererseits bewirkte die Vernachlässigung von Kosten und Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten in den Fachbereichen.

Finanzknappheit bringt Zugzwang

Diese strukturellen Defizite bestanden auch in den Jahren zuvor, doch konnten häufig durch höheren Mitteleinsatz die jeweiligen Ziele erreicht werden. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit und der Sozialabbau der Kohlregierung führten zu explodierenden Sozialhilfeleistungen der Kommunen. In Strukturwandelgebieten brach dazu die Lohn- und Gewerbesteuer ein, die Kosten der deutschen Einheit taten ein übriges.

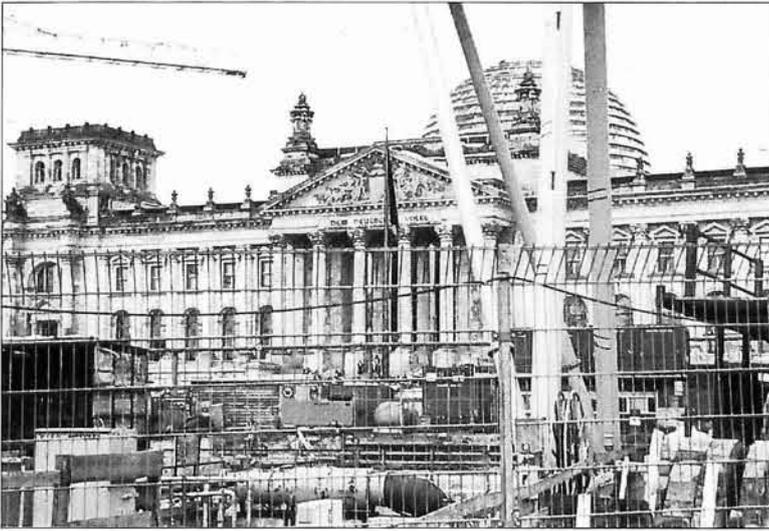
Die Finanzkommission zur Entwicklung der kommunalen Finanzen des Landes NRW stellte in ihrem Abschlußbericht aus August 1999 fest, daß die Haushalte seit Anfang der 90ziger Jahre soweit überlastet sind, daß mehr Geld ausgegeben als eingenommen wird. Es habe sich ein Investitionsstau gebildet, Altfehlbeträge aus Vorjahren, Substanzverzehr und bereits durchgeführte Vermögensveräußerungen belasteten die Handlungsfähigkeit der Kommunen.

Diese Finanzknappheit brachte die Kreise, Städte und Gemeinden in Zugzwang. Wollten die Kommunen nicht hilflos in die Haushaltssicherung rutschen und noch mehr an Handlungsspielraum verlieren, mußten sie reagieren.

Die im Neuen Steuerungsmodell eingeforderte Änderung der Arbeitsweise der Kommunalpolitik war und ist ganz hinten auf der Tagesordnung der Reform.

* Olaf Schade, Hattingen, Mitglied des Kreistags Ennepe-Ruhr

Foto: Christian Kiel (Berlin)



Von der Bundesregierung war keine Hilfe zu erwarten. Es lag zum einem in ihrem Interesse und im Rahmen ihrer Möglichkeiten, den Bundeshaushalt auf Kosten der anderen öffentlichen Haushalte zu sanieren. Zum anderen war es sogar ideologisch gewollt, „Privatisierungsdruck“ auf die Kommunen auszuüben.

So war der Boden für ein Reformmodell geschaffen, das den Kommunen Hilfe aus eigener Kraft versprach. Das Neue Steuerungsmodell kam diesen Bedürfnissen soweit entgegen, daß eine Reformeuphorie entstand, die in der Verwaltungslandschaft in Deutschland ihresgleichen sucht.

Das NSM versprach mit der Beschreibung des „Dienstleistungsunternehmens Stadtverwaltung“ darüber hinaus noch ein attraktives und zeitgemäßes Leitbild in der Öffentlichkeit. Jeder Kommunalpolitiker, der nicht hoffnungslos unmodern wirken wollte, mußte sich also zumindest begrifflich auf „Neue Steuerung“ beziehen. Es gibt deshalb heute kaum noch eine Kommune, die groß genug ist, um eine differenzierte Verwaltung aufzuweisen, die nicht das eine oder andere Instrument des NSM anwenden würde.

Die Rolle der Kommunalpolitik im Modell und in der Realität

Die Politik soll das „Was“, die Verwaltung das „Wie“ der Politik in der Kommune bestimmen, so heißt kurzgefaßt die Aufgabenteilung der Akteure nach dem NSM.

Danach entscheidet die politische Führung (Gemeinderat/Kreistag) über die strategische Entwicklung der Kommune.

Sie setzt der Verwaltung Ziele, deren Einhaltung sie permanent überprüft. Der Verwaltung bleiben die notwendigen Einzelentscheidungen zur Erfüllung dieser politischen Leistungsaufträge, also das „Wie“, überlassen. Einzeleinriffe der Politik in die einzelnen Umsetzungsprozesse finden nicht statt.

Die Politik ist Auftraggeber, die Verwaltung ist Auftragnehmer. Die Vereinbarungen über die zu erbringenden Leistungen werden als Kontrakte bezeichnet.

Diese modellhafte Arbeitsteilung ist sehr schnell auf Kritik gestoßen. Die Realität im kommunalpolitischen Prozeß ist viel komplexer als die anvisierte Arbeitsteilung im NSM

nahe legt. Kommunalpolitik stellt sich nämlich in der Regel nicht als das Durchführen von programmatischen Entscheidungen dar, sondern ist ein Prozeß der permanenten und partiellen Anpassung an veränderte Problemlagen und Interessen. Auch sind viele Umsetzungsschritte ausgesprochen politisch: Öffentliche Diskussionen ranken meist nicht um grobe Zielsetzungen, sondern um Umsetzungsmaßnahmen: Wo soll die neue Gesamtschule hin? Darf diese oder jene örtliche Straße gesperrt werden?

Schließlich ist der Wert der Outputkontrolle anhand der aus der Betriebswirtschaftslehre importierten Controllingmaßnahmen fraglich. Eine Kommune ist kein Konzern. Lassen sich die Kosten der Stilllegung eines PKW noch relativ leicht bestimmen, so ist die Bewertung der Leistung einer biologischen Station selbst schon politisch. Ein Produkthaushalt und eine Ergebniskontrolle allein nach Kostengesichtspunkten könnte die Politik in die Rolle eines Wirtschaftsprüfers drängen. Es geht nicht mehr um die Förderung des Einwohnerwohls, was die Gemeindeordnungen vorschreiben, sondern um reine Effizienz im Sinne von Kostenminimierung.

Diese Kritik hat bereits zu Konsequenzen seitens der NSM Protagonisten geführt. In einem 1996 von der KGST erstellten Politikerhandbuch zu den NSM wird bereits die Forderung der klaren Aufgabentrennung von Politik und Verwaltung als „Faustformel“ relativiert, es gehe lediglich um eine Verschiebung der Schwerpunkte.

Die Veränderung der kommunalpolitischen Praxis

Die im Modell eingeforderte Änderung der Arbeitsweise der Kommunalpolitik war und ist ganz hinten auf der Tagesordnung der Reform. Zunächst wurden häufig Maßnahmen ergriffen, die unmittelbar Haushaltsrelevanz hatten. Meist war die Einführung der Budgetierung der erste Schritt. Die Beteiligung der Kommunalpolitiker beschränkte sich weitgehend auf die Durchführung von Bildungsveranstaltungen, die meist nicht über einen oberflächlichen Einstieg hinauskamen. Auch war aus der tatsächlichen Politikverflechtung heraus in der Praxis keine strikte Trennung von Entscheidung und Durchführung möglich. Es vollzog und vollzieht sich in einem langsamen Prozeß eine Veränderung der Entscheidungswege in der Kommune. Durch einen veränderten Verwaltungsaufbau und weitgehendere Entscheidungsmöglichkeiten in den Fachbereichen werden die Möglichkeiten der Kommunalpolitiker, direkt Einfluß zu nehmen, geringer, ohne daß dieses formell beschlossen werden mußte. Die Konzentration auf eine geringere Anzahl von Ausschüssen entlang der Fachbereichsgrenzen und die Einführung von Zielvereinbarungen konzentriert die Möglichkeit der Machtausübung auf weniger Rats- oder Kreistagsmitglieder.

Entgegen der Fiktion in den Gemeindeordnungen und in der Theorie des Neuen Steuerungsmodell gibt es nicht den „Kommunalpolitiker“. Je nach Größe des Ortes, Zusammensetzung der Vertretung nach Parteigruppen, Rolle des Mandatsträgers in der Fraktion oder in den Ratsgremien sind Einfluß, Interessen und Arbeitsweise grundverschieden. Die gesetzlichen Grundlagen sind nur ein Faktor unter vielen, die die tatsächlichen Entscheidungsprozesse vor Ort bestimmen. Die Beurteilung der „Neuen Steuerung“ durch Kommunalpolitiker entscheidet sich also in erster Linie durch deren jeweilige Stellung im politischen Prozeß.

Eine inzwischen vom Gelsenkirchener Institut für Arbeit und Technik durchgeführte Repräsentativbefragung von Politikern (VEKA-Befragung) stellt fest, daß die Haltung von Ratsmitgliedern zu den Reformkonzepten sehr heterogen

Die Beurteilung der „Neuen Steuerung“ durch Kommunalpolitiker entscheidet sich in erster Linie durch deren jeweilige Stellung im politischen Prozeß.

ist. Befürwortung und Ablehnung halten sich in etwa die Waage und lassen sich kaum bestimmten Personengruppen zuordnen. Es lassen sich aber Vermutungen zu den Konsequenzen der Reformen für einige Gruppen in der Kommunalpolitik ziehen. Aus der tatsächlichen Arbeitsweise und Machtstruktur in den Fraktionen ergeben sich naheliegende Folgen.

Zunächst gibt es für alle Mandatsträger gemeinsame Politikfaktoren. Alle Kommunalpolitiker werden gewählt, so daß sie in der Öffentlichkeit für ihre Person und Politik gerade stehen müssen. Daraus ergibt sich zum einen das Interesse, individuell erkennbar am politischen Prozeß teilzunehmen und zum anderen die Anliegen ihrer Wählerschaft befördern zu können. Überspitzt gesagt, irgendwie das Klappern des Kanaldeckels unterbinden zu können. Zu dieser Treuhänderrolle des Politikers kommt die Delegiertenrolle, denn in größeren Gemeinden werden Parteien oder Vereinigungen gebraucht, um ein Mandat erringen zu können.

Unterschiedliche Einflußmöglichkeiten von KommunalpolitikerInnen

Im politischen Prozeß unterscheiden sich die Einflußmöglichkeiten der Rats- oder Kreistagsmitglieder jedoch grundsätzlich. Die kommunalpolitische Praxis in den größeren Gemeinden ist von einem parlamentarischen Politikstil geprägt. Entgegen der Fiktion der Gemeindevertretung als einheitliches Verwaltungsorgan, die der Gemeindeordnung zugrunde liegt, geht es um Mehrheit und Minderheit. Die Fraktionen sind die eigentlichen Akteure in Räten und Kreistagen. Im Plenum und Hauptausschuß werden häufig vorentschiedene Positionen lediglich verkündet.

Die eigentliche Entscheidungsfindung läuft im Vorfeld und wird von „Vorentscheidern“ getroffen, die sich aus den Spitzen der Mehrheitsfraktion(en), der möglicherweise einbezogenen Minderheit, sowie der Verwaltungsspitze zusammensetzen. Diese Grenzgänger zwischen Politik und Verwaltung kennen sowohl den politischen wie den administrativen Bereich und sind wechselseitig in Abhängigkeiten verbunden: Keine Verwaltung kann ohne die Ratsmehrheit handeln, keine Ratsmehrheit kann etwas ohne die Verwaltung durchsetzen. Teilweise hat sich diese Führung zum Modell des „zentralen Politikers“ verdichtet, der allein die Richtlinien der Stadtpolitik bestimmt. Durch die Einführung der hauptamtlichen Bürgermeister, in inzwischen ganz Deutschland, wird diese Tendenz noch verstärkt.

Unterhalb dieser Führungsspitze gibt es die Ebene der Fachpolitik. Die hohe Aufladung mit Fachwissen und Details ermöglicht keine Kontrolle der Gesamtpolitik durch eine kleine Vorentscheidergruppe. Hier haben sich häufig auf der Ebene der Fachausschüsse und der entsprechenden Verwaltungsebene „vertikale Seilschaften“ gebildet, die mit erheblichem Freiraum Fachpolitik betreiben. Aus dieser Gruppe rekrutieren sich häufig auch die Aufsichtsräte der kommunalen Beteiligungen, die öffentliche Aufgaben in privater Rechtsform oder als Eigenbetrieb erledigen. Diese Fachpolitiker können untereinander und mit der Gesamtpolitik im Gegensatz stehen. Sie ist allerdings dezentraler und qualifizierter und kann vor allem einer großen Anzahl von Kommunalpolitikern realen Einfluß verschaffen.

Daneben gibt es eine weitere Gruppe von Mandatsträgern, die keinen realen Einfluß auf die große Linie der Kommunalpolitik besitzen. Sie konnten allerdings bislang häufig Partikularinteressen aus bestimmten Bevölkerungsgruppen und Stadtteilen im Austausch gegen Loyalität mit der Mehrheit durchsetzen.

Unterschiedliche Konsequenzen der „Neuen Steuerung“

Die Einführung von Elementen der neuen Steuerung wird die genannten Gruppen im unterschiedlichen Maße betreffen: Die Vorentscheidergruppe profitiert. Eine Entfrachtung der Politik von Detailfragen und eine Konzentration auf weniger Fachausschüsse trocknet die Nischen an Fachpolitik aus, die sich aus der Unübersichtlichkeit im Entscheidungsfindungsprozeß gebildet haben. Die Controllingmöglichkeiten ermöglichen einen Vergleich der Kosten über die verschiedenen Fachbereiche hinweg. Dazu kommen die Zentralisierungstendenzen, die direkt keinen Bezug zu den NSM haben. Nach Abschaffung der Doppelspitze in NRW und Niedersachsen gibt es überall starke und direkt gewählte Bürgermeister und Landräte. Die Verwaltungsreform hat vielen von ihnen noch zentrale Steuerungsämter zugewiesen, was auch ihre Stellung in der Verwaltung stärkt. Die Tendenz des Verschwindens absoluter Mehrheiten führt zum Zwang, Politik unter verschiedenen Fraktionen und der Verwaltung auszuhandeln. Auch hier sind nur wenige Politiker gefragt.

Die Gruppe der Fachpolitiker schrumpft. Die Tendenz, die Fachausschüsse entlang der Fachbereiche zu schneiden, läßt viele prestigeträchtige Ausschüsse verschwinden. Der Sportausschuß, der die Zuschüsse an die Vereine verteilt, oder der Feuerwehrausschuß verschwinden. Die verbleibenden Fachausschüsse und deren Vorsitzende haben allerdings einen Machtzuwachs zu verzeichnen. Wenn die Forderung nach Dezentralisierung ernst genommen wird, sollten auch die Entscheidungen weitgehend im Ausschuß fallen.

Die Gruppe der „Hinterbänkler“ wird nicht nur weiter an Einfluß verlieren, sondern die Möglichkeiten der Stellvertreterpolitik für den Ortsteil oder bestimmte Basisinitiativen werden fast vollständig wegfallen. Damit wird sich auch die Struktur und Kultur in den Fraktionen der traditionellen SPD-Hochburgen verändern. Diese Gruppe zeichnete sich durch einen „Hang zum Konkreten“ aus. Zur Anschaffung eines PKW im Wert von 30.000,- DM kann jeder etwas sagen, Kanalsanierungskosten oder Konzessionsabgaben im zweistelligen Millionenbereich bleiben Vielen unvorstellbar. So werden vor allem praktisch veranlagte Lokalpolitiker verdrängt. Dies ist bei den Bildungsvoraussetzungen auch eine soziale Selektion. Der in den Vorruhestand geschickte Hüttenarbeiter wird durch noch einen Lehrer ersetzt.

Fazit

Die Einführung von Elementen des neuen Steuerungsmodells ist notwendig, weil die bürokratische Steuerung nicht mehr zeitgemäß ist. Die Möglichkeiten des Controlling und der Outputsteuerung ermöglichen es der Kommunalpolitik, die knappen Ressourcen besser einzusetzen. Wie in vielen Bereichen der Modernisierung des öffentlichen Sektors geht es nicht um das „Ob“ der Modernisierung, sondern um die Gestaltung des Wandels. Linke Politik vor Ort setzt handlungsfähige Kommunen voraus. Darum muß der haushaltsbedingte Zwang, Vermögen zu verschleudern, verschwinden. Es muß aber auch der bis in weiten Teilen der Sozialdemokratie verbreiteten Ideologie des „Konzerns Stadt“ als Abbild eines Wirtschaftsunternehmens entge-

Mit Einführung der Neuen Steuerung wird sich auch die Struktur und Kultur in den Fraktionen der traditionellen SPD-Hochburgen verändern. Praktisch veranlagte Lokalpolitiker werden verdrängt.

gengetreten werden. Neue Steuerung macht die Verwaltung effektiver, ist aber kein Wert an sich. Die allgemeine Akzeptanz, die die Einführung Neuer Steuerungsmodelle findet, führt dazu, daß in diesem Zusammenhang Kämpfe um Macht und andere Interessen stattfinden, die mit dem Begriff NSM geführt werden. Hier ist zu beachten, daß die Neue Steuerung ein Werkzeugkasten ist und kein abschließendes Modell.

Es bleibt festzustellen, daß die Einführung der Neuen Steuerung zusammen mit anderen Faktoren zu einem Um-

Nur durch die Repolitisierung der örtlichen Parteigliederungen und eine projektorientierte Fraktionsarbeit werden die Ratsvertreterinnen und Ratsvertreter nicht das fünfte Rad am Wagen.

bau der Ratsfraktionen und deren Arbeitsweise führen wird. Die Verquickung von Ratsarbeit mit Parteiarbeit vor Ort läßt die Änderung auch auf diese Ebene durchschlagen. Die Parteien und Fraktionen sind jedoch in keiner Weise auf diesen Wandel vorbereitet. Es drängt sich der Eindruck auf, daß die Generationen, die heute die Kommunalvertretungen bestimmen, schon aus Altersgründen nicht mehr den Wandel gestalten werden. Eine vernünftige Personalrekrutierung und Schulung findet aber praktisch nicht statt.

So wird den Vorentscheidern, meist also dem Bürgermeister, das Feld überlassen, ein erkennbares Fraktions- oder lokales Parteiprofil kann aber nicht organisiert werden. Es gibt also einen riesigen Handlungsbedarf für jüngere engagierte Kommunalpolitiker und Kommunalpolitike-

rinnen. Es ergeben sich aber durch den Wandel auch Chancen für die nachrückende Generation, schnell realen Einfluß zu bekommen. Dabei kommt es aber nicht auf das Erobern von Machtpositionen als Selbstzweck an. Zentral ist die Erarbeitung von inhaltlichen Positionen. Nur durch die Repolitisierung der örtlichen Parteigliederungen, die Vorstellungen entwickeln und durchsetzen, und eine projektorientierte Fraktionsarbeit, die Leistungsziele vorgibt statt sie nur abzusegnet, werden die Ratsvertreterinnen und Ratsvertreter nicht das fünfte Rad am Wagen der Kommunalpolitik.

spw

Literatur:

- Banner: Kommunale Steuerung zwischen GO und Parteipolitik, DÖV 1984, S. 364ff.
 Bogumil/Kißler: Verwaltungsmodernisierung und lokale Demokratie, Baden-Baden 1997
 Brandel/Stöbe-Blossey/Wohlfahrt: Verwalten oder gestalten, Berlin 1999
 Holtmann, Everhard: Politisierung der Kommunalpolitik und Wandlungen im lokalen Parteiensystem, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 1992, B22-23, S.13ff.
 Innenministerium des Landes NRW: Finanzkommission Abschlußbericht, Düsseldorf 1999
 Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung: Bericht 5/1993
 Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung: Politikerhandbuch zur Verwaltungsreform, Köln 1996
 Reichard/Wollmann: Kommunalverwaltung im Modernisierungsschub?, Basel 1996
 Voigt, Rüdiger: Kommunalpolitik zwischen exekutiver Führerschaft und legislativer Programmsteuerung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 1992, B 22-23, S.3 ff.

Eine Regionale Beschäftigungsagentur

Das Sozialamt als größter Arbeitgeber der Kommune

von Ingeborg Junge-Reyer*

Im Zeitraffertempo hat Berlin die Entwicklung anderer Städte nachgeholt, die Folgen des wirtschaftlichen Strukturwandels und die sozialräumliche Segregation sind in jüngster Zeit häufig beschrieben worden. Ein zunehmender Anteil der Bevölkerung, vor allem in den Innenstadtbezirken, ist von Armut betroffen. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger in Berlin stieg jährlich um etwa 5% und liegt jetzt bei 285.000, das sind insgesamt 8,3% der Bevölkerung der Stadt.

Berlin und seine Bezirke

Die 23 Verwaltungseinheiten weisen eine sehr unterschiedliche Sozialstruktur auf und erfüllen je nach ihrer

Lage die verschiedensten Funktionen für die Gesamtstadt.

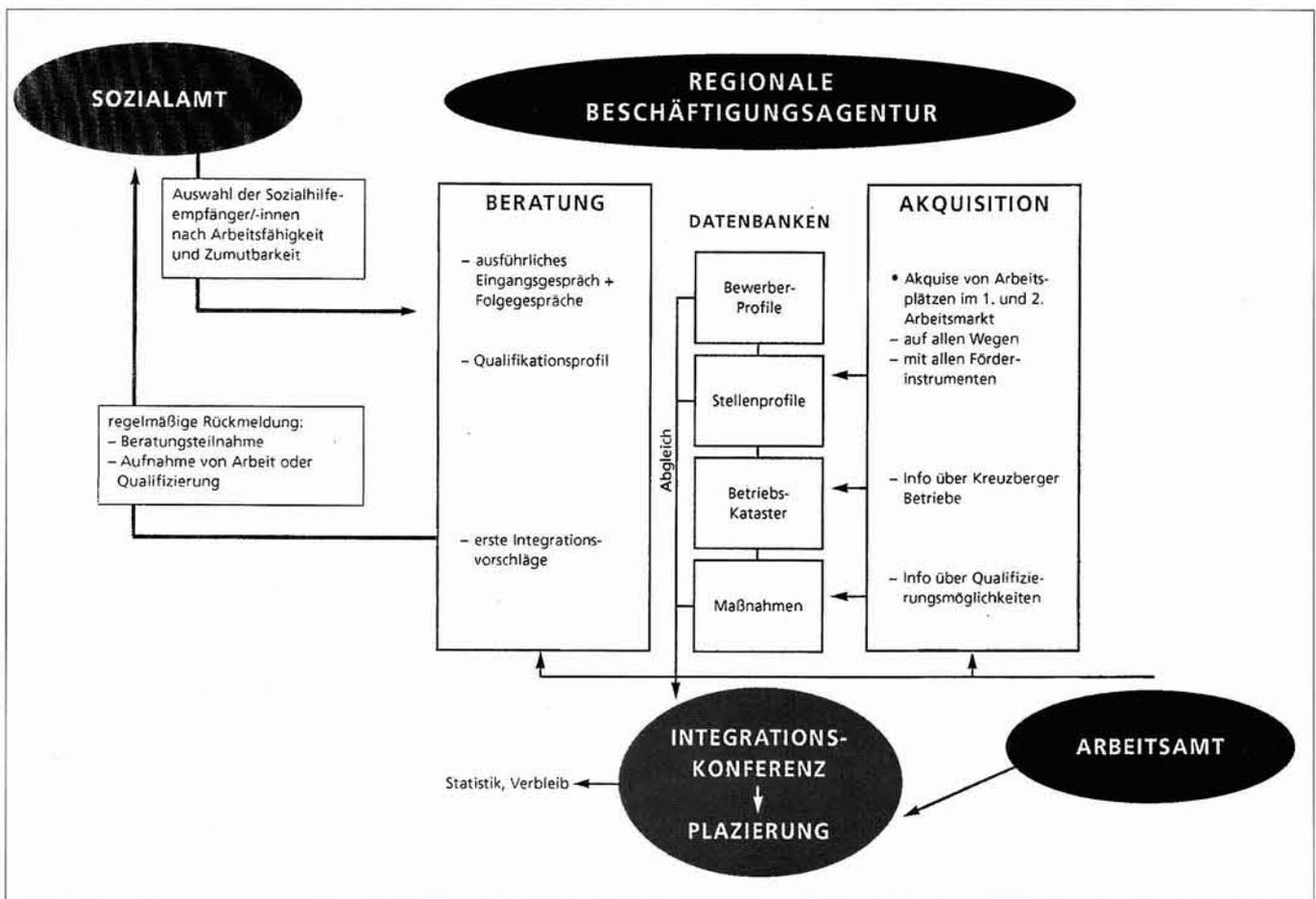
Die dicht besiedelten Bezirke rund um den Potsdamer Platz in kurzer Entfernung zum Sitz des Bundestages sind von der sozialen Entmischung am meisten betroffen. In einem Innenstadtbezirk wie Kreuzberg sind fast 20 % der Bevölkerung auf Sozialhilfe angewiesen, die Arbeitslosenquote liegt bei 25%. Armut wird sichtbar in diesen Stadtteilen, Blumen- und Buchläden schließen, viele Einzelhandelsgeschäfte bieten irgend etwas an und halten ihre Inhaber gerade über Wasser. Die öffentliche Infrastruktur leidet zunehmend spürbar unter der Armut der öffentlichen Hand, dies verstärkt den Wegzug der Mittelschicht.

Diese Entwicklung wurde von den offiziellen konservativen Vertretern der Sozialpolitik auf ministerieller Ebene mit der Vorlage eines Sozialstrukturatlas registriert und von hochrangig besetzten sogenannten Innenstadtkonferenzen unter Beteiligung der Presse öffentlich thematisiert.

Eine Entwicklung von sozialpolitischen Strategien fand jedoch nicht ausreichend statt. Schon kurze Zeit später beschränkte sich die Politik des für Soziales zuständigen Ministeriums wieder auf die Darstellung des „Sozialmissbrauchs“, auf Hinweise zur vorrangigen Verpflichtung der Sozialhilfeempfänger zur Arbeitsaufnahme unter Androhung von Leistungskürzungen und auf Fragen der Meldung ausländischer Straftäter an die Polizeibehörden durch die Sozialämter.

Die für Stadtentwicklung und den Bereich Bauen/Wohnen zuständigen Senatsverwaltungen waren es, die seit Beginn des Jahres 1999 mit der Finanzierung von Quartiersmanagement Impulse zur Stabilisierung und sozialen

* Ingeborg Junge-Reyer, Bezirksstadträtin für Soziales und Gesundheit in Berlin-Kreuzberg.



Integration in ausgewählten Gebieten setzen. Inzwischen zeigt sich, dass Erfolge für soziale Stadtentwicklung mit diesem Instrumentarium wesentlich davon abhängig sein werden, ob es gelingt, die vorhandenen lokalen Akteure verbindlich in Veränderungsprozesse einzubeziehen.

In Berlin – Stadt und Land zugleich – nimmt der Senat als Hauptverwaltung die Leitungsaufgaben der Planung, Steuerung und Aufsicht, die Polizei-, Justiz- und Steuerverwaltung und andere Aufgaben wahr, „die wegen ihrer Eigenart zwingend einer Durchführung in unmittelbarer Regierungsverantwortung bedürfen“. Ein Eingriffsrecht des Berliner Senats in allen Fragen, die das Gesamtinteresse der Stadt berühren, gibt der Hauptverwaltung zusätzliche bedeutende Möglichkeiten, im Einzelfall zu regeln und zu entscheiden. Schließlich weist ein Aufgabenkatalog den Bezirken die Zuständigkeiten für die Durchführung von Gesetzen, die bürgernahe Erledigung von Verwaltungsaufgaben und die Zahlung z.B. der Sozialhilfeleistungen zu. Die konkrete Entwicklung und Gestaltung kommunaler Sozialpolitik bleibt wesentliche und vorrangige Aufgabe der in den Bezirken politisch Verantwortlichen.

Mit dem Beginn des Jahres 2001 werden in Berlin 12 Bezirke in der Größe und mit der Bevölkerungszahl kreisfreier Städte Kommunalpolitik gestalten – ohne tatsächlich über die politischen und praktischen Handlungsmöglichkeiten einer vergleichbaren Großstadt verfügen zu können. Ohne Geld und ohne Macht gestalten zu müssen, treibt zur Verzweiflung oder mobilisiert alle Kräfte.

Zu einem bedeutenden sozialpolitischen Feld der Kommunen sind inzwischen die Bestrebungen geworden, Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik mit der Erfüllung von Aufgaben, die dem Gemeinwohl dienen, zu verbinden. Dazu gibt es viele Beispiele aus Städten, die mit unter-

schiedlichen Modellen Sozialhilfeempfängern und Arbeitslosen Beschäftigung anbieten. Wie sich eine „unechte Gemeinde“, ein Stadtbezirk, schließlich zum größten Arbeitgeber einer Region entwickelt, soll hier geschildert werden.

Segregation und Sozialpolitik in Kreuzberg

Der Verwaltungsbezirk Kreuzberg gehört zu den Innenstadtbezirken Berlins. Ende 1998 hatte Kreuzberg 156.000 Einwohner, die Bevölkerungsdichte beträgt 150 Einwohner je Hektar Gesamtfläche. 74% der Bevölkerung sind im arbeitsfähigen Alter, wobei die Altersgruppe der 20- bis unter 45jährigen mit 49% den höchsten Wert in Berlin erreicht. Kreuzberg hat mit 33,3% (= 52.000 Personen) den höchsten Ausländeranteil aller Berliner Bezirke. Bei Jugendlichen beträgt der Ausländeranteil 47%, bei den Hauptschüler/innen haben 63% nicht die deutsche Staatsangehörigkeit. Der Anteil der Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit erworben haben und gleichwohl Sprach- und andere Integrationshandicaps haben, ist beträchtlich, statistisch aber nicht feststellbar.

Würde man Kreuzberg als eigenständige Gemeinde betrachten, wäre es die Großstadt mit der absolut höchsten Arbeitslosenquote Gesamtdeutschlands. Zwei Drittel der Arbeitslosen sind dem gewerblichen Bereich zuzurechnen, etwa 37% der Arbeitslosen sind Ausländer. Der schon erwähnte Sozialstrukturatlas stellt auf der Grundlage von Variablen wie Gesundheitszustand, vorzeitiger Sterblichkeit, Schulabschluss, Arbeitslosenquote, Sozialhilfebezug, Haushaltseinkommen fest, dass der Bezirk Kreuzberg sich

Kommunale Sozialpolitik versucht, Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik mit der Erfüllung von Gemeinwohl-Aufgaben zu verbinden.

am untersten Ende der Skala befindet und dass der Sozialindex in den letzten Jahren noch einmal um 10% gesunken ist.

Das Sozialamt Kreuzberg betreut insgesamt rund 28.000 Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt. Darunter befinden sich etwa 10.000 Menschen zwischen 18 und 60 Jahren, die zumeist beim Arbeitsamt arbeitslos gemeldet sind und zum Teil Arbeitslosengeld oder -hilfe unterhalb des Existenzminimums beziehen. Jeden Monat werden im Bezirk durchschnittlich 400 neue Anträge auf Sozialhilfe gestellt.

Als vor Jahren mit den Einsätzen von Sozialhilfeempfängern in gemeinnütziger und zusätzlicher Arbeit nach § 19 BSHG begonnen wurde, kritisierten linke Sozialpolitiker dies noch als Zwang zur Sklavenarbeit. Die Sozialhilfeempfänger selbst waren es dann, die fragten „warum gönnt man uns die 120 DM zusätzlich zur Sozialhilfe nicht?“. Inzwischen sind 10% der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt in Schulen, Kindertagesstätten, bei den

Grünflächenämtern, in Kunst- und Kulturzentren oder in den Museen stundenweise eingesetzt. Die Möglichkeit, sogenannte Jahresarbeitsverträge abzuschließen, wird seit Jahren genutzt. Durchschnittlich sind es 100 Mio. DM, die – zugeteilt durch die Hauptverwaltung – von den Bezirken ausgegeben werden für versicherungspflichtige, mit korrekter tariflicher Eingruppierung versehene Arbeitsverträge (in Kreuzberg jährlich für etwa 250 Personen).

Die besondere Herausforderung lag für einen Bezirk mit schwierigster Sozialstruktur darin, über diese üblichen Möglichkeiten hinaus Wege zur Qualifizierung und Beschäftigung zu suchen, die Vermittlungschancen geringer Qualifizierter zu erhöhen und Betrieben Anreize zu zusätzlicher Beschäftigung zu geben.

Mit Unterstützung der Senatsverwaltung für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen, die Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds organisierte, wurde zum ersten Mal Ende 1996 für Berlin die Nutzung der Sozialhilfe als Lohnkostenzuschuss vor allem in Dienstleistungs- und Bürobereichen mit dem Modell „Stelle statt Stütze“ entwickelt. Zunächst misstrauisch beobachtet von der für Soziales zuständigen Senatsverwaltung; wird diese Form der Integration in den Arbeitsmarkt von fast allen Berliner Bezirken genutzt und ist als beispielhaftes Projekt Bestandteil der Wahlwerbung auch der konservativen Parteien geworden.

Die Vermittlung in den sogenannten ersten Arbeitsmarkt ist jedoch vor allem bei Langzeitarbeitslosen ohne Vorbereitung und Begleitung kaum – in vielen Fällen auch gar nicht – möglich. Die Zahlung der bisher für Sozialhilfe eingesetzten Mittel (bis zu 20.000 DM/Jahr), genutzt als Kofinanzierung zu Leistungen aus dem Europäischen Sozialfonds, wurde deshalb auf die Finanzierung von Arbeit bei Beschäftigungs- und Qualifizierungsträgern ausgedehnt, die bisher vor allem mit Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit befasst waren. Die Erprobung dieser Beschäftigungsmaßnahme war zunächst begrenzt auf über 50jährige Kreuzberger. Sie konnten vor allem mit einfacheren Tätigkeiten ihre handwerklichen Fähigkeiten und ihre persönlichen Erfahrungen in sozialen Einrichtungen, bei Trägern der Wohlfahrtspflege oder bei Vereinen, Verbänden und Initiativen zum ersten Mal seit Jahren wieder anwenden. Inzwischen ist diese Art der Finanzierung in einem von der

Senatsverwaltung für Arbeit beschriebenen „Programm zur Integration durch Arbeit“ nach Förderungsart und Zielgruppe sehr differenziert worden und erreicht in ganz Berlin 5000 Beschäftigte.

Arbeit, die von der Kommune nicht finanzierbar wäre, wird inzwischen landesweit außerordentlich erfolgreich durchgeführt – als typisches Beispiel gilt die Arbeit von ehemaligen Sozialhilfeempfängern zur Verbesserung des Wohnumfeldes in ihrer eigenen unmittelbaren Nachbarschaft in den häufig als „soziale Brennpunkte“ bezeichneten Bereichen der Innenstadt.

Neue Instrumente der Beschäftigungsförderung

Die Erfolge bei der Suche nach Beschäftigungsfeldern mit den klassischen Möglichkeiten der „Hilfe zur Arbeit“ und den Modellprogrammen hatten Anfang 1998 eine Phase erreicht, bei der es erforderlich wurde, neue professionelle Hilfen für die Gewinnung von Arbeitsplätzen bei Klein- und Mittelbetrieben und den ortsansässigen Gewerbetreibenden zu erschließen. Darüber hinaus galt es, weitere Beschäftigungsfelder in nachbarschaftlichen Bezügen, bei der Wohnumfeldverbesserung, der Gestaltung und Sicherung des öffentlichen Raumes und der Verbesserung der kommunalen Infrastruktur zu suchen oder neu zu entwickeln und weitere Kooperationspartner – z.B. die Wohnungsbaugesellschaften – zu gewinnen.

Zur Erfüllung dieser Aufgaben formulierten bezirkliche Sozialverwaltung, Senatsverwaltung für Arbeit und das regional zuständige Arbeitsamt Funktion und Finanzierung einer Regionalen Beschäftigungsagentur. Träger der Regionalen Beschäftigungsagentur Kreuzberg ist eine Gesellschaft für berufsbildende Maßnahmen. Den Namen „StellWerk“ hat die Agentur sich als Kurzbezeichnung zur leichteren Identifizierung gegeben.

Personelle Grundlage der Beschäftigungsagentur ist eine vom Arbeitsamt Berlin Südwest bewilligte Arbeitsbeschaffungsmaßnahme mit 18 TeilnehmerInnen, ehemals arbeitslosen Fachkräften aus dem geistes- und sozialwissenschaftlichen, betriebswirtschaftlichen und Verwaltungsbereich. Von diesen Stellen sind fünf vorgesehen für die Beratung von HilfeempfängerInnen, vier für Verwaltung, Dateneingabe, Empfang und Telefonzentrale, sechs für Akquisitionsarbeiten, eine für Datenbankbetreuung und zwei für wissenschaftliche Mitarbeit. Bewilligt wurde die AB-Maßnahme vom 1.9.98 bis 31.8.2000.

Sach- und Regiekosten bestreitet „StellWerk“ aus der verstärkten Förderung nach § 266 SGB III, einem Sachkostenzuschuss des Arbeitsamtes und der Finanzierung der Senatsverwaltung für Arbeit für die Arbeitsplatzsuche durch ein besonders beauftragtes Institut.

Die Beschäftigungsagentur Kreuzberg berät in erster Linie alle arbeitsfähigen und über 18jährigen KreuzbergerInnen, die erstmals einen Antrag auf Sozialhilfe stellen, und sucht für sie Wege zur (Wieder-)Eingliederung ins Berufsleben. Ziel ist, bereits zu Beginn des Sozialhilfebezugs alle alternativen Möglichkeiten aufzuzeigen.

Seit November 1998 haben entsprechend einer Verabredung mit Träger und dem Bezirksamt zwei MitarbeiterInnen des Arbeitsamtes Südwest – ein Arbeitsvermittler und eine Sachbearbeiterin – ihren Arbeitsplatz (mit Anschluss an die Arbeitsamts-EDV) in den Räumen von StellWerk und sind offizielle Arbeitsamtsvertreter für die hier beratenen Sozialhilfeempfänger. Diese beispielhafte Kooperation ist für die Betroffenen und für die Tätigkeit der Agentur sehr vorteilhaft. Sie ermöglicht kurze Wege, die Meldepflichten werden sofort geklärt, aktuelle Stellenangebote des Arbeitsamtes

Die Vermittlung in den sogenannten ersten Arbeitsmarkt ist jedoch vor allem bei Langzeitarbeitslosen ohne Vorbereitung und Begleitung kaum möglich.

können genutzt werden und ein Zugang zu den Förderungen der Arbeitsverwaltung kann unmittelbar erfolgen.

Im Wartebereich der Agentur steht ein PC zur Verfügung, der über Internetanschluss Zugang zum Stelleninformationssystem der Arbeitsverwaltung ermöglicht und bei dessen Benutzung StellWerk-Mitarbeiter Hilfestellung anbieten. Hier können auch Briefe und Bewerbungsunterlagen erstellt werden.

Zur Kontaktaufnahme bekommt die Beschäftigungsagentur aus Datenschutzgründen keine Namenslisten, das Sozialamt verweist die Antragsteller nach einem Vorgespräch beim sozialpädagogischen Dienst auf die persönliche Kontaktaufnahme zu den Mitarbeitern der Beschäftigungsagentur.

Das Erstgespräch dauert im Durchschnitt 30-45 Minuten und beinhaltet die folgenden Schritte:

- Information über den Auftrag und die Arbeit von StellWerk, die rechtliche Situation der HE und die in Frage kommenden Fördermöglichkeiten,
- eine berufsbezogene „Anamnese“ zu schulischen und beruflichen Abschlüssen, Zusatzqualifikationen, bisherigen Tätigkeiten und Qualifizierungen, beruflich nutzbare Privatinteressen, gewünschten Tätigkeiten und Qualifizierungen, Vermittlungseinschränkungen und diversen Angaben, die für die individuellen Fördervoraussetzungen wichtig sind als Grundlage für die Erstellung eines Bewerberprofils,
- erste Vorschläge für eine Integration. Dafür müssen die BeraterInnen umfassend informiert sein über aktuell freie Stellen jeder Herkunft, über besetzbare Maßnahme- und Ausbildungsplätze und über individuelle Förderangebote,
- die feste Vereinbarung eines weiteren Termins, Festlegen der in der Zwischenzeit notwendigen Schritte, wie z.B. das Besorgen zusätzlicher Unterlagen.

Zentrales Moment bei der Beratung ist die Anregung und Unterstützung der Eigenbemühungen. Dass häufig individuelle Lohnkostenzuschüsse bei einer Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt aktiviert und als zusätzliches Argument bei der Stellensuche vom Sozialhilfeempfänger selbst angeboten werden können, ist meist unbekannt und der Hinweis darauf besonders wichtig.

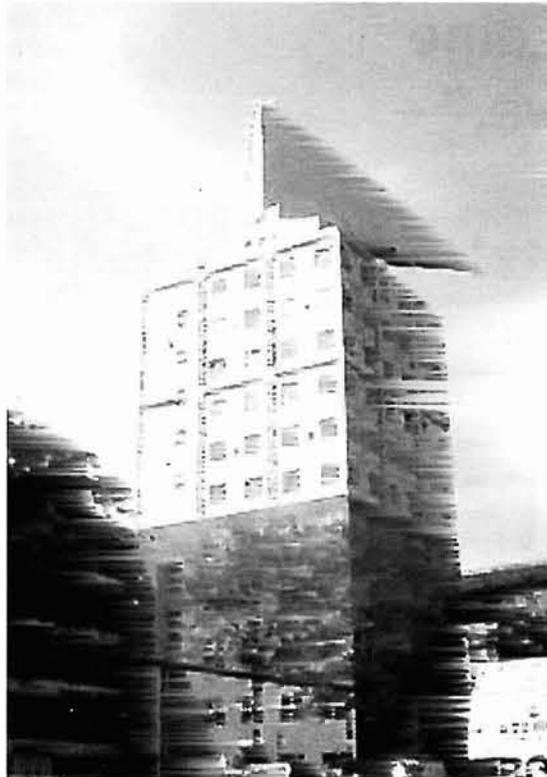
Die Teilnahme an der Beratung und die vereinbarten nächsten Schritte werden auf einem Laufzettel vermerkt, der beim nächsten Vorsprachermin im Sozialamt vorgelegt werden muss. Dort wird der zukünftige weitere Anspruch auf Sozialhilfe geklärt. Es erfolgt im übrigen in den Fällen der unterlassenen Kontaktaufnahme zur Beschäftigungsagentur keine „automatische“ Einstellung der Leistung.

Die MitarbeiterInnen der Akquisitions-Abteilung von StellWerk haben darüber hinaus die Aufgabe, im gesamten Bezirk Arbeitsplätze zu ermitteln und einzuwerben. Dazu gehen sie häufig ganz praktisch von Tür zu Tür bei Gewerbetreibenden und möglichen Beschäftigungsträgern. Sie unterstützen die Betriebe während des Stellenbesetzungsverfahrens und bei der Antragstellung und Abrechnung von Fördermitteln, sie müssen Informationen über alle Weiterbildungsangebote, die den HilfeempfängerInnen zur Verfügung stehen, sammeln, aufbereiten und zur Verfügung stellen und auf Datenbank-Basis eine Vorauswahl für die Besetzung freier Stellen oder Plätze in Beschäftigungsmaßnahmen treffen, mit den BeraterInnen abstimmen und Kontakt mit den Maßnahmeträgern halten.

Möglichkeiten für Erfolge

Innerhalb eines Jahres hat die Regionale Beschäftigungsagentur Kreuzberg 2500 Menschen beraten und etwa ein Drittel davon in Qualifizierung unterschiedlichster Art oder

Foto: Christian Kiel (Berlin)



in Beschäftigung vermittelt, davon über 100 in den 1. Arbeitsmarkt ohne jede finanzielle zusätzliche Förderung an den Arbeitgeber.

Die Arbeit der Beschäftigungsagentur ist einer der Bausteine in den Bemühungen der bezirklichen Sozialabteilung eines Berliner Bezirkes, Beschäftigungsförderung für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger zu organisieren. Ständig sind 2000 Menschen im Bezirk entweder ergänzend zur Sozialhilfe oder mit Sozialhilfemitteln bzw. durch direkte oder indirekte Vermittlung des Sozialamtes vorübergehend oder auf Dauer beschäftigt. Auf diese Weise ist das Sozialamt größter Arbeitgeber im Bezirk Kreuzberg und darüber hinaus.

Es gibt in Berlin weitere Beispiele für kommunale Strategien. Sie sind auf bezirklicher Ebene dann erfolgreich, wenn es gelingt, alle möglichen Akteure auf lokaler Ebene und ein für Modellversuche aufgeschlossenes Ministerium zu gemeinsamem Handeln und zum Einsatz finanzieller Mittel aus unterschiedlichsten Quellen auf ein konkretes Vorhaben zu konzentrieren. Voraussetzung ist der politische Wille, dem Ziel der sozialen Integration Priorität in kommunaler Politik zu geben.

Städte und Gemeinden können Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik selbstverständlich nicht losgelöst von Globalisierungsprozessen und technischem Wandel betreiben. Für Stadtbezirke ist der Rahmen für politische Gestaltung in diesen Politikfeldern noch wesentlich enger. Die Chance für die untere kommunalpolitische Ebene liegt in der Entwicklung von Modellen, wenn sie das Ziel, die soziale Ausgrenzung Betroffener zu vermeiden, mit der Förderung sozialer Aufgaben und der Verbesserung der Lebensbedingungen und der erlebten Umgebung der Menschen in der Stadt verbinden.

spw

Kommunale Strategien sind dann erfolgreich, wenn es gelingt, alle möglichen Akteure auf lokaler Ebene und ein aufgeschlossenes Ministerium zu gemeinsamem Handeln zu gewinnen.

„Es gibt keine Alternative.“ – Dummes Geschwätz!

von Ralf Krämer*

There is no alternative.“ Mit dieser Behauptung wies dereinst Margaret Thatcher Kritik an der von ihr betriebenen neokonservativen Gegenreform zurück. Heute ist es – auf deutsch – die Standardfloskel von Hans Eichel, Gerhard Schröder, Franz Müntefering und anderen., mit der sie Kritik an dem von der Bundesregierung vorgelegten „Sozialabbau 2000“-Programm abzubügeln versuchen. Die Zeiten und Namen ändern sich, doch Dreistigkeit – derjenigen, die das behaupten – und Dummheit – derjenigen, die es glauben – bleiben.

Der schwadronierende Zeitgeist
Der schwadronierende Zeitgeist – der wie üblich „jenseits von rechts und links“ und im Namen eines vorgebliehen „Gemeinwohls“ daherkommt – hat mit den schnöden Realitäten ja sowieso nichts im Sinn. So etwa in „Die Zeit“, die in den meisten wirtschafts- und sozialpolitischen Artikeln sowieso unerträglich ignorant gegenüber den Realitäten einer kapitalistischen Klassengesellschaft ist. Im Leitartikel von Klaus Hartung vom 09.09.99 wird gegen die „egoistischen Inländer“, die zur „Sozialmafia“ gerechneten Anspruchsdener zu Felde gezogen, denen Inflationsausgleich bei Renten (und man darf vermuten: auch bei Löhnen, von Arbeitslosenunterstützung und anderen Sozialleistungen ganz zu schweigen) nicht reicht. Ihnen schleudert er entgegen: Nicht nach „sozialer Gerechtigkeit“ sei zu fragen, sondern: „Was tust Du für Dein Land?“

Als ob das der große Widerspruch wäre! In Staaten, die nicht mehr bloße Herrschaftsformen der besitz-

den Klassen zu sein beanspruchen, wäre die wichtigste Antwort: „Entsprechend der finanziellen Leistungsfähigkeit zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen.“ Damit haben große Unternehmen, Großeigentümer und Großverdiener hierzulande aber schon lange nichts mehr am Hut. Sie predigen Anspruchsbeschränkungen, solange ihr Anspruch auf Einkommens- und Vermögenssteigerung nicht beschränkt wird. Mit der Bescheidenheit wollen sie auch nicht übertreiben: nicht Inflationsausgleich, zweistellige jährliche Steigerungsraten sollten es für sie schon sein – netto versteht sich. So war es in den 16 Jahren Kohl-Regierung, so hat es auch zu bleiben. Dann können sie sogar akzeptieren, dass unter ihnen ein sich „Sozialdemokrat“ nennender Kanzler regiert. Das sind in Wirklichkeit die egoistischen „Interessengruppen“, die das Gemeinwesen ruinieren!

Fakten zur Verteilung und Finanzpolitik

Dies sind die Fakten: Die privaten Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen stiegen 1980 bis 1997 jahresdurchschnittlich um brutto 7,2%, netto 8,2%. Die Einkommen aus unselbständiger Arbeit wuchsen (einschließlich der angeblich so exorbitant gestiegenen Lohnnebenkosten) nur um brutto 4,0%, netto 3,1%. Gleichzeitig stiegen die Verbraucherpreise um jahresdurchschnittlich 2,8%, real blieb da kaum etwas übrig. 1998 setzte sich diese Auseinanderentwicklung fort. Der Anteil der Sozialleistungen an der gesamtwirtschaftlichen Leistung betrug 1980 32,2%, 1997 lag er bei 33,4% – bei massiv gestiegener Arbeitslosigkeit und Transfers nach Ostdeutschland. Nur auf Westdeutschland bezogen betrug die Sozialquote 1997 31,7%. Die hohe Verschuldung erklärt sich also keineswegs aus ungezügelter Sozialansprüchen, sondern daraus, dass im gleichen Zeitraum die effektive Steuerbelastung von hohen Einkommen und Gewinnen und großen Vermögen drastisch gesenkt wurde. Die gesamtwirtschaftliche Steuerquote erreichte 1997/98 einen historischen Tiefstand und lag noch unter den 23% von 1960. Gestiegen ist ausschließlich die Sozialabgaben- und Steuerbelastung der ArbeitnehmerInnen.

Die erste Stufe der Steuerreform hat das nur zu einem kleinen Teil zurückgedreht. Sie kann nicht als Be-

gründung erhalten, jetzt erneut die Unternehmensteuern senken und dies mit einem asozialen Sparprogramm von RentnerInnen und Arbeitslosen bezahlen lassen zu wollen. Auch beschäftigungspolitisch wird die Rückkehr zum Kurs der abgewählten Bundesregierung zum alten Ergebnis führen: anhaltende Massenarbeitslosigkeit. Befreit man sich dagegen von der „Blockade“, höhere Besteuerung hoher Gewinne, Einkommen und Vermögen und consequentere Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Wirtschaftskriminalität auszuschließen, gibt es reichlich Alternativen – finanzpolitisch und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Auch wenn die Unternehmerverbände und die neoliberal vernebelten Medien dagegen aufheulen: aktive staatliche Beschäftigungspolitik ist allemal effektiver als der interessengeleitete Wunderglauben in die Wirkung niedriger Steuersätze. Das zeigt bei aller Bescheidenheit der dortigen Politik auch die relativ erfolgreiche Entwicklung in Frankreich.

Abschied von der „Gerechtigkeitsideologie“ und von „Gleichheitsversprechen“

Aber: es geht nicht um Fakten, sondern ums Prinzip: um den *Abschied von der „Gerechtigkeitsideologie“ und von „Gleichheitsversprechen“*. Wer sich Zukunft nur als Rückfall vorstellen kann vom sozialen Rechtsanspruch und zumindest ansatzweise solidarisch umverteilenden Sozialstaat zum sich Durchschlagen oder um Almosen betteln müssen und zur Eigenvorsorge – deren Voraussetzungen äußerst ungleich verteilt sind, und die solidarische Anerkennung menschlicher Leistungen und Würde, die keinen Markterfolg gebracht haben, nicht einschließt –, dem muss das Einfordern sozialer Gerechtigkeit als „Blockade“ erscheinen. Dass dabei für große Teile der Bevölkerung auch ihre ohnehin begrenzte reale, alltägliche Freiheit unter die Räder kommt – denn frei ist man nur, soweit man es sich leisten kann –, wird nicht gesehen, oder individualisiert: selber schuld.

Dass dabei möglicherweise noch wesentlich mehr auf der Strecke bleibt, geht über den Horizont dieser „Denker“ – um mal nicht Schlimmeres zu unterstellen. Denn wenn soziale Unsicherheit und Ungleichheit zu groß werden und wenn keine politische Gestaltung, sondern nur noch Unterwerfung unter die Imperative

Die hohe Verschuldung erklärt sich keineswegs aus ungezügelter Sozialansprüchen, sondern daraus, dass die effektive Steuerbelastung von hohen Einkommen und Gewinnen und großen Vermögen drastisch gesenkt wurde.

* Ralf Krämer, Dortmund, Sozialwissenschaftler, spw-Redaktion

der Kapitalakkumulation möglich erscheint, kann auch keine Demokratie mehr funktionieren, die den Namen verdient. Es bleibt vielleicht eine Pseudodemokratie, demokratisch verkleidete Herrschaft des großen Geldes, wie wir sie in den USA erleben. Die immer weiter absinkende Wahlbeteiligung weist bereits in diese Richtung. Vielleicht bleibt nicht mal das, wenn man den Abschied vom „Gleichheitsversprechen“ weiter treibt: Wieso eigentlich gleiches Wahlrecht für alle, wo es doch nur auf die vorgeblichen Leistungsträger ankommt? Wieso Gleichheit vor dem Gesetz? Wieso gleiches Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit? Wer sich die realen Ungleichheiten bei den politischen Artikulationschancen, den Chancen vor Gericht, der Lebenserwartung in Abhängigkeit von der sozialen Herkunft und Lage anguckt, von den Auswüchsen der globalisierten Beschaffung und des Handels mit menschlichen Organen ganz zu schweigen, weiss, dass das keineswegs aus der Luft gegriffen ist.

Finanzierungsfragen sind Verteilungsfragen

Auch wo mit angeblich unhinterfragbaren Fakten hantiert wird, um die eigene Politik zum „Sachzwang“ oder zum „Gemeinwohl“ zu stilisieren, ist massenweise dumm-dreistes Geschwätz im Spiel. Dagegen hilft immer, sich klarzumachen, dass Finanzierungsfragen immer und nichts anderes sind als Verteilungsfragen und insoweit nichts mit „Sachzwängen“ und schon gar nichts mit „unseren Kindern und Kindeskindern“ zu tun haben. Sie haben auch selten etwas mit modern oder unmodern zu tun, sondern immer sehr viel mit *rechts* oder *links*. Dabei ist auch heute gar nicht schwierig, ganz allgemein zu definieren, was das ist: Links ist eine Politik, die darauf gerichtet ist, gesellschaftlich bedingte Ungleichheit zwischen den Menschen, insbesondere Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse, abzubauen, rechts eine Politik, die sie vergrößert. Dabei reicht eine angebliche „Chancengleichheit“, die sich um die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen nicht kümmert – und also auch gar keine ist –, nicht aus. Andererseits machen linksradikale Forderungen, für die weder objektive noch subjektive Bedingungen gegeben sind, keinen Sinn.

Auf absehbare Zeit muss es Linken in Bezug auf die Verteilung darum gehen, zwischen den Aneignungsprinzi-

pien „nach den Bedürfnissen“ und „nach der Arbeitsleistung“ ein gesellschaftlich akzeptables Verhältnis herzustellen und die überhand nehmende Aneignung gesellschaftlicher Wertschöpfung im Maße des privaten Eigentums an Kapital wieder zurückzudrängen. Rechts ist es dagegen, diese kapitalistische Aneignung zu fördern, die auf sozialer Ungleichheit beruht und sie tendenziell immer weiter vergrößert. Zentrale Ursache gesellschaftlich bedingter Ungleichheit sind also nach wie vor Eigentums- und Klassenverhältnisse. Aber auch Ungleichheiten zwischen den Lohnabhängigen, den Geschlechtern, Generationen, Menschen unterschiedlicher ethnischer Herkunft usw. sind sehr bedeutsam und dürfen darauf nicht reduziert werden. Zwischen Freiheit und Gleichheit besteht kein grundsätzlicher Widerspruch, weil es darauf ankommt, dass reale – nicht nur formal-rechtliche – Freiheit für alle möglich ist, nicht nur für wenige und auf Kosten anderer.

Der schwadronierende Zeitgeist erweist sich an den dargestellten Kriterien übrigens als keineswegs „jenseits von ...“, sondern als rechts. Ich will mich mit drei Behauptungen auseinandersetzen, die besonders penetrant vorgetragen werden:

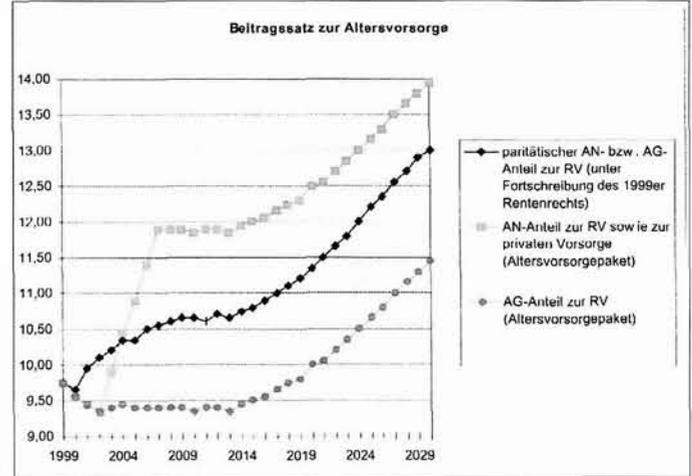
Das Unsoziale der Staatsverschuldung

1. Die Behauptung, die *Staatsverschuldung* müsse durch eine rigide Sparpolitik abgebaut werden, weil sie zu Lasten der kommenden Generationen gehe und deshalb die unsozialste Politik überhaupt sei.

Das ist schon deshalb kurzsichtig, weil damit ja auch Investitionen finanziert werden, die für die Lebenschancen kommender Generationen von großer Bedeutung sind, von der Erneuerung maroder Abwassersysteme bis zum Bildungswesen. Vor allem aber ist es deshalb kompletter Unsinn, weil den nachfolgenden Generationen ja nicht nur die Schulden und die daraus resultierenden Zinszahlungsverpflichtungen vererbt werden, sondern auch die diesen spiegelbildlich gegenüberstehenden Guthaben und Zinsansprüche.

Das tatsächlich Unsoziale von Staatsverschuldung liegt darin, dass die Schulden dem gesamten Gemeinwesen, die Guthaben aber nur den Erben derjenigen Wohlhabenden hinterlassen werden, die die Staatsschuldtitel gekauft haben. Wenn man wirklich dieses Unsoziale mindern

Sondermemorandum der „Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik“, September 1999



wollte, müsste man dafür sorgen, dass die Staatsschuldtitel möglichst geringe Zinsen bringen (am besten wären zinslose Notenbankkredite), ihr Wert durch angemessene Inflation reduziert sowie eine konsequente und hohe Besteuerung der Zinseinkünfte durchgesetzt wird. Zur Verfügung steht hauptsächlich der letztere Weg, als Element einer allgemein höheren Besteuerung hoher Einkommen und großer Vermögen, die im Wesentlichen die bisher von der Staatsverschuldung Profitierenden treffen würde. Dies wäre auch für die Zukunft der Weg, die erforderlichen öffentlichen Ausgaben ohne übermäßige Verschuldung zu finanzieren. Wenn man dagegen die Staatsverschuldung als Argument nimmt, Sozialleistungen abzubauen, um die Reichen schonen zu können, bekämpft man nicht das Unsoziale der Verschuldung, sondern treibt es in geradezu perverser Weise auf die Spitze.

Wenn man die Staatsverschuldung als Argument nimmt, Sozialleistungen abzubauen, um die Reichen schonen zu können, bekämpft man nicht das Unsoziale der Verschuldung, sondern treibt es in geradezu perverser Weise auf die Spitze.

Umlage oder kapitalgedeckte Altersvorsorge

2. Ähnlicher Unfug wird geredet, wenn die Interessen der kommenden Generationen gegen das umlagebasierte *Altersversicherungssystem* und für eine kapitalgedeckte Altersvorsorge in Stellung gebracht werden.

Zunächst würden die Generationen, in deren Erwerbstätigkeitsphase der Übergang zu einer kapitalgedeckten Altersvorsorge fallen würde, doppelt blechen, weil sie neben dem Ansparen eines Kapitalstocks für die eigene Altersversorgung selbstverständlich trotzdem auch weiter für die umlagebasierten Renten der früheren Generationen aufkommen müssten, solange diese noch leben. Vor allem aber ist es eine Illusion des Alltagsverstands zu meinen, Renten

auf Basis eines Kapitalstocks würden nicht ebensosehr wie umlagefinanzierte Renten von demografischen Veränderungen betroffen sein.

Im Alter werden im Wesentlichen nicht früher mal angelegte stoffliche Vorräte verbraucht (etwa aus riesigen Lagern mit jahrzehntealten Konservendosen), sondern jeweils aktuell erzeugte Güter, Dienstleistungen sowie so. Es gilt der grundlegende, nach dem Nationalökonom und Soziologen Mackenroth benannte Satz, dass – abgesehen von Zuflüssen aus dem Ausland – alle Einkommen immer aus der Wertschöpfung der jeweiligen Periode entstammen. Die Frage bei den Renten ist nur, ob sie auf dem Weg über Sozialabgaben oder über Transaktionen im Finanzsektor umverteilt werden. Immer führen sie zu real entsprechend niedrigeren für Konsum oder Sachinvestitionen verwendbaren Einkommen der jeweils Erwerbstätigen. Andererseits ermöglicht wachsendes Sozialprodukt, wovon alle – ob zurecht oder nicht – auch für die Zukunft ausgehen, grundsätzlich wachsende Einkommen für alle Gruppen der Gesellschaft, auch die Nichterwerbstätigen, ganz egal wie die demografische Entwicklung aussieht. Es ist „nur“ eine Frage der Verteilungsverhältnisse und -mechanismen.

Das Problem besteht nun darin, dass gegenwärtig aus der individuellen Perspektive angesichts der demografischen Entwicklung eine kapitalgedeckte Vorsorge höhere Renditen erwarten lässt als die bestehende gesetzliche Rentenversicherung. Das gilt unter der durchaus unsicheren Prämisse, dass die künftige Entwicklung und hohe Verzinsung des Kapitals gesichert ist und dass auch zukünftig keine angemessene Besteuerung der die Masse der Versicherungsleistungen ausmachenden Kapitalerträge erfolgt. Vor allem aber gilt es nur, weil und insoweit sich diese Altersvorsorge an der Absicherung der „schlechten Risiken“ mit hohen Anteilen an vorzeitiger Erwerbsunfähigkeit und an der Finanzierung der diversen sozialen Umverteilungsmechanismen im Rentensystem (zugunsten von Arbeitslosen, Kranken, Familien, Hinterbliebenen, Geringverdienenden etc.) und insbesondere auch an der Finanzierung der aus demografischen Gründen wachsenden Zahl der SozialversicherungsrentnerInnen auch in Zukunft nicht zu beteiligen braucht. Dies wird den verbleibenden sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmern und dem Staat überlassen. De-

ren Belastung steigt um so mehr, je mehr Erwerbstätige der Sozialversicherung und damit dem Solidarausgleich entfliehen und je geringer der Anteil der sozialbeitragspflichtigen Einkommen am gesamten Volkseinkommen wird.

Soziale Reformperspektiven der Alterssicherung

Wenn man diese Zusammenhänge berücksichtigt, kann man über mögliche Reformen der Alterssicherung sachlich diskutieren und dabei genau prüfen, zu welchen erwünschten und unerwünschten ökonomischen und sozialen Konsequenzen sie voraussichtlich führen würden, und wie man sie am ehesten solidarisch und demokratisch gestalten und gegenüber nicht vorhersehbaren Veränderungen absichern kann. Auch Kompromisse und schrittweises Vorgehen sind nötig, aber die Richtung muss stimmen. Dabei kann das umlagebasierte System eine Menge Vorzüge vorweisen. Wenn es das nicht bereits gäbe, müsste man es als besonders moderne soziale Innovation erfinden.

Der zentrale Punkt muss jedenfalls sein, die Trends der 90er Jahre umzukehren: den Beschäftigungsstand zu erhöhen, einen wachsenden Anteil, perspektivisch alle Erwerbstätigen sozialversicherungspflichtig zu machen – nicht nur alle abhängig, auch geringfügig Beschäftigten, sondern auch die Selbständigen und Unternehmer –, und einen möglichst hohen Anteil des Volkseinkommens, also auch der höheren Einkommen und insb. auch der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, zu Sozialbeiträgen heranzuziehen oder steuerlich stärker abzuschöpfen und mit diesen Mitteln steigende Bundeszuschüsse zu den Sozialversicherungen zu finanzieren. Dazu kann auch eine Fortsetzung der ökologischen Steuerreform einen wichtigen Beitrag leisten. Ein weiterer wichtiger Punkt wäre eine rationale Einwanderungspolitik – ohne die Einwanderung der vergangenen Jahrzehnte sähe die demografische Lage schon jetzt erheblich problematischer aus. Diese Maßnahmen würden es ermöglichen, auch in Zukunft wachsende Leistungen bei akzeptablen Beitragssätzen zu gewährleisten.

An der nettolohnbezogenen Rentenanpassung kann dabei grundsätzlich festgehalten werden. Diese beinhaltet nämlich schon die immer geforderte Aufteilung der „demografischen Lasten“ zwischen den Genera-

tionen, weil notwendige höhere Abgaben oder Steuern die Steigerung der Nettoeinkommen und damit auch die Rentensteigerungen mindern. Die davon abrücken wollen, wollen die Lasten einseitig den SozialversicherungsrentnerInnen aufbürden. Auch die meisten ArbeitnehmerInnen werden davon nichts haben, denn sie werden – ob gesetzlich oder durch die Verhältnisse – gezwungen, zusätzlich aus eigener Tasche private Altersvorsorge zu finanzieren. Denn Hintergrund der ganzen Hysterie ist ja das neoliberale Dogma – an dem auch Rot-Grün festhält –, dass die gesetzliche Steuer- und Abgabenbelastung unbedingt gesenkt werden soll. Dass es denjenigen besser gehen soll, die es am meisten nötig haben, darum geht es nicht, auch der SPD nicht mehr. Freuen können sich darüber nur die Versicherungen und Banken, die an der privaten Vorsorge gut verdienen werden, die Unternehmen insgesamt – denn Arbeitgeberbeiträge wird es dazu nicht geben – und die BezieherInnen höherer Einkommen. Wobei selbstverständlich niemand etwas dagegen hat, dass wer private Vorsorge treiben will, um später höheres Einkommen zu haben oder etwas zu vererben, dies tun kann und soll, wie bisher schon. Es sollte aber niemand dazu gezwungen sein. Und globale öffentliche Förderung dieser privaten Vermögensbildung ist sozial- und finanzpolitisch nicht sinnvoll.

Besteuerung von Kapitalerträgen

3. Die Behauptung – die auch unter Linken gelegentlich zu hören ist –, die Besteuerung von Kapitalerträgen sei „doppelte Besteuerung schon versteuerten Einkommens“.

An dieser Stelle ist Eichel mit seinen Plänen zur Besteuerung der Erträge von Kapitallebensversicherungen mal gegen Kritik zu verteidigen. Eichel ist allerdings nicht konsequent genug. Denn es wäre eigentlich geboten, auch realisierte Wertsteigerungen von Immobilien und Wertpapieren, insb. Aktien, also auch Kursgewinne von Fonds aller Art, ohne Spekulationsfrist angemessen zu besteuern (also bei langfristigen Anlagen unter Berücksichtigung eines Inflationsausgleichs). Diese Anlagen, die besonders bei Bevölkerungsgruppen mit höheren Einkommen und Vermögen konzentriert sind, sollen nach den Plänen der Bundesregierung aber auch weiterhin steuerlich in aus sozialer Sicht unververtretbarer Weise privile-

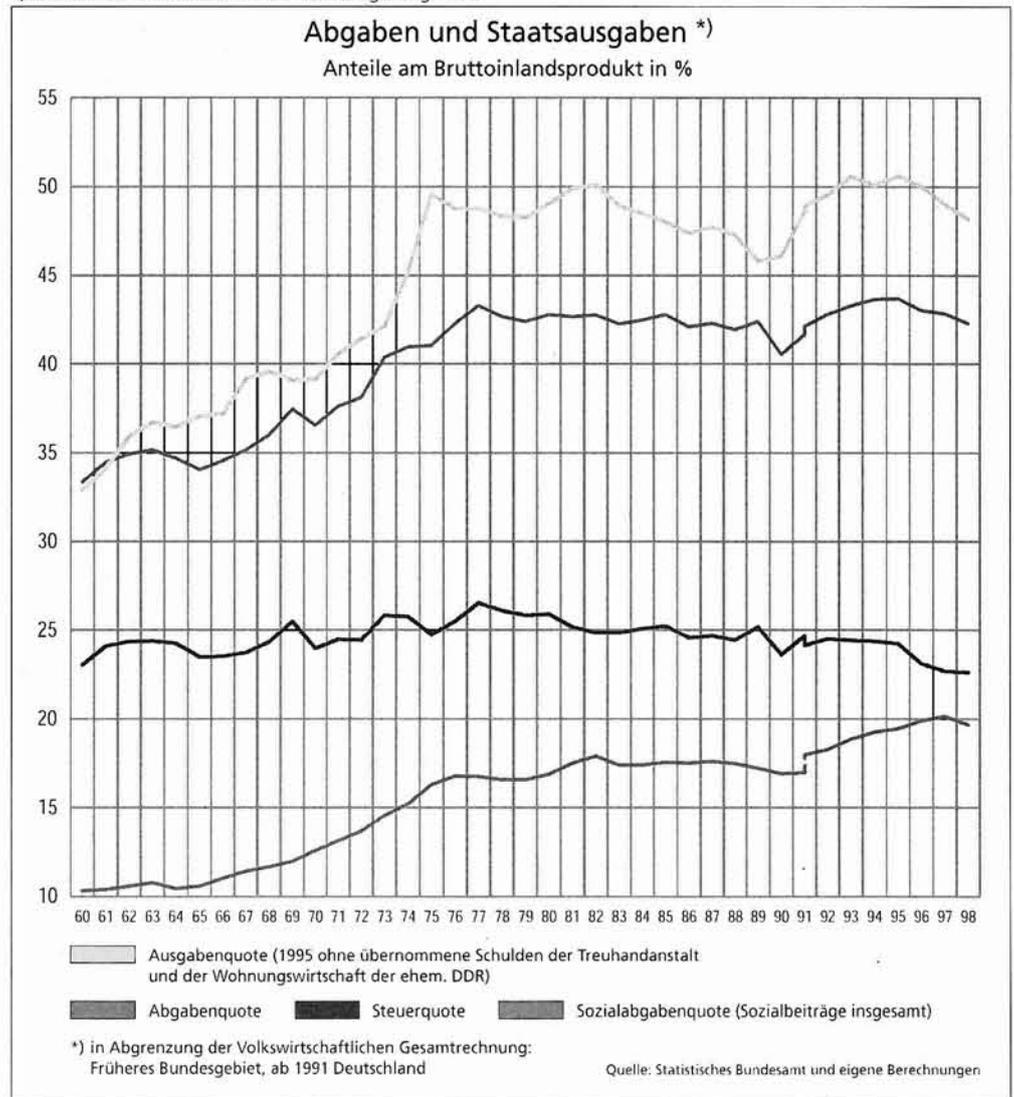
Die Belastung der sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer steigt um so mehr, je mehr Erwerbstätige der Sozialversicherung und damit dem Solidarausgleich entfliehen und je geringer ihr Anteil am gesamten Volkseinkommen wird.

giert werden. Das Argument der angeblichen „doppelten Besteuerung“ geht an der Realität vorbei: Besteuert werden ja keineswegs die aus (möglicherweise, oft auch nicht) versteuerten Einkommen angesparten Vermögensbestände, sondern die darauf erzielten Zinsen oder anderen Kapitalerträge, was jeweils neu zufließende Einkommen sind, die das Vermögen erhöhen (jedenfalls soweit sie die Inflationsrate übersteigen).

Allerdings reagieren oft gerade auch Kleinsparer besonders empfindlich, wenn ihnen Teile ihrer bescheidenen Zinserträge durch die Kapitalertragsteuer gemindert werden. Auch ist Vermögensbildung und ihre öffentliche Förderung bei Bevölkerungsgruppen, die dazu bisher kaum in der Lage waren, zur Förderung ihrer persönlichen Sicherheit und Freiheitspielräume und als Beitrag zum Abbau der Ungleichheit der Vermögensverteilung, durchaus sinnvoll. Die Sparerfreibeträge, die die Erträge kleiner Vermögen weitgehend abdecken, sind deshalb politisch sehr sinnvoll, und ihre Halbierung ab 01.01.2000 nicht unproblematisch (wenngleich in der Sache aufgrund der mittlerweile sehr geringen Inflation und gesunkenen Zinssätze vertretbar, in der fehlenden argumentativen Begleitung mal wieder katastrophal). Notwendig ist beharrliche politische Aufklärung der ArbeitnehmerInnen mit kleinen Vermögen. Ihnen muss immer wieder klargemacht werden, dass sie ein Interesse an einer möglichst vollständigen und angemessen hohen Besteuerung von Kapitalerträgen haben, denn je geringer die Besteuerung von Kapitalerträgen ist, desto höher wird die Besteuerung von Arbeitseinkommen und des Konsums ausfallen. Wenn sie sich also ärgern über ein paar zig oder hundert Mark an Kapitalertragsteuer, ist ihnen klarzumachen, dass ihnen ansonsten wahrscheinlich etliche hundert Mark mehr an Lohn- oder Mehrwertsteuer abgezogen worden wären.

Dies stimmt allerdings nur, wenn wirklich alle Kapitalerträge und nicht nur die Sparguthaben der kleinen Leute effektiv besteuert werden. Dafür ist also durch entsprechende Kontrollen zu sorgen. Abzulehnen ist deshalb sozialpolitisch ziellose steuerliche Privilegierung beliebiger privater Vermögensbildung, die eine Subventionierung von Vermögensbesitzern zu Lasten der Gesamtheit der SteuerzahlerInnen darstellt und die soziale Ungleichheit vergrößert.

Quelle: Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung 1999



Gemeinwohl und Interessen

Zurück zum „Gemeinwohl“: Kanzler Schröder hielt gewerkschaftlichen Kritikern des Sparprogramms der Bundesregierung entgegen, sie verträten nur Interessengruppen, aber nicht das „gemeine Wohl“. Nun sollte jede und jeder wissen, dass „Gemeinwohl“ ein typischer unbestimmter Begriff ist, anders ausgedrückt: eine Leerformel. Es kommt immer darauf an, wie er gefüllt wird. Alle Interessengruppen versuchen, ihre Interessen als „Gemeinwohl“ darzustellen. Je weniger sie dabei von Interessen etwas wissen wollen, desto mehr ist der Verdacht angebracht, dass sie nur ihre eigenen Interessen verstecken wollen. Schon Marx und Engels wussten, dass herrschende oder zur Herrschaft strebende Klassen versuchen, „ihr Interesse als das aller Mitglieder der Gesellschaft darzustellen“ (Die deutsche Ideologie, MEW 3, S. 47).

Auch das gültige Berliner Grundsatzprogramm der SPD weiss das noch und fordert: „Wir brauchen ein

breites Reformbündnis mit möglichst vielen Gruppen und Kräften, weil wir den Widerstand derjenigen zu überwinden haben, die alles zum Fortschritt erklären, was ihren Gewinnerwartungen, ihrer wirtschaftlichen und politischen Macht zugute kommt.“ Dass der eigene Parteivorsitzende und Bundeskanzler Exponent des Versuchs ist, ein Bündnis aus Großkapital und „neuer Mitte“ zu schmieden, um den Widerstand derjenigen in Gesellschaft und SPD zu brechen, die an sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit als Zielen fortschrittlicher Politik festhalten, war da eigentlich nicht vorgesehen. Kein Wunder, dass die SPD-Spitze jetzt der Auffassung ist, sie bräuchte ein neues Grundsatzprogramm (in dem solche und ähnliche Sätze dann nicht mehr vorkommen werden). Auch dazu gäbe es eine Alternative. Um ein bekanntes SPD-Mitglied aus NRW zu zitieren, der damals aber nicht Schröder meinte: „Der Kerl muss weg!“

Die Mehrheit hat ein Interesse an einer möglichst vollständigen und angemessen hohen Besteuerung von Kapitalerträgen, denn je geringer diese ist, desto höher wird die Besteuerung von Arbeitseinkommen und des Konsums ausfallen.

spw

Alternativen der Steuerpolitik

von Detlev von Larcher*

Nach einem kurzen Winter mit beachtlichen Reformen, gerade in der Steuerpolitik, schwenkt die rot-grüne Koalition seit einigen Monaten auf einen Kurs um, der wesentliche Fortschritte wieder zunichte macht. Sowohl die konkreten Schritte als auch der ideologische Überbau lassen kaum noch eine sozialdemokratische Handschrift erkennen. Auch der gelegentliche Hinweis, daß der sozialen Gerechtigkeit schon mit dem Steuerreformgesetz 1999/2000/2002 Genüge getan sei, kann dies nicht verdecken – zumal diese Steuerreform zuletzt von verschiedenen führenden Sozialdemokraten in Frage gestellt worden ist.

Unternehmensteuersenkung und Kinderfreibeträge

Die beiden wichtigsten aktuellen Reformvorhaben zeigen deutlich, wo es langgeht. Die Unternehmenssteuerreform soll den Unternehmen bereits im ersten Jahr 8 Mrd. DM Entlastung bringen. Da die Wirkung einiger Gegenfinanzierungsmaßnahmen im Laufe der Zeit nachläßt, wird das Entlastungsvolumen später weiter ansteigen. Die politisch gewollte effektive Mehrbelastung der Großunternehmen um 10 Mrd. DM durch die Schließung von Steuerschlupflöchern im Rahmen des Steuerentlastungsgesetzes wird also wieder an diese zurückgegeben. Unterdessen werden im Rahmen der „Zukunftsprogramm“ genannten Operation zur Haushaltskonsolidierung umfangreiche Kürzungen im Sozialbereich anvisiert. Die mit dem Steuerentlastungsgesetz er-

folgte Umverteilung von oben nach unten wird teilweise wieder rückgängig gemacht.

Weniger dramatisch ist in der Gesamtbetrachtung die Neuordnung des Familienleistungsausgleichs, die der Koalition durch ein zum passenden Zeitpunkt veröffentlichtes Urteil des Bundesverfassungsgerichts aufgezwungen wurde. Grundsätzlich ist der weitere Ausbau der steuerlichen Familienförderung ja zu begrüßen und auch seit jeher Bestandteil der sozialdemokratischen Programmatik. Fehlenden Mut (oder Willen) zu Reformen offenbart aber manches „Detail“. So wurde einerseits die ursprünglich im zur Finanzierung einer weiteren Kindergelderhöhung ab 2002 im Steuerentlastungsgesetz vorgesehene (und dann wegen der Zusammenfassung aller familienrelevanten Punkte im Familienleistungsausgleichsgesetz wieder herausgenommene) Kappung des Splittingvorteils für Ehegatten verworfen, obwohl ja nun ein viel größerer Gegenfinanzierungsbedarf besteht.

Andererseits wurde das Modell eines Kindergrundfreibetrages aufgrund von verfassungsrechtlichen Bedenken des Justizministeriums wieder verworfen. Der Kindergrundfreibetrag hätte die Steuermindereinnahmen relativ gering ausfallen lassen und Geringverdienern im Bereich des Eingangsteuersatzes eine genauso hohe Entlastung wie Spitzenverdienern gewährt. Die unter Verfassungsrechtlern offenbar unumstrittene Argumentation des Justizministeriums gegen dieses Modell war, daß auf diese Weise eine Vielzahl von Steuertarifen geschaffen worden wäre, und daher die Gleichmäßigkeit der Besteuerung nicht gewährleistet sei. Dennoch hätte politisch energischer die Frage gestellt werden können, warum denn die Existenz von bereits jetzt zwei verschiedenen Steuertarifen, nämlich Grund- und Splittingtarif, dann rechters, oder wie manche sogar meinen, von der Verfassung vorgegeben sein soll.

In beiden Punkten, Splitting und Kindergrundfreibetrag, ist allerdings das letzte Wort noch nicht gesprochen. Beides wird wieder aktuell, wenn die 2. Stufe des Familienleistungsausgleichs, die den Systemwechsel bringen soll, zur Diskussion steht. Doch zunächst bleibt auch hier festzustellen: Die unteren Einkommen werden nur in bescheidenem

Umfang entlastet, Spitzenverdiener dagegen großzügig bedacht.

Absurde Struck-Vorschläge

Kaum auszumalen ist vor diesem Hintergrund, was der SPD passiert, wenn sich nun auch noch die Debatte verfestigt, die Peter Struck mit seinen öffentlichen Überlegungen zur weiteren Reform der Einkommensteuer losgetreten hat, offenbar um die Vermögensteuerdebatte zu ersticken: Die 1:1-Übernahme des Steuerreformkonzepts der FDP, das auch 2002 fernab jeglicher fiskalischen Realisierbarkeit liegen wird, wird für sozialdemokratische Klientel, selbst einschließlich derjenigen, die in der „neuen Mitte“ vermutet und so heftig umworben werden, kaum vertrauensbildend wirken.

Von der Senkung des Spitzensteuersatzes um weitere 13,5% gegenüber dem für 2002 beschlossenen Satz würden eben nur gut verdienende Singles und sehr gut verdienende Verheiratete profitieren. Die schon beim Steuerentlastungsgesetz nicht gerade üppig bedienten mittleren Einkommen könnten sich – ebenso wie Geringverdiener – trotz der optisch beeindruckenden Steuersatzsenkungen nur über wenig mehr netto freuen, wenn sie nicht gar vom Tabula-rasa-machen bei den vermeintlichen Steuervergünstigungen so stark betroffen wären, daß sie draufzahlen.

Es mag dem Fraktionsvorsitzenden und anderen, die ihn unterstützt haben, entgangen sein, daß im Rahmen des Steuerentlastungsgesetzes bereits wesentliche große Steuerschlupflöcher gestopft worden sind. Insbesondere ist der übermäßigen Nutzung von Sonderabschreibungen durch die Mindestbesteuerung ein Riegel vorgeschoben worden. Ob dieser stabil genug ist, wird man erst in einigen Jahren beurteilen können. Auch die Bildung von Rückstellungen wurde, gegen erheblichen Widerstand vor allem aus der Versicherungs- und Energiewirtschaft, auf ein vernünftiges Maß eingeschränkt. Darüberhinaus sind bereits zur Finanzierung der Unternehmenssteuerreform deutliche Senkungen der regulären Abschreibungssätze fest eingeplant. Weitere Möglichkeiten zur Verbreiterung der Bemessungsgrundlage ergäben sich daher vorzugsweise bei der Besteuerung der Arbeitnehmer, so beim Arbeitnehmerfreibetrag und bei den Nacht- und Wochenendzuschlägen. Das Vo-

Da die Wirkung einiger Gegenfinanzierungsmaßnahmen im Laufe der Zeit nachläßt, wird das Entlastungsvolumen der Unternehmenssteuerreform von im ersten Jahr 8 Mrd. DM später weiter ansteigen.

* Detlev von Larcher MdB, Weyhe bei Bremen, ist Mitherausgeber der spw, Koordinator des Frankfurter Kreises.

lumen solcher Änderungen würde allerdings wohl kaum eine Senkung des Spitzensteuersatzes auf 45%, geschweige denn auf 35% finanzieren. Auch für die Zeit nach 2002 sind derartige finanzielle Spielräume kaum zu erwarten.

Fadenscheinige Einwände gegen die Vermögensteuer

Die im Zusammenhang mit dem „Zukunftsprgramm 2000“ stärker gewordene Diskussion über die Wiedereinführung der privaten Vermögensteuer zeigt deutlich, daß maßgebliche Kräfte in der SPD auch ideologisch vom Topos „Gerechtigkeit“ Abschied nehmen, der wesentlich für den Wahlsieg im September 1998 verantwortlich war. Die Forderung, die mit den starken Schultern mehr Lasten tragen zu lassen, wird heute mit den gleichen fadenscheinigen Argumenten weggewischt, die in der Auseinandersetzung um das Jahressteuergesetz 1996 von der damaligen Koalition angeführt wurden, um den Wegfall der Vermögensteuer (durch Nichtanpassung an das Verfassungsurteil) zu rechtfertigen.

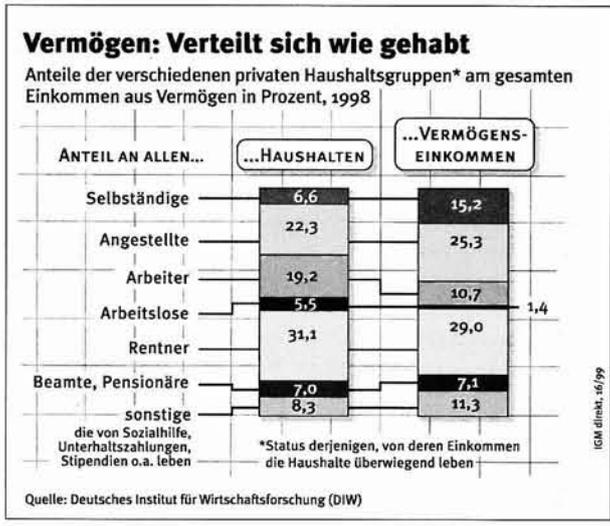
So wird beispielsweise der sogenannte Halbteilungsgrundsatz, den das Bundesverfassungsgericht ein passant in sein Urteil zur Vermögen- und Erbschaftsteuer hineingeschrieben hat, herangezogen, um eine mögliche Neuauflage der Vermögensteuer von vornherein als verfassungswidrig zu diskreditieren. Dies war ein bevorzugtes Argument der konservativ-liberalen Koalition, als die SPD in der Auseinandersetzung um das Jahressteuergesetz für eine verfassungskonforme Neuregelung der Vermögensteuer warb. Nach diesem umstrittenen Grundsatz müßte den Steuerpflichtigen nach allen Steuern mindestens die Hälfte ihres Einkommens verbleiben. Die Frage, wie hoch die Gesamtsteuerbelastung denn sein darf, stand jedoch gar nicht zur Entscheidung an. Der „Halbteilungsgrundsatz“ ist deshalb eher ein lässig hingeworfenes ceterum censio als ein für den Gesetzgeber bindender Spruch. Hätte das Bundesverfassungsgericht sich mit der Frage der Gesamtsteuerbelastung auseinandergesetzt, hätte es auch die Verbrauchsteuern nicht außen vor lassen dürfen und darüber hinaus definieren müssen, was für ein Einkommensbegriff zugrunde zu legen ist.

Weiter wird behauptet, bei der Vermögensteuer stehe das Steuerauf-

kommen in keinem sinnvollen Verhältnis zum Aufwand. In der Tat war die bis 1996 erhobene Vermögensteuer sehr verwaltungsaufwendig, dies aber insbesondere wegen der notwendigen Pflege der Einheitswerte für Grundvermögen. Da das Bundesverfassungsgericht aber gerade deren Anwendung untersagt hat, liegt es nahe, ein einfacheres Bewertungssystem zu entwickeln.

Auch die Trennung von betrieblichem und privatem Vermögen, die für eine (entsprechend dem Wahlprogramm der SPD) ausschließlich auf Privatvermögen erhobene Vermögensteuer ja notwendig wäre, wirft keine grundsätzlich unüberwindbaren Probleme auf. Vermögensteuern in einer Reihe von anderen Ländern zeigen dies. So könnte beispielsweise die Freistellung betrieblichen Vermögens auf das tatsächlich betrieblich genutzte Vermögen, also Sachanlagevermögen und Vorräte beschränkt werden. Oder aber, man argumentiert pragmatisch: Wer sein Privatvermögen als Betriebsvermögen ausweist um der Vermögensteuer zu entgehen, muß damit zugleich jegliche Möglichkeit, Vermögenseinkünfte vor der Einkommensteuer zu verstecken, in den Wind schreiben. Die Vermögensteuer wäre dann quasi ein Hilfsinstrument, um eine möglichst lückenlose Erhebung der Einkommensteuer durchzusetzen.

Unvermeidlich und sehr undifferenziert ist auch das Argument, eine Vermögensteuer würde zu Kapitalflucht führen. Richtig ist lediglich, daß ein Anreiz besteht, Vermögen im Ausland zu erwerben, um es dem deutschen Fiskus besser (illegal) verheimlichen zu können. Dies ist Steuerflucht, die es natürlich mit allen Mitteln zu bekämpfen gilt, aber keinesfalls gleichbedeutend mit ökonomisch nachteiliger Kapitalflucht, die etwa bei der Geldanlage in Fremdwährungen (auch bei inländischen Banken) vorläge. Die Gefahr einer Kapitalflucht aufgrund der Vermögensteuer wäre daher nur insoweit gegeben, als etwa im Ausland Aktien ausländischer Unternehmen erworben werden (weil ja bislang nur wenige deutsche Unternehmen an ausländischen Börsen gehandelt werden) und dies nicht durch einen (nach Marktgesetzen eigentlich zu erwartenden) Kapitalzufluß von nicht steuerpflichtigen Ausländern wettgemacht würde. Im Übrigen ist nicht erkennbar, warum nicht auch



eine durchaus erwünschte Flucht in die Bildung von produktivem Betriebsvermögen stattfinden sollte.

Sonderabgabe auf große Privatvermögen

Bei genauerem Hinsehen entpuppen sich praktisch alle Argumente, die gegen die Wiedereinführung einer Vermögensteuer vorgebracht werden, als fadenscheinig und wenig robust. Zum Schluß bleibt nur noch eines, das trifft: Die Länder wollen nicht. Wenn die Länder aber mehrheitlich dabei bleiben, daß sie keine Einnahmen aus einer Vermögensteuer wünschen, könnte man daran denken, eine einmalige Vermögensabgabe nach dem Vorbild des Lastenausgleichs zu erheben. Deren Aufkommen stünde allein dem Bund zu. Es ist allerdings noch unklar, ob hierfür eine einfachgesetzliche Regelung unter Bezugnahme auf die in Art. 106 Abs 1 Nr. 5 GG erwähnten einmaligen Vermögensabgaben, die dann auch nicht zustimmungspflichtig wäre, ausreicht. Eine staatliche Ausnahmesituation, die das Bundesverfassungsgericht für eine solche, möglicherweise in die Vermögenssubstanz eingreifende Abgabe verlangt, liegt in Gestalt der Herstellung der deutschen Einheit und des nach wie vor hohen Transferbedarfs vor. Die Abgabe wäre in diesem Begründungszusammenhang zweckgebunden für einen Sonderfonds – etwa für Investitionen in den neuen Bundesländern- zu erheben.

Konkret könnte eine solche einmalige Abgabe auf das am 1.1.1999 vorhandene Privatvermögen erhoben werden und 10% des die Freibeträge übersteigenden Vermögens, die in zehn gleichen Jahresbeträgen zu leisten wären, betragen. Je Haushalt wird ein Freibetrag von 300.000 DM

Auch beim Familienleistungsausgleich bleibt festzustellen: Die unteren Einkommen werden nur in bescheidenem Umfang entlastet, Spitzenverdiener dagegen großzügig bedacht.

Bei genauerem Hinsehen entpuppen sich praktisch alle Argumente, die gegen die Wiedereinführung einer Vermögensteuer vorgebracht werden, als fadenscheinig und wenig robust.

für das Familiengebrauchsvermögen (selbstgenutztes Wohneigentum) berücksichtigt; außerdem bleibt je Person ein für alle Vermögensarten anwendbarer Freibetrag von 200.000 DM.

Diese Freibeträge würde von gut 2 Millionen Haushalten überschritten; das Aufkommen der Vermögensabgabe würde gut 200 Mrd. DM, also zehn Jahre lang mehr als 20 Mrd. DM jährlich betragen. Damit würde ein echter Konsolidierungsbeitrag von den Besitzern großer Vermögen verlangt.

Die Einmaligkeit der Abgabe führt dazu, daß der Erhebungsaufwand im Verhältnis zum Aufkommen sehr ge-

ring bleibt. Der Rückgriff auf einen bereits vergangenen Stichtag gewährleistet darüberhinaus, daß Gestaltungen und Umgehungen weitestgehend unterbunden werden. Eine nachträgliche Steuerflucht ins Ausland ist ebensowenig möglich wie die Umdeklaration von Privat- zu Betriebsvermögen.

Für den Fall, daß die verfassungsrechtlichen Bedenken gegen eine solche Vermögensabgabe erhärten, könnten die genannten Eckpunkte natürlich ebenso für eine jährlich zu erhebende einprozentige Vermögensteuer zugrundegelegt werden. Deren Aufkommen würde jedoch den jeweiligen Ländern zufließen.

Natürlich muß mit erheblichem Widerstand gegen diese Vermögensabgabe gerechnet werden. Aber gleichzeitig kann die SPD so Vertrauen in ihre Steuer- und Finanzpolitik zurückgewinnen. Die Vermögensabgabe könnte verdeutlichen, daß die oben beschriebenen Gesetzgebungsvorhaben nicht einer für die SPD neuen Logik der Umverteilung von unten nach oben folgen, sondern im wesentlichen Strukturreformen sind, die für sich genommen nicht ohne Verteilungswirkungen sein können. Es muß jedoch unmißverständlich klar sein, daß die SPD weiterhin für eine gerechtere Einkommens- und Vermögensverteilung insgesamt eintritt. spw

Die Gesetzliche Krankenversicherung am Ende der 90er Jahre

Reformnotwendigkeiten und Reformziele

von Christopher Hermann*

I. Prämissen für die Gesundheitspolitik in Deutschland

Gesundheitspolitik in hochentwickelten Industriestaaten vollzieht sich prinzipiell vor allem auf drei Ebenen: einer medizinischen, einer ordnungspolitischen und einer ökonomischen. Dabei geht es

- *medizinisch* um die bestmögliche Qualität und Effektivität bei der Gesundheitsversorgung,
- *ordnungspolitisch* um die Organisation eines monetär freien oder eingeschränkten Zugangs der Menschen zu den erforderlichen gesundheitlichen Versorgungsleistungen,
- *ökonomisch* um eine möglichst kostengünstige Bereitstellung von Gesundheitsleistungen, also die möglichst optimale Verbindung von Effektivität mit Effizienz bei der Versorgung.

In historischer Dimension wie im internationalen Vergleich war und ist die GKV ein angesehenes Erfolgsmodell.

Gerade der letzte Aspekt verdeutlicht, dass alle drei Zielfelder in einem dauerhaften und schwierigen Konflikt miteinander stehen. Zielkonflikte treten auf verschiedenen Handlungsebenen auf (zwischen Effizienz und Qualitätsoptimum, professionellem Handeln und Patientenautonomie, Versicherungs- und Bedarfprinzip, Krankenkassen und Leistungserbringern usw.). Abhängig von jeweiligen Partikularinteressen sind auch die Prioritäten bei der angestrebten Verwirklichung der Ziele höchst unterschiedlich.

Auf dieser Bühne vollzieht sich allgemein und speziell auch Gesundheitspolitik und die Bearbeitung ihrer Probleme in Deutschland.

Dabei ist folgendes von entscheidender Bedeutung: Trotz sich bereits seit Ende der 70er Jahre verschärfender Konflikte folgt aus den Zielkonflikten für die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) als zentralem Fundament des Gesundheitswesens *nicht* die „Systemfrage“. Im Gegenteil: In historischer Dimension wie im *internationalen Vergleich* war und ist die

GKV ein angesehenes *Erfolgsmodell*.

Die tradierten Grundstrukturen

- *Pflichtversicherung*: ausschliessliche Beitragsfinanzierung (kein staatlicher Finanzierungsbeitrag),
- *Solidar- und Sachleistungsprinzip*: Einkommensproportionalität der Beiträge bis zur Beitragsbemessungsgrenze führt zu gleichen Leistungen (Ausnahme Krankengeld); Abwesenheit direkter Geldbeziehungen im Versorgungsgeschehen durch Bereitstellung von Sach- und Dienstleistungen durch die Krankenkassen,
- *Korporatistisches Verhandlungsmodell*: Festlegung von Leistungsmengen und Preisen durch Verhandlungen von Krankenkassen und Leistungsanbietergruppen sind robust genug für die erfolgreiche Bearbeitung der anstehenden Aufgaben.

II. Aktuelle Probleme der GKV-Politik

Worum es derzeit zentral geht, ist das Neujustieren der Zielfelder gesundheitspolitischen Handelns für das Jahr 2000 und darüber hinaus. Für die vorurteilsfreie Analyse lässt sich auf die neutralen Betrachter der OECD zurückgreifen, die den Problemhaushalt folgendermaßen bilanzieren¹:

- Im *ambulanten Sektor* fehlt es an durchgreifender Steuerung von Anbieterstrukturen und Überkapazitäten. Es gibt keine nachhaltigen Anreize für eine weniger technikorientierte gesundheitliche Versorgung. Eine umfassende Qualitätsorientierung fehlt ebenso wie das Aufbrechen überkommener Monopolstrukturen.

* Dr. Christopher Hermann, Gruppenleiter im nordrhein-westfälischen Gesundheitsministerium

- Im *Arzneimittelsektor* sind einerseits eingeleitete Massnahmen zur Strukturierung von Qualität und Mengen nicht konsequent verfolgt worden. Andererseits sind preisregulierende Steuerungsregelungen abgeschwächt worden.

- Im *Krankenhausbereich* sind die Grenzen zur ambulanten Versorgung weiterhin viel zu starr. Es fehlt insgesamt an Eigenverantwortlichkeit, Transparenz und Flexibilität für die Akteure.

Zusammenfassend kommt die OECD zu dem Schluss, dass das deutsche Krankenversicherungssystem zwar nach wie vor Beachtliches leiste, aber der dafür mittlerweile eingesetzte *volkswirtschaftliche Ressourcenverbrauch zu hoch* sei. Der dadurch entstehende Problemdruck hat sich in den letzten Jahren deutlich erhöht, da in der letzten Wahlperiode die alte Bundesregierung diesen Problemhaushalt gerade *nicht* bearbeitet hat.

Ausgangspunkt für die *neue* Politikmehrheit auf Bundesebene im letzten Herbst war deshalb insbesondere folgendes:

Zunehmend ins Zentrum gerückt waren zum einen altbackene Vorstellungen wenig origineller Kostendämpfung (Krankenhaus-Stabilisierungsgesetz 96, Beitragsentlastungsgesetz) und zum anderen solche systemschwächender Deregulierung und Privatisierung gesundheitlicher Nachfrage (Leistungsausgrenzungen, Zuzahlungserhöhungen, Elemente der Privaten Krankenversicherung vor allem im 2. GKV-Neuordnungsgesetz). Die konstitutiven Prinzipien der *sozial* orientierten GKV gerieten einerseits zunehmend unter Druck, ohne dass andererseits dauerhaft Beitragsstabilität erreicht wurde. Die Beitragssatzsteigerung 1994 bis 1998 betrug im Mittel 0,5-%-Punkte in West-, und mehr als 1-%-Punkt in Ostdeutschland; sie erreichte historischen Höchststand.

III. Problembearbeitung durch Richtungswechsel

1. GKV-Solidaritätsstärkungsgesetz

Die SPD-geführte Bundesregierung hat mit dem GKV-Solidaritätsstärkungsgesetz (*GKV-SolG*) vom 1.1.1999 Maßnahmen getroffen, um der Hinterlassenschaft der alten GKV-Politik kurzfristig zu begegnen. Das als Vorschaltgesetz angelegte GKV-SolG enthält zur Revitalisierung der sozialen GKV eine Reihe sozial- und

verteilungspolitisch unabweisbarer Regelungen (Absenkung Arzneimittelzuzahlungen, Abschaffung Kopplungsautomatismus Beitragssatz-/Zuzahlungserhöhung, Rücknahme systemfremder „Steuerungselemente“), aber auch Maßnahmen, die den Charakter eines Vorschaltgesetzes deutlich überschreiten.

Daneben tritt ein dritter, höchst sensibler Aspekt: Das GKV-SolG ist trotz der Mehreinnahmen durch die Neuregelung zu den geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen ab 1.4.1999 nur scheinbar solide finanziert (Unterdeckung 1999 rund 2 Mrd. DM). Dieses Menetekel kann nur dann abgewendet werden, wenn eine grundlegende GKV-Strukturreform zum 1.1.2000 tatsächlich gelingt.

2. GKV-Strukturreform 2000

Wesentliche *Prämisse* der *GKV-Strukturreform* muss es sein, den von der OECD aufgezeigten Problemhaushalt zu bearbeiten und die GKV als Eckpfeiler der sozialstaatlichen Ordnung dauerhaft zu stärken. Im weiteren ist angemessen auf die sich ändernden gesundheitlichen Bedarfslagen der Menschen sowie auf die verschärften ökonomischen und verteilungspolitischen Zwänge zu reagieren. Dabei gilt es einige grundlegende gesundheitsökonomische Zusammenhänge in Erinnerung zu rufen.

Das Gesundheitswesen bildet einen Wirtschaftszweig, der besonderen Gesetzmäßigkeiten unterliegt und dessen volkswirtschaftlicher Ressourcenverbrauch deshalb grundsätzlich nicht begrenzt ist. Ärzte definieren Gesundheit und/oder Krankheit. Sie entscheiden über Behandlungsbedürftigkeiten und Behandlungsarten. Sie steuern die Nachfrage nach Gesundheitsleistungen im weiten Umfang autonom. Demgegenüber tritt der Patient nicht als der souveräne Konsument auf, den die ökonomische Lehre ansonsten präsentiert. Oder wie es der katholische Sozialethiker und Jesuit Friedhelm Hengsbach ausdrückt: „Gesundheit ist keine Ware, die wie ein Gebrauchtwagen behandelt wird“².

Anbieterdominanz und „Marktversagen“ im Medizinbetrieb haben für die Ziele der GKV-Strukturreform und deren Umsetzung zwei maßgebliche Konsequenzen:

1. Ordnungspolitisch und ökonomisch ist die demokratisch legitimierte Steuerung des Gesamtsystems unabweisbar.

PROKLA

Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft

PROKLA 116

„Rot-Grüner“ Absturz
1999 – 160 S. – DM 20,00
ISBN 3-89691-316-6

Gerade ein Jahr ist es her, daß „Rot-Grün“ einen glänzenden Wahlerfolg erlebte. Nicht nur wurde zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik eine Bundesregierung tatsächlich *abgewählt*, mit den Grünen war in der Regierung erstmals eine Partei vertreten, die ihre Gründung und ihren Aufstieg den außerparlamentarischen Protestbewegungen der späten 60er und 70er Jahre sowie der Friedensbewegung der 80er Jahre zu verdanken hatte. In diesem einen Jahr ist es der rot-grünen Regierung allerdings gelungen, auch noch die minimalsten Erwartungen, die man in sie gesetzt hatte, zu unterbieten. „Rot-Grün“ befindet sich nicht nur in den letzten Umfragewerten im Sturzflug, „Rot-Grün“, verstanden als Projekt einer wenigstens ansatzweisen Alternative zur konservativ-neoliberalen Politik der Vorgängerregierung, ist bereits in diesem ersten Regierungsjahr abgestürzt – und bei den Landtagswahlen in Thüringen wie auch bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen bei den Wählerinnen und Wählern entsprechend durchgefallen.

Es schreiben z.B.

Frieder Otto Wolf über „Zukunft und Gegenwart einer Illusion“,

Achim Brunnengräber/Christian Sock über „Global Governance: ein neues Jahrhundertprojekt?“,

Stephan Lessenich über „Die neue deutsche Sozialstaatsdebatte und die Dialektik sozialpolitischer Intervention“,

Jan Prieue/Thomas W. Sauer über „Grüne Wirtschaftspolitik ohne Reformprojekt“,

Heiner Busch über „Das polizeigrüne Europa“ und warum eine „rot-grüne“ Regierung nicht viel verändert;

Michael Heine/Hansjörg Herr über „Die beschäftigungspolitischen Konsequenzen von „Rot-Grün“.

Die PROKLA erscheint vierteljährlich und kostet im Abo DM 64,00 (zzgl. Porto) im Jahr.

Probehefte und Abo-Unterlagen bei:

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT



Dorotheenstr. 26a · 48145 Münster
Tel. 0251/6086080 · Fax 0251/6086020
e-mail: dampfboot@login1.com
http://www.login1.com/dampfboot

2. Adäquate Antworten auf veränderte gesundheitliche Bedarfslagen erfordern ebenfalls eine Steuerung des Gesamtsystems.

Ein Mangel an politisch administrativer Steuerung führt ansonsten zu fatalen gesellschaftlichen Ergebnissen mit unverantwortlich hohem volkswirtschaftlichen Ressourcenverbrauch im Gesundheitswesen und mangelndem Schutz vor Gesundheitsrisiken für weite Teile der Bevölkerung.

Das markanteste Beispiel in dieser Richtung bilden nach wie vor die USA mit einem Anteil der Gesundheitsausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 13,6% in 1998 bei gleichzeitig 30 Mio. Menschen ohne jeden Krankenversicherungsschutz und 30 Mio. Unterversicherten³.

Eine rationale Strukturierung des unablässig expandierenden medizinischen Versorgungsangebots bildet deshalb die zentrale *gesundheitspolitische Steuerungsaufgabe*. Prioritär ist die Gestaltung des Versorgungs- und Leistungsangebots der GKV insbesondere durch

1. eine bessere Strukturierung des quantitativen und qualitativen Zugangs zum System,
2. die Öffnung von Handlungsfeldern der Selbstverwaltung zur Optimierung der Wirtschaftlichkeit im System und
3. die gleichzeitige Begrenzung der enormen Ausgabendynamik.

Vor diesem Hintergrund geht der Gesetzentwurf zur GKV-Gesundheitsreform 2000⁴ in deutlicher Distanz zum systemsprengenden Ansatz der Vorgängerregierung die systemischen Probleme der GKV konsequent über Eingriffe auf der Anbieterseite an. Wenn er trotz der aufgrund der Landtagswahlergebnisse in diesem Herbst deutlich schwieriger gewordenen Be-

dingungen parlamentarisch durchgesetzt werden kann, hängen Erfolg oder Mißerfolg von Inhalt und Zuschnitt einer Reihe von Instrumenten ab (Verzahnung, integrierte Versorgung; Stärkung der Hausärzte, Qualitätssicherung, präventive Ausrichtung u.a.).

Letztlich *entscheidend* werden aber vor allem die Regelungen in zwei Schlüsselbereichen, beim *Globalbudget* und im *Krankenhausbereich* sein.

IV. Reformprojekt Globalbudget – Ziele und Inhalte

1. Warum ein Globalbudget?

Das maßgeblich von der SPD beeinflusste Gesundheitsstrukturgesetz (GSG) hat insbesondere 1993 bis 1995 gezeigt, dass ohne Transparenz in die objektive Knappheit der GKV-Ressourcen Rationalisierungsreserven nicht erschlossen, sondern Ineffizienzen und Fehlallokationen begünstigt werden. Rationalisierung ist dabei in einem dynamischen Wirtschaftszweig eine selbstverständliche Daueraufgabe. Das Globalbudget ist deswegen und vor dem Hintergrund der bestehenden Anbieterdominanz maßgeblich ein Instrument zur Optimierung einer effizienteren Zuordnung der vorhandenen Ressourcen.

Sektorale Budgetierung nach GSG-Muster bedeutet aber auch Strukturkonservatismus. Bestehende Fehlsteuerungen, falsche Prioritäten und Unwirtschaftlichkeiten werden fortgeschrieben. An den veränderten gesundheitlichen Problemlagen orientierte Versorgungsformen werden erst vom Globalbudget nicht mehr verhindert, da es *alle* Krankenkassenausgaben umfaßt.

Finanzwirtschaftliche Budgetierung und Zielorientierung als alltägliche Managementaufgabe gilt eben auch für das „Gesamtunternehmen GKV“. Das Globalbudget gibt den Handlungsrahmen für einen funktionstüchtigen Wettbewerb im Solidarsystem ab.

2. Wo wird das Globalbudget angesiedelt?

Die ersten Ausführungen der Koalitionsfraktionen verunklarten mehr als sie erhellten. Beschrieben wurden lediglich einige Instrumente auf der Vertragsebene, mit denen Krankenkassen ein wie auch immer definiertes Globalbudget gestalten können sollten⁵. Völlig nebulös blieb, was ein Globalbudget eigentlich konkret sein soll und vor allem, wer ist Budgetthal-

ter – bzw. gibt es überhaupt einen – und wem obliegen eigentlich Verantwortlichkeiten bei Budgetüberschreitungen? Globalbudget war letztlich nicht mehr als die Beachtung des bekannten Grundsatzes der Beitragsatzstabilität. Damit rezipierte das Papier den Erkenntnisstand der GKV-Politiker aus Ehrenbergs' Globalsteuerungszeiten. Die Reform kann ihre Ziele aber nicht erreichen, wenn sie in einer Schlüsselfrage in den 70er Jahren bereits Gekochtes nochmals aufwärmt.

Das Gesamtunternehmen GKV braucht kein diffuses Zuständigkeitswirrwarr, bei dem sich die Verantwortung für das Globalbudget im Zweifel in Wohlgefallen auflöst, sondern klare Zielorientierung. Dazu notwendig sind eindeutige Verantwortlichkeiten auch gerade für die Budgeteinhaltung und -haftung. Andererseits darf ein Globalbudget nicht quasi als „Nebenprodukt“ das gegliederte System gleich mit aus den Angeln heben.

Das wäre aber die Folge gewesen, wenn man das Globalbudget, wie im Arbeitsentwurf des BMG vom 30.4.1999 vorgesehen, hinsichtlich der Budgetverantwortung kassenartenspezifisch landes- oder bundesweit angesiedelt hätte. Würde etwa dem Verband der Angestellten Krankenkassen (VdAK) die Budgetverantwortung für die im gegenseitigen Wettbewerb stehenden Ersatzkassen übertragen, bliebe er ein Papiertiger gegenüber den Einzelkassen. Dann änderte sich gegenüber dem Status quo im Prinzip nichts und das Globalbudget würde in der GKV allenfalls soviel Durchschlagskraft entfalten wie früher Beschlüsse der Konzertierten Aktion – also letztlich keine. Oder aber der VdAK erhielte tatsächlich die Instrumente zur Budgetsteuerung und -einhaltung, dann würden Barmer Ersatzkasse, DAK und andere de facto unselbständige Ableger des VdAK. Die Einheitsersatzkasse VdAK und analoge Entwicklungen bei anderen Kassenarten ließen Wettbewerb und Wahlfreiheit zur Farce verkommen. Das GKV-Gefüge würde bürokratisch erstarren, anstatt es in der gebotenen solidarischen Form zu flexibilisieren.

Den Anstieg der Krankenkassenbeiträge zu stoppen und die Beiträge dauerhaft zu stabilisieren, geht weder mit einem bloß „virtuellen Globalbudget“ noch mit dem nochmaligen Anziehen administrativer Detailschrauben, sondern nur mit dem Rückzug auf klare Rahmenvorgaben. Dies

Anbieterdominanz und Marktversagen im Medizinbetrieb haben für die Ziele der GKV-Strukturreform maßgebliche Konsequenzen.



heisst im Ergebnis, dass „Budgethalter“ nur die Einzelkasse sein kann; sie allein hat in unserem GKV-System Haushalts- und Beitragssatzautonomie. Daneben werden die Krankenkassen zwingend in das Budgetmanagement einbezogen (Vertragskompetenz).

3. Welcher Entwicklung folgt das Globalbudget?

Grundsätzlich bestehen mit einer Anbindung an die Grundlohnentwicklung oder mit der Anbindung an die Entwicklung des BIP Alternativen. Bleibt das Arbeitsentgelt – wie nach der Reform vorgesehen – die zentrale Finanzierungsbasis der GKV, garantiert nur die Anbindung an die Entwicklung der beitragspflichtigen Einnahmen (Grundlöhne) Beitragssatzstabilität. Eine Anbindung an das BIP sichert sie nicht, da die Lohnquote seit Anfang der 80er Jahre kontinuierlich sinkt (1982 bis 1994: minus 6% Punkte auf 70,7%). Die GKV-Ausgaben müssen folglich mit immer weniger Aufkommen am BIP finanziert werden – mit der Konsequenz, dass die GKV-Beitragsätze steigen, obwohl der GKV-Anteil am BIP insgesamt weitgehend konstant geblieben ist (Westdeutschland).

Auch wenn die Einnahmenseite der GKV mittelfristig kein Tabu sein darf, führt auch eine solche Anbindung keineswegs zur Stagnation in der GKV-Ausgabenentwicklung. Bei einem prognostizierten Grundlohnanstieg 1999 von 2,2% würde das Ausgabenniveau der GKV um rd. 5,5 Mrd. DM angehoben.

4. Globalbudget versus solidarischer Wettbewerb?

Das Globalbudget ist wesentliches Instrument zur Steuerung der GKV auf der Makroebene. Die mit der Implementierung intendierten Effekte können indessen nur zum Ziel führen, wenn innerhalb des Globalbudgets Krankenkassen und Leistungserbringer einen flexiblen Einsatz der vorhandenen Finanzmittel vereinbaren können, um

- Rationalisierungspotentiale zu erschließen,
- Leistungen dort zu finanzieren, wo Versicherte sie sinnvoll in Anspruch nehmen („Geld folgt der Leistung“),
- neue integrierte Versorgungsformen (Managed-Care-Strukturen) zu schaffen, so wie es der Gesetzentwurf grundsätzlich vorsieht.

V. Reformprojekt Krankenhausbereich – Ziele und Inhalte

1. Warum ist die Krankenhausreform zwingend?

Seit 1970 sind die Ausgaben der Krankenkassen für den Krankenhausbereich doppelt so schnell gestiegen wie ihre Einnahmen. Derzeit geben die Krankenkassen 85 Mrd. DM (1998) für den Krankenhausbereich aus, dies entspricht einem Anteil an den Gesamtausgaben in der GKV von 36,4% (West 36,1%, Ost 37,8%) und stellt historischen Höchststand dar.

Trotz relativ stringenter Kostendämpfungsgesetze erhöhten sich die GKV-Ausgaben für stationäre Leistungen auch im Zeitraum 1992 bis 1998 um 26%, während die Grundlöhne pro Mitglied nur um 15% stiegen.

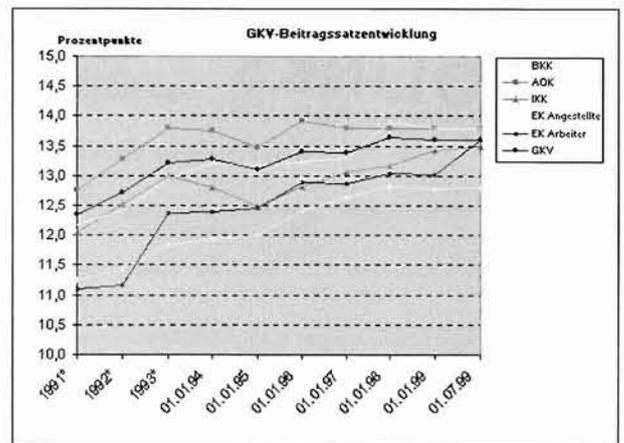
Auch wenn im Zeitraum 1991 bis 1996 11% der Betten abgebaut worden sind, ist die Bettendichte in Deutschland im internationalen Vergleich weiterhin ausserordentlich hoch. Auf 10.000 Einwohner entfallen 72 Betten (Frankreich 46, Niederlande 39, Großbritannien 20). Ebenfalls international sehr hoch ist nach wie vor die Verweildauer mit durchschnittlich 11,4 Tagen (Frankreich 5,9 Tage, Niederlande 9,9 Tage⁶).

Gleichzeitig vollzieht sich der zunehmende Funktionsverlust des klassischen Akutkrankenhauses, bedingt durch den Wandel in Krankheitspanorama, Multimorbidität, steigende Lebenserwartung und den medizinisch-technischen Fortschritt. Neue Operationsmethoden, mehr ambulante Behandlungen und Verweildauerverkürzungen sind möglich.

Die duale Finanzierung wird weder diesen noch den damit verbundenen Anforderungen an das Krankenhaus als einem modernen Dienstleistungsunternehmen gerecht. Sie reisst vor allem den Zusammenhang zwischen Investitionsentscheidungen und daraus resultierenden Folgekosten willkürlich auseinander. Schliesslich werden 80% der Budgets weiterhin über völlig intransparente tagesgleiche Pflegesätze abgerechnet.

2. Welche Ziele hat eine Krankenhausreform?

Wirksame Möglichkeiten zur eigenverantwortlichen Ausgabensteuerung durch die gemeinsame Selbstverwaltung von Krankenkassen und Krankenhäusern sind eine wesentliche Voraussetzung für Beitragssatzstabilität in der GKV. Daraus folgt, dass die Krankenkassen als Finanziers des Lei-



stungsgeschehens wesentlichen Einfluss auf die Versorgungsstrukturen und -kapazitäten im Krankenhaus benötigen und die Krankenhäuser als Unternehmen die notwendige betriebswirtschaftliche Eigenverantwortung. Nur so ist eine flexible Anpassung an die sich ändernden medizinischen und ökonomischen Umfeldbedingungen möglich. Zudem gilt es eine zukunftsorientierte Definition der Rolle des Staates bei der Sicherung notwendiger Versorgungskapazitäten zu finden. Detaillistische staatliche Planung ist nicht nur als gesellschaftlicher Systementwurf historisch gescheitert.

3. Eckpunkte einer Krankenhausreform

3.1 Neuordnung der Finanzierung: Monistik

Die Krankenhäuser als Gesundheitsunternehmen müssen im Wettbewerb mit vergleichbaren Einrichtungen agieren können, ohne Abhängigkeit von staatlichen, insbesondere haushaltsimmanenten Restriktionen und ohne Gängelung durch bisheriges „Schlange stehen“ bei der Investitionsfinanzierung. Was durch das geltende Recht erfolgt, ist Züchtung einer Subventionsmentalität, obwohl lediglich Bruchteile der (berechtigten und weniger berechtigten) Investitionsanforderungen der Krankenhäuser durch ein Land bedient werden können.

Eine rationale Strukturierung des unablässig expandierenden medizinischen Versorgungsangebotes bildet deshalb die zentrale gesundheitspolitische Steuerungsaufgabe.

3.2 Neuordnung der Planung: Wegfall staatlicher Detailvorgaben

Je mehr sich die öffentliche Hand aus der Investitionsfinanzierung zurückzieht, desto weniger gibt es auch auf dieser Ebene eine Begründung für die alleinige Detailplanungshoheit der Länder. 1972 war die öffentliche Finanzierung überhaupt erst Grundla-

INFO LINKS
DIE ARCHIV CD-ROM (1995 BIS APRIL 1999)

Recherchieren in den
Texten von neun
Publikationen
(über 40.000 Artikel):

Infos unter: www.infolinks.de

ak – analyse & kritik	Lateinamerika Nachrichten
Geheim	Links (bis Februar 97)
Bürgerrechte & Polizei / CILIP	Junge Welt (ab 22.5.97)
Antifaschistische Nachrichten	Ila – Zeitung der Informationsstelle
POONAL	Lateinamerika (1996)

Systemvoraussetzungen: Windows ab 3.1, NT ab 3.51, min. 8 MB RAM, CD-Laufwerk

Preis: 99 DM (49 DM als AbonnentIn einer der obigen Publikationen / bitte Abo-Nr. und Publikation angeben). Preis incl. MwSt., zzgl. 5 DM Porto / Verpackung). Bestellung per Vorkasse (104,- DM bzw. 54,- DM per Scheck/bar) bei:
Info Pool Network, Am Treptower Park 28-30, 12435 Berlin, Tel. 030/53 6022 22

ge für den Aufbau einer Krankenhausbedarfsplanung durch die Länder.

3.3 Neuordnung der Vergütung: Durchgängige Leistungsbezogenheit

Über Sonderentgelte und Fallpauschalen zu leistungsgerechten Vergütungen zu kommen, ist zum Scheitern verurteilt. Auf diese Weise ist keine wirklich durchgreifende Reduktion des „Restbudgets“ absehbar. Die Selbstverwaltung ist nicht zuletzt institutionell überfordert, die immer wieder angekündigte Systementscheidung tatsächlich treffen zu können. Krankenhausleistungen brauchen umfassende Transparenz und Vergleichbarkeit.

3.4 Neuordnung des Versorgungsauftrags: Mehr Flexibilisierung

Die Krankenhäuser müssen sich (mehr) öffnen können für integrierte Versorgungsformen, für die verstärkte Aufnahme von ambulanten Tätigkei-

ten, für die Übernahme umfassender gesundheitlicher Versorgungsaufgaben.

4. Operationalisierung von Problemhaushalt und Zielvorgaben

Aus den Vorgaben für eine Krankenhausstrukturreform wird vor allem deutlich, dass es um *inhaltlich und zeitlich synchron zu regelnde Komplexe* geht, die als Problembereiche schon 1988 vom Gesundheitsreformgesetz (GRG) angesprochen wurden: *Übergang zur Monistik, Entgeltsystem, veränderte Krankenhausplanung*. Diese Komplexe dürfen nicht isoliert und weitgehend ohne die notwendige *prozesshafte* Verknüpfung nebeneinander gestellt oder gar getrennt werden. Wer dies tut oder herbeiredet, wird insgesamt scheitern.

Eine sog. Strukturreform auf „kleinem Karo“ kann das Klassenziel nicht erreichen. Wird die Entwicklung der stationären Krankenhausaufgaben *nicht* in rationalere Bahnen gelenkt, wird die *soziale* GKV insgesamt unfinanzierbar, da Beitragssatzstabilität und Lohnnebenkosten weiter steigen und damit zunehmend Akzeptanz und Legitimität des GKV-Systems unterminiert werden.

Notwendig ist deshalb ein *konsequenter Übergang* zum Leistungsbezug für die Tätigkeit von Krankenhäusern und die Steuerung der *konkreten* Leistungserbringung durch transparente Vergütungsregelungen. Den *Ländern* obliegt dabei allgemein dauerhaft die Aufgabe, die Gesamtverantwortung für die ausreichende und zweckmäßige Versorgung der Menschen mit stationären Kapazitäten wahrzunehmen; dies ist *Teil der öf-*

fentlichen Aufgabe der Daseinsvorsorge.

Eine in sich *stimmige, konsistente Gesamtkonzeption* des Gesetzgebers, die ein zeitlich und inhaltlich aufeinander abgestimmtes Vorgehen erreicht, wird von den Regelungen des auf den Weg gebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur GKV-Gesundheitsreform 2000 grundsätzlich realisiert.

Das Vorgehen führt zu grundlegenden Änderungen zwischen 2000 und 2008 über vier Schritte bei der Neustrukturierung des Finanzierungssystems, über sechs Schritte beim Vergütungssystem und über drei Schritte bei der Neustrukturierung der Planung.

5. Eckpfeiler der Krankenhausreform

5.1 Vergütungssystem

Was der Regierungsentwurf zur Einführung eines leistungsorientierten Vergütungssystems vorgibt, verspricht einen konsequenten Weg. Wesentliche gesetzliche Kriterien für die Systementscheidung sind die Schaffung eines umfassenden leistungsorientierten Vergütungssystems, wobei die Fallgruppen insbesondere Komplexitäten und Komorbiditäten berücksichtigen müssen (aufwandsbezogene Darstellung) und der Differenzierungsgrad praktikabel sein muß.

Die Selbstverwaltung hat die Systementscheidung *bis 31.10.2000* zu fällen. Erfolgt dies nicht, wird der BMG *gesetzlich verpflichtet*, Ersatzvornahme bis zum 31.12.2000 vorzunehmen.

Im Jahre 2001 hat die Selbstverwaltung die Bewertungsrelationen der Fallgruppen zu vereinbaren. 2002 läuft dieses System als Probelauf neben der bisherigen Vergütungsregelung. Ab 2003 ist es grundsätzlich *verbindlich für alle Krankenhäuser*.

Kassen und Krankenhäuser vereinbaren prospektiv *fixe Preise* für vereinbarte Leistungsmengen (*kein* floatender Punktwert wie im ambulanten Bereich). Für Mehrerlöse wird auf Landesebene durch die Krankenkassen ein gesondertes Budget in Höhe von *maximal 1% der landesweiten Vergütung* gebildet. Mehrerlöse sind so zu bewerten, dass monetäre Anreize für Mehrleistungen nicht entstehen.

5.2 Krankenhausplanung im GKV-Bereich

An den *bestehenden Kompetenzen* der Länder bei der *Krankenhauspla-*

Detaillistische staatliche Planung ist nicht nur als gesellschaftlicher Systementwurf historisch gescheitert.



nung nach dem KHG gibt es keine rechtlichen Änderungen. Der Gesetzentwurf knüpft vielmehr an einen anderen Sachverhalt an: Die *Automatik des geltenden Rechts*, wonach ein in einem Landeskrankenhausplan aufgenommenes Krankenhaus („Plankrankenhäuser“) auch zwangsläufig von den GKV-Trägern belegt werden muss, entfällt ab 2003. Eine GKV-Finanzierungspflicht setzt vielmehr ab diesem Zeitpunkt zwingend voraus, dass ein *Versorgungsvertrag* mit den Krankenkassen abgeschlossen worden ist. Dabei gelten Krankenhäuser, die Anfang 2003 in den Krankenhausplan eines Landes aufgenommen sind, zunächst als weiterhin durch Versorgungsvertrag zugelassen. Grundsätzlich werden damit Abschluss, Änderung oder Kündigung eines Versorgungsvertrages Verhandlungsgegenstand von Krankenkassenverbänden und Krankenhausträgern, ohne dass staatlicher *Dirigismus* weiterhin Selbstverwaltungshandeln behindert.

Als Grundlage für Abschluss, Änderung oder Kündigung von Versorgungsverträgen schliesst das Land mit den Krankenkassenverbänden bis Mitte 2002 *einvernehmlich einen leistungsorientierten Strukturplan für Versorgungsverträge*. Die Krankenhausträger haben ein Anhörungsrecht.

Zugleich mit Inkrafttreten der Rahmenvorgaben und mit der Einführung des Preissystems ab 1.1.2003 fällt der *Kontrahierungszwang für die Kassen*. Preise und Leistungsmengen der Krankenhäuser sind vertraglich zu vereinbaren. Das Land prüft den Vertrag hinsichtlich der Einhaltung der in den Rahmenvorgaben festgelegten Kriterien. Falls eine Kündigung eines bestehenden Versorgungsvertrages bzw. der Nichtabschluss die Rahmenvorgaben verletzen, hat das Land der Kündigung zu widersprechen bzw. den Versorgungsvertrag mit Wirkung für die Krankenkassen abzuschließen.

5.3 Übergang zur Monistik

Mit dem neuen Preissystem ab 2003 erfolgt die *Einbeziehung der heutigen Pauschalen*, so dass ein Preis erzielt wird, der den gesamten Aufwand für eine Leistung mit Ausnahme der langfristigen Anlagegüter umfasst.

Die Finanzierung der Pauschalinvestitionsanteile in den Preisen erfolgt 2003 durch die Länder (2,3 Mrd. DM) entsprechend ihrer Gesamthöhe im Jahre 1998 und wird in den Folgejah-

ren um jeweils 20% abgeschmolzen (Endzeitpunkt 2007). Das leistungsorientierte Preissystem, die verstärkte ambulante Leistungserbringung, der Abbau von Fehlbelegungen, die Öffnung für Rehaabteilungen und die Rückführung stationärer Überkapazitäten werden dazu führen, die Pauschalen im Zeitablauf zu refinanzieren.

Ab 2008 wird schließlich die *Monistik* tatsächlich erreicht. Auch die großen Investitionen werden im Preissystem abgebildet. Die Zusatzbelastung für die Krankenkassen (1998 4,5 Mrd. DM) wird abgedeckt durch die dauerhafte Übernahme der (versicherungsfremden) Leistungen für Sterbegeld und Mutterschaftsgeld durch die Länder (1998 2,84 Mrd. DM).

VI. Gesundheitsreform, Sozialstaat und Pressure groups

Mit dem Übergang zu einem *vollständigen leistungsorientierten Preissystem* in einem durchaus ehrgeizigen – aber realisierbaren – Zeitraum bis Anfang 2003 und dem Übergang zu einer *GKV-Kapazitätsplanung durch Länder und Krankenkassen* zum gleichen Zeitpunkt fällt der Kontrahierungszwang des geltenden Rechts. Krankenkassen und Krankenhäusern werden auf diese Weise wesentliche Instrumente zur ökonomisch rationalen Zukunftsgestaltung des stationären Sektors an die Hand gegeben. Die Länder bleiben rechtlich und faktisch dauerhaft „am Ball“. Sie leisten über einen Zeitraum von rd. 10 Jahren über ihr *finanzielles Engagement bei der Krankenhausfinanzierung* einen Beitrag dazu, Beitragssatzstabilität in der GKV zu sichern. Es ist zu erwarten, dass 2008 alle Beteiligten soweit sind, dass die *Investitionsfinanzierung der Länder*, auch was die Finanzierung der großen Investitionsvorhaben angeht, endet und die Krankenhäuser sich am Markt zu vergleichbaren Bedingungen bewegen können.

Auch wenn sich die Krankenhauslandschaft zu diesem Zeitpunkt mit erheblich mehr Flexibilität und Rationalität weitgehend vom heutigen Bild abheben wird, muss die gleichwohl absehbare finanzielle Wucht dieses Übergangs in der GKV finanziell angemessen refinanziert werden. Dies zu nutzen, um die Frage der *Bereinigung der GKV von versicherungsfremden Leistungen* nach langen Jahren der Diskussion einer Lösung zuzu-



führen, ist genauso sachgerichtet wie pfiffig.

So wie durch das GKV-SolG die konstitutiven Prinzipien der *sozialen GKV* revitalisiert wurden, wird nunmehr versucht, durch erheblich mehr Kompetenzen und Verantwortung für die unmittelbar Beteiligten im Krankenhausbereich das korporatistische Verhandlungsmodell als GKV-Strukturelement endlich umfassend im System zu etablieren. Wenn dies öffentlich immer wieder als „Marsch in den Krankenkassenstaat“ diffamiert wird, dokumentiert dies exemplarisch wie wenig in der aktuellen Debatte noch Inhalte zählen. Leistungsanbietergruppen – und vor allem deren Funktionäre – verwechseln die Verfolgung pekuniärer Partikularinteressen mit dem dringenden öffentlichen Interesse an einer dauerhaften Stabilisierung des sozialstaatlichen Auftrags der sozialen GKV.

Die konkrete Gestaltung der Reformprojekte Krankenhausneuordnung und – ebenso demagogisch angegriffen – Globalbudget entscheidet deshalb nicht nur über Qualität und Halbwertszeit der GKV-Reform, sie entscheidet auch darüber, ob in dieser Wahlperiode sozialstaatliche Neujustierung durch eine SPD-geführte Bundesregierung gegen öffentlich massiv auftretende Pressure groups überhaupt durchsetzbar ist. spw

Die konkrete Gestaltung der Reformprojekte entscheidet auch darüber, ob sozialstaatliche Neujustierung gegen öffentlich massiv auftretende Pressure Groups überhaupt durchsetzbar ist.

- ¹ Vgl. OECD, Wirtschaftsberichte Deutschland, 1997
- ² Interview in der Südde. Zeitung, 22./23.3.1997, S. 9
- ³ Näher etwa Kruse, Sozialer Fortschritt 1997, S. 33 ff.
- ⁴ BT-Drucksache 14/1245
- ⁵ Eckpunkte zur Gesundheitsreform 2000 vom 2.3.1999, Kap. 10
- ⁶ Zahlen nach Gräß, in Arnold/Paffrath (Hg.) Krankenhaus-Report '98, 1998, S. 213 ff

„Decent Society“

Tony Blair will Großbritannien zu „Anstand“ und „Bescheidenheit“ erziehen

von Uwe Wiedenstried*

„Wir brauchen ein System, das denen hilft, die es brauchen, und das generell Leuten hilft, sich selbst zu helfen.“ So umschrieb Tony Blair nach seinem Wahlsieg im Mai 1997 die Gesellschaft, die die Briten unter der Regierung von *New Labour* zu erwarten hätten – die „decent society“. Zu deutsch: die bescheidene, anständige Gesellschaft. Deren zentrale Werte seien Eigenverantwortung und gegenseitige Pflichterfüllung.

„Ihr müßt euch bescheiden!“ – Das haben die „kleinen Leute“ achtzehn lange Jahre unter den Tories immer und immer wieder zu hören und zu spüren bekommen. Hatte man dafür *Labour* gewählt, um vom Regen des Thatcherismus in die Traufe des Blatcherismus zu kommen? Die Tories haben Armut, Wohnungsnot und Obdachlosigkeit hinterlassen, dem Gesundheitswesen harte Bandagen angelegt und die Bildung den Profitinteressen der Wirtschaft ausgeliefert.

Kein Jobwunderland

Das Vereinigte Königreich ist alles andere als ein Jobwunderland. Die Arbeitslosenquote von derzeit nur 6,1% haben die Tories mit statistischen Taschenspielertricks herbeigekauelt. 1997 habe es demnach nur 1,7 Millionen Erwerbslose gegeben; elf Jahre vorher sollen es mit 3,1 Millionen fast doppelt so viele gewesen sein. Arbeitslosigkeit halbiert, also? – Mitnichten. Die Arbeitslosigkeit ist mehr als doppelt so hoch, wie die amtliche Statistik weismacht. Nach Berechnungen der größten britischen Geschäftsbank, der *HSBC*, liegt sie bei 14 Prozent, sprich vier Millionen Arbeitslosen. Auf diese Zahlen kommt auch eine Studie von Stephen Fothergill,



Professor an der Universität Sheffield Hallam.

Seit 1979 haben die konservativen Regierungen das Statistik-Gesetz 32mal geändert. Das Ergebnis ihrer Schönrechnereien fiel jedesmal niedriger aus. Mittlerweile zählt jeder, der auch nur eine einzige Stunde pro Woche arbeitet, nicht mehr zu den Arbeitslosen.

Darshini David, Autor der *HSBC*-Studie, hat deshalb alle Part-Time-Jobs zu Vollzeitäquivalenten addiert. Ergebnis: In Großbritannien sind nur 78% der Erwerbsfähigen vollzeitäquivalent beschäftigt, in Frankreich 81% und in Deutschland 84%. Andersherum: Die Arbeitslosenquote Großbritanniens ist – „Jobwunder“ hin oder her – höher als im vielgeschmähten Standort D.

Die *Bank von England* hatte schon im August 1996 fast den gesamten Rückgang der „offiziellen“ Arbeitslosigkeit mit zunehmender „wirtschaftlicher Inaktivität“ erklärt; Hunderttausende hätten es aufgegeben, nach Arbeit zu suchen. Ergo: Es mangelt nicht am Willen, sondern an der Gelegenheit.

Ein Arbeitnehmerparadies ist die Insel schon gar nicht. Die Unternehmen streichen traumhafte Renditen ein, nämlich 78 Pfennig Gewinn auf jede Mark Arbeitskosten, weil Margaret Thatcher und John Major Arbeitnehmer und Gewerkschaften systematisch entrechtet und mundtot gemacht haben. Hier ist der eigentliche Reformbedarf. Doch der neue Premier hält sich dezent zurück und tut nur das, was er unbedingt tun muß.

„Union exclusion“

Die starke Position der Gewerkschaften sei mitverantwortlich für die Krise

der britischen Ökonomie, hatte Margaret Thatcher behauptet. Die *Iron Lady* erklärte deshalb die „Lösung des Gewerkschaftsproblems“ zur Hauptaufgabe ihrer Regierung. Diesen Generalangriff auf die Arbeitnehmerrechte umschreiben die Briten mit höflichem Understatement als „*Union exclusion*“ – Gewerkschaftsausschluß. Wirtschaft und Politik finden seitdem ohne die Gewerkschaften statt.

Die Tories boxten die Kommunen aus den Selbstverwaltungsgremien des „*National Health Service (NHS)*“ und der „*Personal Social Services (PSS)*“ unter anderem deshalb heraus, weil in ihnen viele Gewerkschafter vertreten waren.

Sie lösten die „*Manpower Service Commission (MSC)*“ auf, in der neben Vertretern der Arbeitgeber und der öffentlichen Hand auch Gewerkschafter über Weiterbildungs- und Beschäftigungsprogramme entschieden, und ersetzten sie durch „*Training and Enterprise Councils (TECs)*“. Das Gesetz garantiert Gewerkschaftsvertretern keine Repräsentation mehr, so daß diese an vielen *TECs* gar nicht oder nur in geringer Zahl partizipieren.

Seit 1993 gibt es keine „*Wages Councils*“ mehr, in denen Arbeitgeber und Gewerkschaften die Mindestlöhne in verschiedenen Industrien aushandelten. Damit öffnete sich nicht nur die Bandbreite von Löhnen weiter nach unten; die Tories hoben auch jegliche Beschränkungen für befristete Arbeitsverträge auf.

Thatcher schaffte das „*Closed-shop*“-System faktisch ab. Das „*Closed-shop*“-System verpflichtete die Beschäftigten vieler Unternehmen, sich in einer Gewerkschaft zu organisieren.

Die *Iron Lady* erklärte die „Lösung des Gewerkschaftsproblems“ zur Hauptaufgabe ihrer Regierung. Wirtschaft und Politik finden seitdem ohne die Gewerkschaften statt.

* Uwe Wiedenstried, Münster, Politikwissenschaftler und Journalist

Die Premierministerin schrieb Urabstimmungen vor Streiks vor und verpflichtete die Gewerkschaften, Streiks vorher den Arbeitgebern anzukündigen. Konflikte um staatliche Unternehmen, die privatisiert werden sollen, gelten als politische Streiks und sind verboten. Solidaritätstreiks sind strafbar, ebenso die Aufstellung von Streikposten. Arbeitgeber können illegal Streikende ohne Schwierigkeiten entlassen. Sie können sogar die Gewerkschaften haftbar machen, wenn durch Streiks Schäden und Produktionsausfälle entstehen. Seit Mitte der neunziger Jahre hat Großbritannien eine der niedrigsten Streikraten in Europa.

Arbeitgeber sind nicht verpflichtet, mit Gewerkschaften oder anderen Arbeitnehmervertretern zu verhandeln, sei auch der größte Teil der Mitarbeiter eines Betriebes organisiert. Ein Arbeitgeber braucht weder mit ihnen über Löhne und Arbeitsbedingungen zu debattieren, geschweige denn, daß er Tarifverträge abschließen muß. Betriebsräte sind nicht üblich. Nur 48% aller Betriebe (1998) erkennen die Gewerkschaften als Verhandlungspartner an. Für nur 47% aller Arbeitnehmer (1995) gelten Tarifverträge. Jeder zweite Chef setzt also die Höhe der Löhne autonom fest; seine Beschäftigten genießen weder Schutz noch Repräsentation. Die Arbeitsbedingungen regelt die Unternehmensführung in Kollektivverträgen mit der Belegschaft, oder der Arbeitgeber handelt sie individuell mit seinen Arbeitnehmern aus. Großbritannien ist das einzige Land in Europa ohne ein Gesetz, das die Arbeitszeiten beschränkt.

Funktionäre des britischen Gewerkschaftdachverbandes TUC (Trade Union Congress) schildern der Süddeutschen Zeitung (SZ) einige Fälle, die die Folgen dieser Politik illustrieren: „Eine 19jährige Friseurin ... arbeitet nun schon seit 13 Monaten ohne Unterbrechung 42 Stunden die Woche für 1,31 Pfund (3,93 DM) die Stunde. Sie bittet um zwei Wochen bezahlten Urlaub. Gewährt wird ihr eine Woche, aber am Samstag muß sie arbeiten. Eine Verkäuferin in einem Sportgeschäft muß sich seit sieben Jahren mit einem unveränderten Stundenlohn von 3,06 Pfund begnügen. Eine andere Verkäuferin bekommt seit Jahren gar nur drei Pfund. Nun droht ihr die Entlassung, weil sie sechs Wochen krank war.“ (SZ; 4. 4. 1997, S. 23)

Ist es ein Wunder, daß sich die Gewerkschaftsphilosophie unter diesen Umständen ändert? TUC schreibt seit 1991 allen Mitgliedsgewerkschaften „*Social partnership at work*“ vor. Die Gewerkschaften begreifen sich mehr und mehr als Ratgeber und helfende Hand der Beschäftigten in allen Fragen der täglichen Arbeit. Sie sehen sich nicht als Gegenspieler der Arbeitgeber, sondern als deren Partner (SZ; ebenda).

Gewerkschaften und Labour

„*Union exclusion*“ war und ist auch die Politik der *Labour-Party*. Noch in Oppositionszeiten distanzierte sie sich von den Gewerkschaften. Tony Blair brauchte Stimmen aus der *middle class*. Im Buhlen um die „*Neue Mitte*“ hält die *Labour-Party* ihr Image eher für hinderlich, eine Gewerkschaftspartei zu sein.

Seit 1989 nahm *Labour* eine Forderung der Gewerkschaften nach der anderen aus dem Programm, z.B. das Bekenntnis zur Verstaatlichung von Industrien oder die Rücknahme der gesamten Arbeitsgesetzgebung der Konservativen. Die Gewerkschaften beugten sich diesem „*Emanzipationsprozeß*“. Seit 1993 gibt es in der *Labour-Party* keine „*Block-Votes*“ mehr. „*Block-Votes*“ bedeuteten ein Kollektivstimmrecht der Gewerkschaftsfunktionäre, das ihnen enormen Einfluß auf die Auswahl von Parlamentskandidaten innerhalb der Partei sicherte.

Die Arbeitnehmer liefen den Gewerkschaften scharenweise davon. 1995 waren nur noch 32% aller Arbeitnehmer Mitglied einer Gewerkschaft, weniger als je zuvor in der britischen Geschichte. Verständlich, was sollen Arbeitnehmer in einer Gewerkschaft, die in der *Labour-Party* das Handtuch wirft, kein Verhandlungsrecht in den Betrieben hat und nur noch im Auftrag der Arbeitgeber als Gouvernante tätig ist, die sich um die alltäglichen kleinen Sorgen der Beschäftigten kümmern darf? Der Strukturwandel tat sein übriges. Der Arbeitsplatzabbau betraf größtenteils Männer, die in der Industrie arbeiteten. Die „neuen“ Beschäftigten sind überwiegend Frauen im Dienstleistungsbereich, die oft nur in Teilzeit oder befristet erwerbstätig sind. Kaum die Klientel, die eine Gewerkschaft für sich gewinnen kann.

Die Gewerkschaften konnten nur auf eines hoffen: *New Labour* muß an die Regierung. Nur so ließen sich viel-

leicht ihre Forderungen eines Tages umsetzen: Wir wollen wieder einen Mindestlohn, und wir wollen, daß Arbeitgeber uns in allen Betrieben als Verhandlungspartner anerkennen müssen.

Die Gewerkschaften übten sich damit schon in der neuen Tugend „*Bescheidenheit*“. Dafür, daß sie sich aus der Partei zurückgezogen hatten, um deren Wahlchancen zu erhöhen, hätten sie mehr verlangen können; Wiederherstellung ihres Streikrechts zum Beispiel. Blair gehen schon diese Minimalansprüche etwas zu weit.

„No favours“ – Keine Gefälligkeiten unter Freunden

Ende Mai 1998 legte Tony Blair ein Papier vor mit dem Titel „*Fairness am Arbeitsplatz*“. Danach erhalten die Gewerkschaften zwar ihr Vertretungs- und Verhandlungsrecht in den Betrieben zurück, jedoch nur, sofern mindestens 40% der Belegschaft dies befürworten oder die Hälfte der Beschäftigten Mitglied der Gewerkschaft ist. Pferdefuß Nummer zwei: Unternehmen mit bis zu zwanzig Beschäftigten fallen nicht unter das neue Gesetz.

Tony Blair stellte schon im Vorfeld klar, daß es das Repräsentationsgesetz nur geben werde, wenn die Arbeitgeber dieses mittragen. TUC solle sich um Konsens mit den Arbeitgebern bemühen. Außerdem sollten die Gewerkschaften vorher glaubhaft signalisieren, daß sie ihre neue Macht weder zu starken Lohnforderungen noch zu Arbeitskämpfen nutzen werden. „*Fairness am Arbeitsplatz*“ bedeutet also: Die Gewerkschaften haben zwar Rechte, sollen aber weitgehend darauf verzichten, diese wahrzunehmen, gar mit Streiks einzufordern. Blairs Botschaft an die Arbeitnehmer ist die gleiche wie die Maggie Thatchers: „*Kusch!*“

Wenigstens für einen Punkt, in dem Margaret Thatcher Arbeitnehmer um ihr Recht brachte, heißt es bald, „*Es war einmal*“. Beschäftigte sollen in Zukunft schon nach einem Jahr und nicht erst nach zwei Jahren Betriebszugehörigkeit Einspruch gegen eine „*unfaire*“ Kündigung erheben können. Bis 1980 konnten sie dies bereits nach einem halben Jahr. Von den über 5,5 Millionen Teilzeitkräften bleiben etwa zwei Millionen ohne Kündigungsschutz und haben, wenn sie höchstens sechzehn Stunden in der Woche arbeiten, erst nach fünf Jahren Rechte auf Mutterschafts- und Krankengeld, Rentenansprüche

„*Fairness am Arbeitsplatz*“ bedeutet für Blair: Die Gewerkschaften haben zwar Rechte, sollen aber weitgehend darauf verzichten, diese wahrzunehmen, gar mit Streiks einzufordern.

Elmar Altvater/Birgit Mahnkopf
Grenzen der Globalisierung

1999 – ca. 550 S.
 DM 58,00 – ÖS 423 – SFR 52,50
 ISBN 3-929586-75-4

„Elmar Altvater und Birgit Mahnkopf setzen gegen den Zeitgeist vom *Ende der Geschichte* eine beeindruckende Analyse der Weltentwicklung und treten dafür ein, ein neuartiges Verständnis von wissenschaftlichem wie politischem Handeln zu entwickeln.“

Reinhard Grienig Utopie kreativ

Claudia Fröhlich/
Michael Kohlstruck (Hrsg.)
Engagierte Demokraten
 Vergangenheitspolitik in
 kritischer Absicht

1999 – 314 S.
 DM 48,00 – ÖS 350 – SFR 44,50
 ISBN 3-89691-464-2

1999 – 50 Jahre Bundesrepublik. Der Umgang mit dem Nationalsozialismus ist seit 1945 ein Thema, an dem sich stets aufs Neue Konflikte über das demokratische Selbstverständnis der Republik entzünden. Dieser Band stellt in einer Reihe von Portraits Personen vor, die – in den 50er und 60er Jahren als „Nestbeschmutzer“ beschimpft – mit ihren Initiativen zur Durchsetzung der demokratischen Kultur beigetragen haben.

Es schreiben z.B. Thorsten Bonacker über Theodor W. Adorno, Angelika Ebrecht-Laermann über Margarete und Alexander Mitscherlich, Erika Weinzierl über Hermann Langbein, Andreas Nachama über Heinz Galinski, Helmut Kramer über Barbara Just-Dahlmann, Claudia Fröhlich über Fritz Bauer, Hanno Beth über Rolf Hochhuth, Alfons Söllner über Peter Weiss, Andreas Wöll über Wolfgang Staudte, Rita Thalmann über Beate Klarsfeld, Joachim Perels über Eugen Kogon, Eckart Spoo über Otto Köhler, Bernd Rother über Willy Brandt.

WESTFÄLISCHES
DAMPFBOOT



Dorotheenstr. 26a · 48145 Münster
 Tel. 0251/6086080 · Fax 0251/6086020
 e-mail: dampfboot@login1.com
 http://www.login1.com/dampfboot

schaften oder Arbeitslosenversicherung.

Blair definiert sein Verhältnis zu den Gewerkschaften mit den Worten: „Fairness not favours“. – Keine Gefälligkeiten, also.

Mindestlöhne – Hungerlöhne

Seit dem 1. April 1999 gibt es einen gesetzlichen Mindestlohn. Britische Arbeitnehmer haben, wenn sie älter als 21 sind, Anspruch auf mindestens 3,60 Pfund (10,80 DM) die Stunde; 18- bis 21-jährige auf lediglich 3 Pfund (9 DM) – vorausgesetzt, sie wissen um ihr neues Recht, ihr Arbeitgeber hält sich daran und zahlt.

Noch während die Low-Pay-Commission aus Vertretern der Regierung, der Arbeitgeber und Gewerkschaften über den Mindestlohn verhandelte, verkündete Tony Blair, keiner Vorlage zuzustimmen, welche die Arbeitgeber als Wettbewerbshindernis ansehen. Nicht die beste Verhandlungsposition für die Gewerkschaften, es gleich mit drei Gegnern aufnehmen zu müssen: Kapital, Konjunktur und Kabinett. Die Gewerkschaften hatten vier Pfund (12 DM) die Stunde gefordert. Die Einkommensuntergrenze für einen Vollzeitbeschäftigten hätte damit bei 160 Pfund (480 DM) in der Woche gelegen. Kate Barker, Chefökonomin des Unternehmerverbandes CBI, konterte Ende August 1998 mit einem neuen „Wettbewerbshindernis“: „Wir erwarten, daß das Wirtschaftswachstum in den nächsten drei Quartalen zu einem Stillstand kommt.“ (Frankfurter Rundschau = FR; 28.8.1998, S.13) Seit fünfzehn Jahren habe die Industrie keine niedrigere Auftragslage gehabt.

Tony parierte, zögerte die Verhandlungen heraus und drückte gemeinsam mit den Unternehmern ein sehr niedriges Niveau durch. Zwar begünstigt das neue Gesetz etwa zwei Millionen Arbeitnehmer, die bis zum 1. April weniger verdienten, doch Papier ist bekanntlich geduldig: Viele Gastronomen verbieten ihren Kellnern, Trinkgelder wie bisher selbst zu behalten. Stattdessen werden die „Tips“, die zehn bis fünfzehn Prozent ausmachen, in einen Topf eingezahlt und später verteilt. So werden Trinkgelder Teil des Gehaltes. *Waiter* und *waitress* verdienen *de facto* zwar keinen Penny mehr, *de iure* allerdings steigt ihr Einkommen. Arbeitgeber, die nicht so *tricky* sind, haben wenig zu befürchten: Die Strafe für Verstöße beträgt nur 7,20 Pfund pro Tag und

Arbeitnehmer; höchstens droht eine Gesamtbuße von 5.000 Pfund. Inspektoren sollen darüber wachen, daß die Arbeitgeber sich auch brav ans neue Gesetz halten. Tony Blair bietet dafür gerademal 115 Ordnungshüter auf; sie können jeden Arbeitsplatz im Schnitt nur einmal in dreißig Jahren kontrollieren. Die Auflage, daß jeder Unternehmer seine Angestellten schriftlich auf den Mindestlohn hinzuweisen habe, ließ er wieder streichen. Eine überflüssige Maßnahme, welcher Arbeitnehmer pocht schon auf seinen Mindestlohn, solange das Kündigungsrecht der Thatcher-Ära (siehe oben) gilt?

Gewerkschaftsvertreter aus der Low-Pay-Commission schätzen, daß deshalb 200.000 Briten nicht in den Genuß ihrer neuen Rechte kommen werden. Professor George Bain, Chef dieser Expertenrunde, erwartet „minimale“ Auswirkungen auf Beschäftigung, Löhne oder gar das Zinsniveau. (FR; 31.3.1999, S.14). *Unison*, die Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes, nennt den neuen Mindestlohnsatz einen „Hungerlohn“ (FR, ebenda).

Kombilöhne auf britisch

Mindestlohn or not – Großbritanniens Arbeitsmarkt hat unter den Tories ein ausgeprägtes Billiglohnsegment entwickelt. Die Renditen stiegen, weil die Löhne fielen. Der Stundenlohn für Jobs in diesem Bereich liegt häufig unter zehn DM. Eine Familie läßt sich davon nicht ernähren. Mit Sozialhilfe stehen sich viele besser. Sie stecken in der „poverty trap“, zu deutsch: Armutsfalle. *New Labour* will dagegen vorgehen. – Hurra, Tony zwingt die Arbeitgeber also doch, ihre Beschäftigten anständig zu entlohnen. – No, Sir; die Gemeinschaft soll blechen.

Schatzkanzler Gordon Brown hat eine britische Variante des Kombilohns konzipiert, bei der die Steuerzahler – überwiegend Arbeitnehmer – den größten Teil des Unternehmerrisikos tragen, den „*Working Families Tax Credit (WFTC)*“. Ab Oktober 1999 sollen Arbeitnehmerfamilien mit einem niedrigen Einkommen eine Art Steuergutschrift erhalten, die mit ihrer Einkommenssteuer verrechnet wird. Der *WFTC* soll so zusammen mit Kinderfreibeträgen und Erleichterungen, die sich aus der geplanten Steuer- und Sozialversicherungsreform ergeben, ein Familieneinkommen von 520 DM in der Woche garantieren. Das Einkommen setzt sich also aus dem

Hungerlohn zusammen und aus einer „Negativen Einkommensteuer“. Neu ist diese Idee nicht. Der WFTC löst den „Family Credit“ ab, den die Tories eingeführt haben.

Wer einen Billiglohnjob hat, mindestens sechzehn Stunden in der Woche arbeitet und wenigstens ein Kind hat, kann Family Credit beantragen. Zur Zeit erhalten etwa 750.000 Haushalte Family Credit. Das sind etwa 70% der Berechtigten. Viele scheuen aus Scham oder wegen des umständlichen Antragsverfahrens den Gang zum Sozialamt, das den Family Credit auszahlt. WFTC soll daher der Arbeitgeber zusammen mit dem Lohn auszahlen. New Labour will WFTC großzügiger gewähren. Experten nehmen an, daß WFTC fünfzig Prozent mehr Briten erreicht als der Family Credit. Deshalb werde WFTC pro Jahr vier Milliarden DM mehr kosten; der Aufwand für Family Credit liegt bei sieben Milliarden DM. (vgl. Die ZEIT; 20.8.98, S. 18) Wieviel WFTC tatsächlich kosten wird, hängt von der Höhe des Mindestlohns ab. Je niedriger der ist, desto weniger müssen die Arbeitgeber zahlen und können ihre Lohnkosten externalisieren, spricht: der Gemeinschaft aufdrücken.

Einen Ausweg aus der Armutsfalle bieten weder Family Credit noch WFTC. „Der Family Credit macht es interessant, einen Billigjob für genau 16 Stunden in der Woche anzunehmen, denn da ist der Zuschuß hoch. Je mehr der Betroffene durch längere Arbeitszeiten verdient, desto geringer der Zuschuß des Staates und desto weniger rechnet es sich“, erläutert Klaus Jürgen Gern vom Kieler Institut für Weltwirtschaft. (FR; 17.8.98, S.7)

Geringverdienende Familien haben keinen Anreiz, besser bezahlte Jobs anzunehmen, die sie von Family Credit oder später WFTC unabhängig machen. Denn bei steigendem Einkommen muß der Kredit zurückgezahlt werden. Mit WFTC spielt Blair den Arbeitgebern in die Hände. Deren Arbeitnehmer bleiben in der Armut-, und Großbritannien bleibt in ihrer Billiglohnfalle.

From welfare to work

Schade, dabei hatte sich der inzwischen gegangenwordende sozialpolitische Chefideologe Blairs, Frank Field, noch im März 1998 Britanniens Zukunft so hübsch ausgemalt. Unter dem Titel „Neue Ambitionen für unser Land: Ein Neuer Wohlfahrtskon-

trakt“ hat er einen Plan für die nächsten zehn bis zwanzig Jahre vorgelegt. Zuckerbrot und Peitsche sollen die Arbeitslosen von der „Kultur der Abhängigkeit“ befreien.

„From welfare to work – aus der Wohlfahrt in die Arbeit“ lautet die Botschaft des „Field-Reports“. New Labour zwingt den Arbeitslosen einen „New Deal“ auf; einen Handel, der sich für die Betroffenen wohl als windiges Geschäft erweisen wird. Der Staat verpflichtet sich in diesem New Deal, genug Arbeit zu schaffen, für die, die arbeiten können. Er fordert vom einzelnen dafür die Eigenverantwortung ein, unabhängig vom Staat seine Familie zu unterhalten und für sein Alter vorzusorgen. Das klingt nicht nur nach Sozialabbau; genau das hat Field gemeint: Sozialausgaben reduzieren, Hilfe auf die „wirklich Bedürftigen“ konzentrieren, Sozialmißbrauch bekämpfen und mit Druck und stärkeren Anreizen Arbeitslose in die Billigjobs drängen.

Das haben wir doch schon ‘mal irgendwo gelesen, sagten sich Großbritanniens Arbeitslose, Renter und Sozialhilfebeziehende. Richtig: Field hat bei Margaret Thatcher abgekupfert. In einem „Green paper“ von 1985 hatte die Iron Lady den Vollversorgungswohlfahrtsstaat als „Gleichmacheri“ gegeißelt, weil ihm ein Bürgerrecht auf Sozialleistungen zugrundelag.

Wenn es den Tories schon nicht gelungen war, ihren Teil des Deals zu erfüllen – vorausgesetzt, sie wollten das überhaupt –, darf man bezweifeln, daß es New Labour mit der selben Politik gelingen wird, Arbeitsplätze in ausreichender Anzahl zu schaffen.

Die Rentner-Verbände kritisierten, sie hätten eine Rentenerhöhung und das Versprechen einer soliden Alterssicherung erhofft.

Die Behinderten-Verbände argwöhnten, daß die Erwerbsunfähigen als Sparpotential erhalten müßten, indem neue Antragsteller stärker als bisher durchleuchtet werden. Ihr Mißtrauen ist berechtigt. (Ex-)Sozialministerin Harriet Harman hatte schon Ende 1997 keine mickrigen 115 sondern – sage, und schreibe – 250.000 Inspektoren in Marsch gesetzt, um die Empfänger von Behindertenhilfe auf tatsächliche Bedürftigkeit zu überprüfen. Harman wollte nämlich die Behindertenhilfe besteuern oder zeitlich begrenzen.

Alleinerziehende Sozialhilfeempfängerinnen sollten nach diesem Konzept ab April 1998 auf 30 DM pro

Foto: Christian Kiel (Berlin)



Woche verzichten, wenn sie ein Arbeitsangebot wegen ihrer Erziehungspflichten ablehnten. New Labour wollte im Gegenzug dafür sorgen, daß gemeinnützige Einrichtungen zusätzlich 50.000 Kindergärtnerinnen ausbilden und beschäftigen, die sich um die lieben Kleinen kümmern, während Mutti für 3,93 DM die Stunde wieder im Salon von Montag bis Samstag schneidet, wäscht und legt.

Siebzig Labour-Abgeordnete des linken Parteiflügels haben in einem offenen Brief gegen diese Maßnahmen protestiert.

Zauberwort „Employability“

Der Zwang zur Arbeit gehört zum Kern der Sozialpolitik von New Labour. „Employability“ heißt das Zauberwort, das zu mehr Beschäftigung führen soll – „Beschäftigungsfähigkeit“.

„Welfare to work“, dies ist auch der Name eines Beschäftigungsprogramms für Arbeitslose unter 25 Jahren, die länger als sechs Monate arbeitslos sind und für ältere Arbeitslose, die länger als zwei Jahre nicht beschäftigt waren. Unter dieses Programm fallen 500.000 Menschen. Es wird 10 Milliarden DM kosten, die eine Sondersteuer auf Privatisierungsgewinne einbringen soll. Teilnehmer müssen eines der folgenden Angebote annehmen:

1. Sechs Monate in einem privaten Betrieb arbeiten. Der Arbeitgeber erhält einen Lohnkostenzuschuß von 60 Pfund (180 DM) in der Woche.
2. Sechs Monate in einer gemeinnützigen Einrichtung arbeiten oder in einer Umwelt-Initiative („Environment Task Force“); will heißen, Vater Staat läßt Bataillone von Sozialhilfebeziehenden in Wald und Flur Spaten und Rechen schwingen.

Der Zwang zur Arbeit gehört zum Kern der Sozialpolitik von New Labour. „Employability“ heißt das Zauberwort, das zu mehr Beschäftigung führen soll – „Beschäftigungsfähigkeit“.

*Ist das Tafelsilber
einmal verscherbelt,
richtet wieder
„Master Schmal-
hans“ im Namen der
Regierung das letzte
Wort an die „kleinen
Leute“: „Die
Gentlemen bitten
zur Kasse.“*

3. Zwölf Monate an einer Vollzeit(aus)bildungsmaßnahme teilnehmen.

In einer Einführungsphase sollen die Teilnehmer die Wahl zwischen den verschiedenen Angeboten treffen. Wer sich für keines entscheidet, erhält zunächst zwei, dann vier und schließlich bis zu 26 Wochen keine Unterstützung mehr. Laub fegen, Müll sammeln oder ähnliche Tätigkeiten in einer „*Environment Task Force*“ tragen nichts dazu bei, die „*Employability*“ zu erhöhen. Dies ist Pflicht-Arbeitsdienst, nichts anderes. Eine sechsmonatige Beschäftigung in einem privaten Betrieb birgt die Gefahr hoher Mitnahmeeffekte, d.h. damit Personen zu fördern, die ohnehin Arbeit gefunden hätten. Bis Ende August 1998 haben 148.100 junge Arbeitslose an „*Welfare to work*“ teilgenommen. Davon sind noch 100.000 in der Einführungsphase. 42% haben sich für eine subventionierte Beschäftigung in einem Betrieb entschieden, 23% wählten eine der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und 34% besuchen die Bildungs- und Ausbildungskurse. Alle drei Angebote sind keine neuen Instrumente der Arbeitsmarktpolitik. Sie hießen unter den Tories nur anders: „*Training for work*“, „*Community Action*“ oder „*Project Work*“.

New Labour hält damit an der Politik der Konservativen fest, die den Bezug von Sozialleistungen an eine aktive Arbeitssuche koppelte, um die „*Selbstverantwortung*“ des Arbeitslosen zu stärken. Im Oktober 1996 ersetzten die Tories das Arbeitslosengeld („*Unemployment Benefit*“) und die Arbeitslosenhilfe

(„*Income Support*“) durch die „*Jobseeker's Allowance*“ (JSA = Vergütung für Jobsuchende). JSA erhalten Arbeitslose nur, wenn sie einen Arbeitssuchvertrag, das sog. „*Jobseeker's Agreement*“, mit ihrem Arbeitsamt abschließen. Der Arbeitslose stimmt in diesem Vertrag „selbstverantwortlich“ einer bis zu 26 Wochen dauernden Bezugssperre seiner JSA zu, sollte er ein Arbeitsangebot ablehnen.

New Labour geht aber doch neue Wege. Auf diesen simplen, wie genialen und billigen Einfall sind die Tories nie gekommen: Das Arbeitsministerium verkauft seit Anfang April 1998 Wecker an junge Arbeitslose, damit sie Bewerbungsgespräche am frühen Morgen nicht mehr verpassen. „*Wir tun alles, damit es keine faulen Ausreden bei der Arbeitssuche mehr gibt*“, sagte ein Mitarbeiter dem Boulevardblatt *The Sun* (FR; 8.4.98, S.2). – Der Schlaf der Vernunft gebiert die Ungeheuer.

Tony Blair im Abschwung – Wohltaten für's Image

Ob die Angst vor einer sozialen Explosion Tony Blair bewogen haben mag, Ende Juli 1998 von seinem Sparkurs abzuweichen? Die Schere zwischen Arm und Reich weitet sich immer mehr. Reiche und Arme benutzen unterschiedliche Schulen, Krankenhäuser und Verkehrsmittel. Jedes dritte Kind lebt in Armut. In jedem fünften Haushalt lebt kein einziger Arbeitnehmer. In den Arbeitslosenghettos von Newcastle oder Liverpool hat keiner eine Chance auf einen Job. 1,2 Millionen Menschen haben seit ihrem Abgang von der Schu-

le noch nie gearbeitet. Jeder vierte Haushalt erhält einkommensabhängige Sozialleistungen. Denn Arbeit schützt vor Armut nicht: 22% aller Beschäftigten verdienen weniger als 50% des Durchschnittseinkommens von 1993, meldet „*The Guardian*“ am 28. April 1997. Nach der Armutsdefinition der EU-Kommission gehört damit jeder fünfte britische Arbeitnehmer zu den „*working poor*“.

Fast täglich ist im angeblichen Jobwunderland von Arbeitsplatzverlusten die Rede. Die Gasgruppe *Bloc* will 500 Leute entlassen. Siemens feuert über 1.000 Arbeitnehmer einer Chip-Fabrik in Tyneside. Rover setzt 1.500 Leute auf die Straße.

Tony Blair sitzt in der Klemme. Und was macht ein Regierungschef, der in der Klemme sitzt? Er läßt Köpfe rollen und tut 'was für's Image. Am 27. Juli 1998 hat Blair sein Kabinett umgebaut. Frank Field mußte gehen. Der Schotte Alistair Darling übernahm den Posten von Sozialministerin Harriet Harman.

Der „eiserne“ Schatzkanzler Gordon Brown hatte plötzlich etwas fürs murrende Volk übrig: 19 Milliarden Pfund sollen bis zum Jahr 2002 in das Bildungssystem fließen, 21 Milliarden in den staatlichen Gesundheitsdienst, 2,5 Milliarden in die Rente. Die Polizei soll höher dotiert werden, der soziale Wohnungsbau auch. Es soll etwas mehr Entwicklungshilfe geben, Beschäftigungsprogramme für strukturschwache Regionen und einen kostenlosen Sehtest für Pensionäre.

Die laufenden Ausgaben für die neuen Wohltatsollen preisbereinigt um 2,3% pro Jahr steigen; schneller als die Wirtschaft wächst. Brown bekommt also Probleme mit der Gegenfinanzierung. *New Labour* muß deshalb in großem Stil staatliches Eigentum privatisieren. Zum Verkauf stehen Beteiligungen an der nationalen Luftraumüberwachung, an der Münzpresse und am öffentlichen Pferdetoto sowie der Hafen von Belfast. Schließlich könne man weder die Steuern erhöhen, noch die Reserven schröpfen oder gar neue Schulen machen. Der Abschwung der Wirtschaft macht einen Strich durch diese Milchmädchenrechnung. *New Labour* wird die Steuern erhöhen und neue Schulden machen müssen.

Ist das Tafelsilber einmal verscherbelt, richtet wieder „Master Schmalhans“ im Namen der Regierung das letzte Wort an die „kleinen Leute“: „Die Gentlemen bitten zur Kasse.“ spw



Solarenergie für Cubas Schulen

Ein Solidaritätsprojekt des Vereins zur Förderung der politischen Kultur e.V. und des spw-LeserInnenforums Rheinland

Kontakt: Kulturverein, Postfach 210606, 50531 Köln

Mit den Spenden wird die polytechnische Oberschule "Georgii Dimitrov" unterstützt. Sie liegt etwa 40 km westlich von Havanna. Die gesamte Gegend ist von Stromabschaltungen betroffen; auch in der Schule fehlt mehrmals pro Woche für Stunden der Strom. Wir wollen daher eine Photovoltaikanlage finanzieren. Sie wird eine Leistung von 1.000 Watt haben und die Beleuchtung der Schule sicherstellen. Mitarbeiter von EUROSOLAR montieren z.Zt. in Deutschland die zentrale elektrische Einheit; in Kürze wird sie nach Cuba transportiert und installiert werden.

Spendenkonto des Kulturvereins
Stichwort: Cuba solar, Konto 553 121 000, Kölner Bank (BLZ 371 600)

Fragwürdige Parallelen

Atomare Abschreckung in Südasien

Von Rolf Mützenich*



Am Ende des Jahrhunderts steht fest: Das Zeitalter der Großen Kriege wird in Europa nicht mit einer Abrüstungsdekade enden. Vielmehr waren die vergangenen Jahre eine Phase der verpassten Abrüstungschancen. Nach dem Zusammenbruch des Warschauer Pakts ist der Abrüstungsprozess praktisch zum Erliegen gekommen. Rüstungskontrolle und Abrüstung sind aus den Schlagzeilen der Tageszeitungen verschwunden. Heute wird das Für und Wider militärischer Eingriffe in zwischen- und innerstaatliche Konflikte erörtert. Kein Tabu wird mehr ausgeklammert: Der Generalinspekteur der Bundeswehr philosophiert öffentlich über die Einsatzmöglichkeit der Streitkräfte in der Kriminalitäts- und Terroristenbekämpfung. Die Remilitarisierung der Sicherheits- und Innenpolitik ist in vollem Gang. Gefordert werden größere Mobilität der Streitkräfte, punktgenaue Waffenwirkung und höhere Offensivfähigkeit. Qualitative Kriterien für den Rüstungskontrollprozess oder Konzepte zur Defensivorientierung sind von der Tagesordnung genommen.

Tücken der Rüstungsbegrenzung

Selbst günstige Entwicklungen bei der Rüstungsbegrenzung haben ihre Tücken:

- Zwar werden in Europa Waffenbestände aus Zeiten des Kalten Krieges vernichtet; ein Teil wird allerdings

in andere Länder exportiert, wo Kriege oder Bürgerkriege wüten.

- Die USA und Russland beginnen mit den START III-Gesprächen, während das START II-Abkommen noch gar nicht vom russischen Parlament ratifiziert worden ist. Und die USA verknüpfen die Gespräche mit einer Aufkündigung des ABM-Vertrages.
- Der von Nicht-Regierungsorganisationen initiierte Vertrag zum Verbot von Landminen ist ein großer Erfolg. Problematisch bleibt dagegen, dass die großen Produzenten dem Abkommen nicht beitreten wollen.
- Die Chemiewaffen-Konvention ist in Kraft getreten. Allerdings verfügt die Kontrollbehörde noch über wenig Kompetenzen und Daten.

Gelungene Beispiele

Es gibt nur wenige rundum positive Beispiele:

- Der Abrüstungsvertrag zwischen den Konfliktparteien im ehemaligen Jugoslawien ist ein Modell dafür, wie Rüstungsverminderung und Rüstungsbegrenzung die Friedenskonsolidierung stärken und wie Rüstungskontrolle von außen erfolgreich angeregt werden kann.
- Die Vernichtung von Kleinwaffen kann, wie im Falle El Salvadors, den innerstaatlichen Befriedigungsprozess unterstützen.

Während in Europa über Eingriffskonzepte und die (Neu)Ausrüstung der Streitkräfte debattiert wird, findet in anderen Weltregionen klassische Aufrüstung statt.

Hervorzuheben ist Asien, das von ganz verschiedenen Prozessen berührt ist. Die Staaten der südostasiatischen ASEAN-Gemeinschaft zählten bis zur Wirtschaftskrise zu den Ländern mit der höchsten Steigerungsrate im Bereich Militär und Rüstung. Die nationalen Verteidigungsbudgets wuchsen jährlich zwischen 10 und 20 Prozent. Auch die VR China rüstete alle Teilstreitkräfte in großem Umfang auf. Auf der koreanischen Halbinsel kann jederzeit ein bewaffneter Konflikt ausbrechen. Letztlich vollzogen auch Indien und Pakistan in den vergangenen Jahren einen umfassenden Aufrüstungsprozess. Gemeinsam ist allen vier Regionen ein Mix aus Territorial- und Ideologiekonflikten.

Der südasiatische Konfliktraum

Der südasiatische Konfliktraum ragt aus dem Bild heraus: Indien und Pakistan dokumentierten im Mai 1998 durch Kernsprengungen und den Test von Trägersystemen ihre Atomwaffenfähigkeit. Ein nukleares Wettüben infolge der Entwicklung, Produktion und Dislozierung von Sprengköpfen und Trägerwaffen steht bevor. Im Gegensatz zum bekannten Ost-West-Konflikt handelt es sich in Südasien um einen mehrdimensionalen Konflikt. Das zentrale Motiv in Indien ist die Rivalität mit China. Indien beansprucht aufgrund seiner Geschichte, Größe, Bevölkerungszahl und ökonomischen Entwicklung einen Status als Ordnungsmacht über den Subkontinent hinaus. Es fordert einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und eine entsprechende Behandlung als Atomwaffenmacht durch benachbarte Staaten. Da die internationale Rangordnung auch heute noch

Das Zeitalter der Großen Kriege wird in Europa nicht mit einer Abrüstungsdekade enden. Vielmehr waren die vergangenen Jahre eine Phase der verpassten Abrüstungschancen.

* Dr. Rolf Mützenich, Politologe, Lehrbeauftragter für internationale Beziehungen an der Universität Köln

mit dem Besitz von Kernwaffen verbunden ist, ziehen die Entscheidungsträger in Neu Dehli hier eine entsprechende Parallele. Der Aufbau einer indischen Kernwaffenoption datiert seit der ersten chinesischen Atomexplosion. Hinzu tritt die historische Erfahrung einer militärischen Niederlage während des indisch-chinesischen Grenzkonflikts. Indien sieht sich durch die Stationierung von atomar bestückten Kurzstreckenraketen in Tibet und die Entwicklung von mobilen Langstreckenraketen bedroht. Die Errichtung einer chinesischen Marinbasis in Myanmar unterstreicht, dass der Indische Ozean nicht der südasiatischen Macht überlassen werden soll. Weiterhin erkennen indische Politiker in der nukleartechnischen und militärischen Zusammenarbeit zwischen der VR China und Pakistan ein weiteres Bedrohungsmoment.

Letztlich waren es aber innenpolitische Gründe, die die Machthaber in Neu Dehli veranlassten, die nuklearen Kernsprengungen zu verlassen. Begleitet von einem innergesellschaftlichen Konsens zugunsten einer offenen Nuklearisierung ordnete die von der hinduistisch-nationalistischen BJP geführte Koalitionsregierung die Tests an. Pakistan wiederum reagierte angesichts der konventionellen Überlegenheit Indiens mit dem Aufbau einer Nuklearrüstung. Die Kernsprengungen und der Test von Trägersystemen folgten der bekannten Verhaltensweise des Nullsummenspiels. Beide Staaten, verfangen in einem mehrschichtigen Konfliktgeschehen und einem innenpolitisch instrumentalisierten Glaubenskampf, haben also ihrem umfangreichen konventionellen Rüstungspotential eine nukleare Komponente beigelegt. Sie schließen im Fall eines weiteren Krieges auch den Einsatz von Nuklearwaffen nicht aus. Der jüngste Konflikt in Kaschmir hat die Eigendynamik derartiger Konfliktmuster eindringlich vor Augen geführt. Die Gefahr, dass Akteure, die nicht in militärische Befehlsstrukturen eingebunden sind, einen Krieg provozieren können, ist groß.

Neben den regionalen Aspekten wiegen die internationalen Folgen der Atomwaffentests ähnlich schwer: Andere Proliferationskandidaten könnten sich ermutigt fühlen, vergleichbare Schritte zu unternehmen. Für die Rüstungskontrolle stellen sich Fragen und Herausforderungen. Bisher wurde lediglich auf bestehende internationale Regime, wie den Nichtweiterverbreitungs-Vertrag (NVV) und den Vertrag über das Umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTPT) verwiesen. Derartige Regelwerke

sind wichtig. Ob sie allerdings der Vertrauensbildung in Südasiens dienen, bleibt zu bezweifeln. Wichtiger wäre das direkte Gespräch zwischen den asiatischen Kernwaffenstaaten. An dessen Ende müsste eine Rüstungskontrollpolitische Verabredung stehen. Indien und Pakistan versuchen erst seit wenigen Monaten einen solchen Dialog, der immer wieder von gewaltsamen Auseinandersetzungen am Siachem-Gletscher unterbrochen wird. Auch der indisch-chinesische Dialog hat erst begonnen, offensichtlich erfolgreicher. Die Gespräche könnten eine Voraussetzung für eine notwendige Vertrauensbildung sein. Zum Prozess der Verständigung und des Aufbaus von Verfahren, Verhaltensmustern und Institutionen gibt es auch in Südasiens keine Alternative.

Abschreckung als Lehrmeister?

Lehren aus dem Entstehen internationaler Regime während des Ost-West-Konflikts könnten daher förderlich wirken. Politische Entscheidungsträger sollten entsprechende Erkenntnisse weitergeben. Allerdings zeichnet sich in der Gemeinde der westlichen Sicherheitsexperten eine ganz andere Tendenz ab: Die aus der Macht- und Systemkonfrontation bekannte Abschreckungsdoktrin wird einfach auf das Konfliktgeschehen in Asien übertragen. *Gerald Segal*, Direktor des einflussreichen Internationalen Instituts für Strategische Studien, fragte ein Jahr nach den Kernwaffentests in „Newsweek“, ob nukleare Waffen die Abschreckung und Stabilität in regionalen Konflikten steigern können. Indirekt bejaht er die Frage und schließt mit der Feststellung, dass von den südasiatischen Demokratien (!) keine Gefahr drohe. *Theo Sommer* zog in der Wochenzeitung „Die Zeit“ vergleichbare Schlussfolgerungen.

Derartige Erwägungen sind einseitig, spekulativ und tollkühn:

1. Eine Theorie der Abschreckung im Ost-West-Konflikt wurde erst entwickelt, nachdem beide Seiten durch die Kuba-Krise an den Rand eines Nuklearkrieges geraten waren. Es dauerte Jahre, bis ein Abschreckungssystem errichtet und alle Komponenten aufeinander abgestimmt waren.
2. Das Abschreckungskonzept bestand aus einer Vielzahl von militärischen und politischen Reaktionsebenen. Es gab „Heisse Drähte“ und eigene „Aufklärungssysteme“ Entscheidend war die Möglichkeit, im Fall eines Nuklearkrieges noch genügend eigene Systeme zu besitzen, um den Gegner ebenfalls zu erreichen.

3. Die atomare Abschreckung wurde durch eine nukleare Rüstungskontrolle und den Aufbau internationaler Regime gestützt.

4. Die Konzepte beachteten die Trennung zwischen nuklearer und konventioneller Kriegsführung.

5. Die Akteure und die Gesellschaften wussten um die Zerstörungskraft atomarer Waffen. Es gab eine antinukleare Bewegung in zahlreichen westlichen Staaten.

6. Die Konfliktformation des Ost-West-Konflikts bestand in einem Macht- und Systemantagonismus. Territorialkonflikte gab es keine.

7. Die nukleare Abschreckung fand in einer zweiseitigen Bedrohungswahrnehmung statt. Die Führungsmächte der Blöcke waren Gestaltungsmächte der internationalen Politik.

Keines der genannten Kriterien findet in Südasiens seine Entsprechung. Zwischen den Konfliktbeteiligten wird es niemals ein Abschreckungsgleichgewicht geben. Neben der VR China wird voraussichtlich nur Indien demnächst über die Fähigkeit zum atomaren Zweitschlag verfügen. Das pakistanische Potential wird dagegen immer verletzbar bleiben. Militärische und politische Entscheidungsträger könnten dann frühzeitig zum Einsatz nuklearer Mittel greifen. Die Bedrohungsvorstellungen sind ganz unterschiedlich. Indien bezieht dies auf die VR China, während Pakistan allein Indien als Gegner betrachtet. Zwischenstaatliche Abkommen zur Rüstungskontrolle und Vertrauensbildung gibt es so gut wie keine. Und wichtige regionale Regime schließen alle Beteiligten bisher aus. Darüber hinaus gibt es einen innergesellschaftlichen Konsens zur militärischen Nuklearisierung in allen drei Staaten.

Fazit

Es ist also einseitig so zu tun, als sei die nukleare Abschreckung in Südasiens der Weg der Konfliktbearbeitung. Das Ziehen von Parallelen ist fragwürdig. Gleichzeitig wird die Weiterverbreitung der Atomwaffen schöngeredet, anstatt Abrüstung auch von den Atomwaffenmächten einzufordern. Im übrigen bleibt die Ungewissheit, ob die Abschreckung tatsächlich das stabilisierende Element der Ost-West-Beziehungen war. Bis zum Zeitpunkt, wo andere Dokumente der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, ist die Vermutung naheliegender, dass die Abgrenzung und Anerkennung der Einflusszone das entscheidende Moment war, weshalb der Welt ein Nuklearkrieg erspart blieb. spw

Es ist einseitig, so zu tun, als sei die nukleare Abschreckung in Südasiens der Weg der Konfliktbearbeitung.



Unruhen in Dagestan

Zu den Hintergründen der Konflikte
im Nordkaukasus

von Detlef Bimboes*

Seit kurzem eskalieren bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen der islamistischen Guerilla und der russischen Armee im Grenzgebiet der russischen Kaukasus-Republik Dagestan zu Tschetschenien. Erstmals seit Ende des Tschetschenien-Krieges 1996 sind starke russische Militärverbände in diese abtrünnige Kaukasus-Republik einmarschiert. Sie sind auch als Antwort auf verheerende Bombenanschläge in Moskau zu verstehen, für die Tschetschenen pauschal verantwortlich gemacht werden. Als Reaktion auf die Bombardierung tschetschenischer Dörfer hat deren Präsident Maschadow inzwischen die Generalmobilmachung angeordnet. In Dagestan selbst dehnen sich die Kämpfe auf immer mehr Landesteile aus.

Begonnen haben die Kämpfe durch den Einmarsch bewaffneter Einheiten des selbsternannten Kommandeurs der dagestanischen Erhebung, Schamil Basajew, aus Tschetschenien. Unterstützt wird er von dem militanten jordanischen Glaubenskämpfer und Wahhabiten al Chattab. Basajew ist Ex-Kommunist und ein ehemaliger, enger Mitstreiter des gemäßigten tschetschenischen Präsidenten Aslam Maschadow. Gegen dessen erklärten Willen brach Basajew diesen Konflikt vom Zaun. Das dürfte kaum Folgen haben, weil Maschadow sein Land auch nur noch halb unter Kontrolle hat.

Was wollen die Aufständischen, wo liegen die Gründe für den Einmarsch und die überaus heftige militärische Reaktion Moskaus?

Islam und Öl in Dagestan

1. Die Islamisten um Schamil Basajew wollen die Abspaltung von Russland. Sie streben einen heiligen islamischen Bund der Kaukasusprovinzen an und träumen von einem Gottesstaat, der wie zu Zeiten des legendären Namensvetters Schamil im 19. Jahrhundert Tschetschenien und Dagestan umfassen soll. Awar Schamil war der bedeutendste Führer des antirussischen Widerstandes im 19. Jahrhundert. Die Losungen des Heiligen Krieges und der Durchsetzung der Scharia verband er mit egalitären Zielsetzungen, die auch gegen die zum Teil mit Russland kooperierenden kaukasischen Eliten gerichtet waren. Im Jahre 1834 errichtete er eine revolutionäre Diktatur, die den Feudalherren jegliche Macht entriß und Tausende von Bergbewohnern aus der Sklaverei oder Hörigkeit erlöste. Karl Marx nannte ihn deshalb den „Garibaldi des Kaukasus“. Sein Porträt hängt heute in jeder dagestanischen Amtsstube.

Der Traum von einem wirtschaftlich halbwegs überlebensfähigen Gottesstaat läßt sich nur dann erfüllen, wenn die Islamisten über die Öl- und Gasvorräte in diesem Teil des nordkaukasischen Erdölgürtels verfügen oder zumindestens in großem Stil daran teilhaben können. Mit Tschetscheniens Vorräten könnte die Eigenversorgung sichergestellt und zudem erheblich beim Export verdient werden. Demgegenüber sind Dagestans Vorräte, die vor allem am Küstenstreifen des Kaspischen Meeres ausgebeutet werden, nicht so bedeutend. Da-

gegen scheint es auf dem Meeresgrund vor Dagestans Küste reiche Vorkommen zu geben. Für diese besitzt der russische Ölkonzern Lukoil eine Lizenz und plant den Bau einer Pipeline durch Dagestan an Tschetschenien vorbei. Aktuell und wichtiger und von strategischer Bedeutung ist aber für die Islamisten etwas ganz anderes in Dagestan: nämlich Russland die Kontrolle über die von Baku in Aserbeidschan zum russischen Schwarzmeerhafen Noworossiysk führende Erdölleitung zu entreißen. Diese Ölpipeline, auch als Nordroute bekannt, führt ab der Grenze Aserbeidschans zu Russland durch ganz Dagestan über Tschetschenien nach Noworossiysk. Zugleich ist sie mit der dagestanischen Hauptstadt Machatschkala am Kaspischen Meer und ihrem Ölhafen sowie der tschetschenischen Ölraffinerie in Grosny verbunden. Damit ist klar, was die Islamisten brauchen, wenn sie ihre Ziele verwirklichen wollen: eine Pipeline für den Öltransport (auch zur Erhebung lukrativer Gebühren bei der Durchleitung kaspischen Öls aus Baku!) und Lager-/Umschlagskapazitäten, die zugleich für den Import und Export genutzt werden können, sowie Verarbeitungskapazitäten. All das würde die industrielle Basis für den Gottesstaat abgeben können.

Gerade diese Ölpipeline ist aber auch von hoher strategischer Bedeutung für die russische Außenwirtschaftspolitik und spielt eine wichtige

Ohne Teilhabe an den Ölvorräten der Region ist ein islamischer Gottesstaat nicht überlebensfähig.

* Dr. Detlef Bimboes, Wiesbaden

WIDERSPRUCH

37

Beiträge zur
sozialistischen Politik

Flüchtlinge, Migration und Integration

Europäische Flüchtlingspolitik und der Kosovo-Krieg; Demontage des Asylrechts; Exportwirtschaft und Vertreibung in Kurdistan; Arbeitsmigration Mexiko – USA; Personenfreizügigkeit und Sozialdumping Schweiz – EU; Integration, Staatsbürgerrecht; Frauenhandel und Illegalisierung von Migrantinnen; Ausländerpolitik und Apartheid in der Schule

H. Dietrich, C. Roth, M. Holzberger, Ch. Parnreiter, M.-C. Caloz-Tschopp, J. Dietziker, B. Lütjhe, A. Sancar, Ch. Scherrer, H. Baumann, M. Le Breton, S. Prodoliet, I. Wallerstein, H. Heinold, G. D'Amato, U. Loppacher

Diskussion

P. Hug: Friedens- und Sicherheitspolitik statt NATO-Krieg
S. Kappeler: Militärmachismo und Frauenbewegung
P. Lock: Nachkrieg in Südosteuropa

Marginalien / Rezensionen / Zeitschriftenschau

216 Seiten, Fr./DM 21.– (Abonnement 36.–/38.–) zu beziehen
im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, CH-8026 Zürich
Tel./Fax 01 - 273 03 02
widerrspruch@access.ch <http://www.access.ch/widerrspruch>

*Die Loyalitäten in
Dagestan – anders
als in Tschetschenien
– liegen bislang
weitestgehend auf
Seiten der russischen
Föderation.*

Rolle im internationalen Pipeline-Poker. Durch die Pipeline wird schließlich Öl von am Kaspischen Meer tätigen internationalen Ölkonsortien (s.u.) gepumpt. Das und ein insgesamt drohender Einflußverlust in der gesamten Region erklärt die Heftigkeit der russischen Reaktion auf den Einmarsch der Islamisten. So ist seit der Eröffnung der Ölpipeline von Baku zum georgischen Schwarzmeerhafen Supsa (Westroute) im Frühling diesen Jahres ist die Abhängigkeit von Öllieferungen durch russisches Territorium erheblich gesunken. Bekanntlich gehören Aserbeidschan und Georgien nicht mehr zu Russland. Hinzu kommt noch, dass die Transportgebühren auf dieser Nordroute zehnmal höher als entlang der Westroute sind. Allerdings bleibt die neue Westroute nur so lange ein Trumpf im Gerangel von Macht und Preisen, als sie die steigenden Fördermengen des von BP-Amoco dominierten AIOC Ölkonsortiums (an dem elf internationale Konzerne, darunter die russische Lukoil mit 10% beteiligt ist) aufnehmen kann. Sollte die Leitungskapazität

nicht ausreichen, wird das AIOC wieder auf die russische Nordroute angewiesen sein.

Bislang hat sich das AIOC dafür entschieden, das Öl über diese beiden Pipelines an die Schwarzmeerküste zu pumpen. Würde der Abtransport über die Nordroute aber dauerhaft gefährdet, könnte dies den Druck erhöhen, die von den USA und Aserbeidschan favorisierte Route von Baku über Georgien nach Ceyhan an der türkischen Mittelmeerküste doch früher als angedacht zu bauen. Sie wird bislang als unwirtschaftlich angesehen. Sollte sie vor diesem Hintergrund nun doch bald gebaut werden, wäre erreicht, was die USA schon so lange wollen. Nämlich die Energierohstoffe des Kaspischen Meeres und ganz Mittelasiens unabhängig von Russland auf die Weltmärkte gelangen zu lassen.

Der Einmarsch der Guerilla in Dagestan ist deshalb möglicherweise nicht zufällig in dieser Situation erfolgt. In jedem Fall hat er Russland an einer national und geopolitisch hoch empfindlichen Stelle getroffen. Eine Abspaltung Dagestans würde Russland größtenteils vom Kaspischen Meer und den dortigen Öl- und Gasvorräten abschneiden und zudem seine territoriale Integrität in hohem Maße treffen. Nur vor diesem Hintergrund kann die heftige militärische Reaktion Moskaus und der enge Schulterschuß von Politik und Militär (was im tschetschenischen Konflikt ganz anders war) verstanden werden. Die Abspaltung Dagestans von Russland würde den Druck erhöhen, die Ölroute nach Ceyhan bald zu bauen.

Ausländische Geldgeber für die Islamisten

2. Angaben des russischen Geheimdienstes scheinen der Wahrheit zu entsprechen, wonach die Islamisten von Saudi-Arabien und anderen islamischen Ländern unterstützt werden. Immerhin sind die Kämpfe in Dagestan in Gebieten begonnen worden, in denen die Wahhabiten an Einfluß gewonnen haben. Diese ultrakonservative islamische Bewegung mit besonders harter Auslegung der Scharia-Gesetze ist über Söldner während des Krieges nach Tschetschenien gelangt. Ihr Oberhaupt ist der bereits erwähnte, aus Jordanien stammende Millionär al Chatab, der verschiedene Ausbildungslager für die Anhänger der Bewegung finanzierte. Da der Wahhabismus die Staatsreligion Saudi-Arabiens ist, liegt es nicht fern,

dass von dort auch Unterstützung für die Islamisten kommen könnte. Im übrigen fehlen noch Beweise dafür, dass Basajews Truppen über verschwiegene Kanäle aus den USA und England finanziert werden. Das ist nicht völlig auszuschließen. Schließlich hat Basajew für die Durchsetzung seiner Ziele mehr das Öl als den Islam im Kopf und scheint sich der Wahhabiten eher zu bedienen. Inzwischen ist diese Glaubensrichtung in Dagestan verboten worden.

Dagestan und Rußland

3. Dagestan heißt übersetzt „Bergland“ und charakterisiert damit die Geländeverhältnisse in der föderativen russischen Republik im Nordkaukasus. Sie bieten ideale Voraussetzungen für den Guerillakrieg. Auf einem Gebiet von der Größe Niedersachsens und etwa 1,8 Mio Einwohnern leben über 30 Völker in unterschiedlichen Siedlungsgebieten. Den wichtigsten Identifikationsfaktor bildet der Islam sunnitischer Ausrichtung. Radikale Formen des Islam wie die Lehre der Wahhabiten sind den Gläubigen im Nordkaukasus fremd. Der Anteil der Russen beträgt lediglich etwa neun Prozent der Bevölkerung. Dennoch ist die Umgangssprache russisch. Die Loyalitäten liegen bislang weitestgehend auf Seiten der russischen Föderation. Das war bereits so zu Zeiten der Sowjet-Union. Ein wesentlicher Grund dafür ist, daß Dagestan im Gegensatz zu Tschetschenien nach der Rückeroberung des Kaukasus durch die Rote Armee im Jahre 1944 nicht Stalinschem Terror ausgesetzt und von brutalen Zwangsumsiedlungen nach Mittelasien betroffen war. Die Deportationen erfolgten, weil Tschetschenien bis in die vierziger Jahre nicht ganz in den Sowjetstaat integriert werden konnte und eine Hochburg des islamischen Nakschbandiye-Ordens (ein Derwischorden) war. Das ganze Volk wurde vertrieben, obwohl sich die überwiegende Mehrheit am Verteidigungskrieg gegen den Faschismus beteiligte und nur ein kleiner Teil mit ihm kollaborierte. Dieses düstere Kapitel der stalinschen Nationalitätenpolitik erklärt im Gegensatz zu Dagestan den starken Willen der Tschetschenen nach Unabhängigkeit von Russland. Vor diesem Hintergrund ist es derzeit schwer vorstellbar, das in Dagestan eine Entwicklung wie in Tschetschenien droht. Zudem gliedert sich die dagestanische Gesellschaft noch in Clans, die sich um nationale Führer und einflußreiche Ge-

schäftsleute gruppieren. Weder Geschäftsleute noch islamische Würdenträger denken an eine Abkehr von Russland. Auch die rasche Aufstellung von Freiwilligenverbänden (zu den Initiatoren zählt u.a. der Chef der Ölgesellschaft Dagneft) zum Kampf gegen die Aufständischen zeigt, daß Basajew mit erbittertem Widerstand aus der Bevölkerung rechnen müßte. Fremden Boden zu erobern – und sei es unter der Losung einer „Befreiung von den Ungläubigen“ – gilt im Kaukasus von jeher als schweres Verbrechen.

Der Widerstand könnte aber auch umschlagen und sich nicht nur gegen Eindringlinge, sondern ebenso gegen die Zustände und ihre Verantwortlichen im eigenen Land richten. Schließlich sind die Wurzeln für die blutigen Unruhen nicht nur bei den Wahhabiten, sondern gerade auch in der katastrophalen wirtschaftlichen und sozialen Schiefelage Dagestans zu suchen. So sind Dreiviertel der erwerbsfähigen Bevölkerung arbeitslos! Zugleich wird das kleine Land durch unkontrollierte Binnenwanderung, starke Flüchtlingswellen aus Tschetschenien und

wachsende Kriminalität erschüttert. Das könnte zum Flächenbrand führen, wenn die militärische „Haudrauf-Mentalität“ der derzeit politisch führenden Elite Russlands nicht durch diplomatische Geschmeidigkeit (wie im Falle Tschetscheniens durch Ex-General Lebed) und leistungsfähige Wirtschaftshilfe abgelöst wird. Die Militäraktionen treffen schließlich immer wieder viele unschuldige Bewohner in den Kampfgebieten und zerstören deren mühselig erworbenes Hab und Gut sowie die Landwirtschaft als wichtigem Erwerbszweig. Die Überreaktion Moskaus ist natürlich nicht ausschließlich geopolitischen Empfindlichkeiten und energiewirtschaftlichen Interessen geschuldet, sondern hat daneben zugleich handfeste innenpolitische Gründe. Schließlich stehen am 19. Dezember diesen Jahres die Parlamentswahlen an. Und solch ein Konflikt läßt sich eben immer auch nutzen, um dem politischen Gegner Wählerstimmen abzujagen. Die Fortsetzung dieser Politik Russlands wird im Kaukasus den Widerstand nur noch steigern. Das oberste Ziel in der Kaukasus-Region kann nur darin be-

stehen, in einem ersten Schritt einen umfassenden Gewaltverzicht durchzusetzen. Er ist überhaupt Voraussetzung dafür, dass das Tor zum Frieden geöffnet werden kann. Ob hierfür nach den Parlamentswahlen bessere Voraussetzungen vorliegen, bleibt abzuwarten. spw

Literatur

Bimboes, D.: Zündstoff Öl und Gas. Alter und neuer Krisenherd am Kaspischen Meer, in: spw Nr. 107, 3/99
 FR vom 24.08.1999: Beitrag „Die Rebellen ziehen angeblich aus Dagestan ab“
 Hessischer Rundfunk (HR1): Beitrag zu Dagestan in der Sendung „der Tag“ vom 24.08.1999
 Heyden, U.: Basajews offene Rechnungen, Freitag Nr. 34 vom 20.08.1999
 Heyden, U.: Bürgermeister im Rollstuhl, Freitag Nr. 37 vom 10.09.1999
 Koch, S.: Öl bedeutet Leben – neue Pipeline von Baku zum Schwarzen Meer eröffnet, in: FR vom 10.05.1999
 Kreikemeyer, A.: Die Mühsal der Selbstbehauptung: Russische Außen- und Sicherheitspolitik in der ausgehenden Ära Jelzin, in: Friedensgutachten 1999, LIT-Verlag, Münster 1999
 Maaß, E.: Ein zweites Tschetschenien?, die Tageszeitung vom 31.08.1999
 A. R.: Verflogene Erdöl-Euphorie am Kaspischen Meer, in: Neue Zürcher Zeitung Nr. 89 vom 19.04.1999

Arno Klönne/Eckart Spoo/
 Rainer Butenschön (Hrsg.)

Der lange Abschied vom Sozialismus

Eine Jahrhundertbilanz der SPD



VSA

Am 16.-18.04.99 führten die Bürgerinitiative für Sozialismus, die Zeitschriften Sozialismus und spw und Kasseler HochschullehrerInnen gemeinsam einen Kongreß „Jahrhundertbilanz Sozialdemokratie“ durch. Jetzt ist im VSA-Verlag das Buch auf Grundlage der Beiträge zu diesem Kongress erschienen:

226 Seiten; DM 32,80
 ISBN 3-87975-752-6

Mit Beiträgen von Günter Benser, Joachim Bischoff, Michael Buckmiller, Christoph Butterwegge, Konrad Gilges, Wolfgang Haible, Karl-Heinz Hansen, Eike Hennig, Arno Klönne, Johannes Klotz, Ralf Krämer, Horst Peter, Karsten Rudolph, Till Schelz-Brandenburg, Hans See, Horst Schmitthenner, Uli Schöler, Rolf Schwendter, Eckart Spoo, Peter Strutynski, Michael Vollert, Andreas Wehr, Wolfgang Wippermann, Jörg Wollenberg.

Das Buch kann versandkostenfrei bei uns bestellt werden:

spw-Verlag,
Fresienstr. 26,
44289 Dortmund,
 Tel. 0231-402410, Fax 0231-402416,
 eMail: Verlag@spw.de

spw

verschenkt 2 Bücher für 1 neues spw-Abo.

Bitte zwei Kennziffern auf der spw-Abokarte für spw-Buchprämien angeben.



A

Jürgen Ritsert
Soziale Klassen
(Enstiege Band 8),
171 Seiten,
Ladenpreis DM 29,80



B

Christoph Görg
**Gesellschaftliche
Naturverhältnisse**
(Enstiege Band 7),
190 Seiten,
Ladenpreis DM 29,80



C

Gilla Dölle, Sabine Hering
Lila ist Trumpf
Eine Bildergeschichte
zur deutschen Frauenbewegung,
174 Seiten, Ladenpreis DM 29,80

Wolfgang Hecker, Rainer Rilling
Politik im Internet
Eine Suchhilfe,
100 Seiten mit Diskette,
Ladenpreis DM 14,90



D



E

Reinhard Kühnl
**Der deutsche Faschismus in
Quellen und Dokumenten**
576 Seiten, Ladenpreis DM 20,-

Gisela Preuschhoff
**Komm, wir spielen
was zusammen**
100 Spiel-Tips für Leute von 0 – 99,
212 Seiten, Ladenpreis DM 19,80



F